



# Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg

Mit freundlicher  
Unterstützung durch

  
Baden-Württemberg  
MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

| BertelsmannStiftung



Wenn Sie mehr über unsere Arbeit erfahren möchten und wir Sie regelmäßig über neue Projekte, Veröffentlichungen und Veranstaltungshinweise informieren sollen, bitten wir Sie, den nebenstehenden QR-Code oder den Link zu verwenden.

<http://b-sti.org/lebendigewerte>

# Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg

## Autoren

Georgi Dragolov

Regina Arant

Klaus Boehnke

*Jacobs University Bremen*

Kai Unzicker

*Bertelsmann Stiftung*



**Baden-Württemberg**

MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION



Diese Studie wurde ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat im März 2019 ein ressortübergreifendes Impulsprogramm für den gesellschaftlichen Zusammenhalt beschlossen. Unter dem Motto „Na klar, zusammen halt ...“ baut das Programm dabei auf den umfassenden bürgerschaftlichen Strukturen auf und richtet den Blick auf gesellschaftliche Potenziale.



# Inhalt

---

	<b>Zusammenfassung</b>	<b>7</b>
	<b>Einleitung</b>	<b>13</b>
<b>1</b>	<b>Sozialer Zusammenhalt</b>	<b>15</b>
<b>2</b>	<b>Sozialer Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2017 und heute</b>	<b>17</b>
2.1	Rückschau: Ergebnisse zum sozialen Zusammenhalt 2017	17
2.2	Entwicklung des Zusammenhalts in Baden-Württemberg auf Bundeslandebene 2019	18
2.3	Entwicklung des Zusammenhalts in Baden-Württemberg auf regionaler Ebene 2019	21
2.4	Genauer hingeschaut: Indikatoren der einzelnen Dimensionen	26
2.5	Fazit	40
<b>3</b>	<b>Soziale Spaltungen im erlebten Grad des Zusammenhalts</b>	<b>41</b>
3.1	Gesamtindex Zusammenhalt	43
3.2	Dimensionen	45
3.3	Fazit – Welche Merkmale haben hinsichtlich einer sozialen Spaltung den größten Einfluss?	57
<b>4</b>	<b>Ausgewählte politische Handlungsfelder zur Stärkung des Zusammenhalts</b>	<b>64</b>
4.1	Ehrenamt	65
4.2	Kinder und Familie	68
4.3	Frauen	71
4.4	Senioren	75
4.5	Pflege	78
4.6	Medizinische Versorgung	81
4.7	Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage	85
4.8	Geflüchtete	86
4.9	Fazit – Welche Merkmale haben hinsichtlich der politischen Handlungsfelder den größten Einfluss?	88

<b>5</b>	<b>Wie lässt sich Zusammenhalt in Baden-Württemberg stärken?</b>	<b>92</b>
	<b>Fazit</b>	<b>97</b>
	<b>Literatur</b>	<b>101</b>
	<b>Anhänge</b>	<b>103</b>
	Anhang 1 – Daten	103
	Anhang 2 – Messung von Zusammenhalt	104
	Anhang 3 – Maßnahmenindex	104
	Anhang 4 – Tabellen	106
	Autoren	109
	Literaturtipps	110
	Das Programm „Lebendige Werte“	111
	Impressum	111

# Zusammenfassung

---

## Gesellschaftliche Entwicklung und Ausgangslage

Wir erleben zurzeit einen raschen, umfassenden und fundamentalen gesellschaftlichen Wandel – einen Wandel, der in kurzer Zeit in allen Lebensbereichen zu grundsätzlichen Veränderungen führt. Ein Ende dieses Prozesses ist noch nicht abzusehen und hieraus resultiert im Augenblick eine allgemeine Stimmung der Verunsicherung und der Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Verschiedene Megatrends überlagern sich und sind die Treiber dieses Prozesses<sup>1</sup>: Die wirtschaftliche Globalisierung hat in den letzten Jahren noch mal an Tempo zugelegt und für die nahe Zukunft wird eine weitere Dynamik vorhergesagt. Die Digitalisierung ist einerseits Motor dieser wirtschaftlichen Entwicklungen und andererseits sorgt sie in allen Lebensbereichen für grundsätzliche Veränderungen: von der Arbeitswelt über die Bildung, die Medizin, die Medienöffentlichkeit und die Politik bis hin zum Freizeitverhalten oder dem Familienleben. In einer kleiner werdenden Welt ist die Migration häufig das sichtbarste Zeichen: Diese nimmt im Weltmaßstab zu und Deutschland wird auch in Zukunft weiterhin ein Einwanderungsland sein. Vor allem, weil die fortschreitende Alterung der Bevölkerung (Stichwort: demografischer Wandel) einen kontinuierlichen Bedarf an Arbeitskräften erzeugt, der nur durch Einwanderung erfüllt werden kann. Diese Entwicklungen führen in ihrem Zusammenspiel zu einer immer größeren Vielfalt in der Gesellschaft, die sich durch unterschiedliche Lebensstile, Kulturen, Traditionen oder auch Religionen auszeichnet. Zugleich drohen die gesellschaftlichen Teilhabechancen durch Bildung, Arbeit oder politische Partizipation immer ungleicher verteilt zu werden, weil für einige Bevölkerungsteile die skizzierten Entwicklungen hauptsächlich Chancen bieten, während sie für andere neue Herausforderungen und Risiken darstellen.

## Zusammenhalt vor Ort stärken

Eine Kernfrage unserer Zeit lautet: Wie lässt sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in Zeiten solch grundsätzlicher Veränderungen bewahren bzw. stärken? Diese Frage beschäftigt Politik, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit gleichermaßen. Aus der empfundenen Verunsicherung ist das Bedürfnis nach wirkungsvollen Maßnahmen erwachsen, die Stabilität und Zuversicht versprechen. Insbesondere auch deshalb, weil die Verunsicherung über den Zustand der Gesellschaft und ihres Zusammenhalts zu einer Radikalisierung der Politik, zu einer Enthemmung im öffentlichen Diskurs und zum Erfolg populistischer Akteure geführt hat, die eher wenig zur positiven Gestaltung der Zukunft beitragen können und befürchten lassen, dass unsere Gesellschaft im aktuellen Veränderungsprozess auch scheitern könnte.

<sup>1</sup> vgl. Petersen, Thieß und Falk Steiner (2019). The Bigger Picture. Megatrend-Report #01. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. DOI 10.11586/2019049

Die Bertelsmann Stiftung hat seit 2013 in unterschiedlichen Studien immer wieder untersucht, wie es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt bestellt ist und welche Faktoren ihn beeinflussen. Hierzu wurden Untersuchungen im internationalen Vergleich, auf nationaler Ebene in Deutschland sowie in ausgewählten Städten durchgeführt. Die hier vorliegende Studie fokussiert erstmals ein Bundesland. Ihr Leitgedanke, der sich aus den Ergebnissen früherer Studien ableitet, war, dass sich Zusammenhalt vor allem auf lokaler Ebene, im alltäglichen Erleben der Menschen zeigt und auch dort gestärkt werden kann. Politische Interventionen, die dem Zusammenhalt dienen sollen, müssen daher dort ansetzen. Jedoch gilt es, durch Maßnahmen vor Ort den Zusammenhalt in der Gesellschaft insgesamt zu stärken und nicht nur den im lokalen Kontext. Das heißt, es geht um systematische Interventionen, die jeweils vor Ort wirken, deren Einfluss aber in der Fläche zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen und des Zusammenhalts führt.

Denkbar ist eine Vielzahl von Ansatzpunkten für die Stärkung des Zusammenhalts vor Ort. Am vielversprechendsten erscheinen auf der Basis der vergangenen Untersuchungen und der hier vorliegenden Studie Maßnahmen, die sich dem Feld der Sozialpolitik zuordnen lassen – Maßnahmen, die dazu dienen, die Teilhabechancen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Leben zu verbessern.

## Fragestellung und Methode der Studie

Somit verfolgt die hier vorliegende Studie eine dreifache Fragestellung. Erstens geht es darum, die Entwicklung und den aktuellen Zustand des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg zu messen. Zweitens sollen jene Bevölkerungsgruppen identifiziert werden, die am ehesten aus dem sozialen Geflecht herausfallen bzw. deren Einbindung in das Gemeinwesen gering ist. Drittens soll geprüft werden, wie sozialpolitische Maßnahmen in ausgewählten Handlungsfeldern mit gesellschaftlichem Zusammenhalt in Verbindung stehen. Diese Handlungsfelder sind ehrenamtliches Engagement, Kinder und Familie, Frauen, Senioren, Pflege, medizinische Versorgung, Armut und die Integration von Geflüchteten.

Zur Beantwortung dieser Fragen wurde auf zwei repräsentative Bevölkerungsumfragen zurückgegriffen. Im Januar und Februar 2019 hat das Meinungsforschungsinstitut infatest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung 1.398 Personen in Baden-Württemberg ab 16 Jahre telefonisch befragt. Um die zeitliche Entwicklung zu untersuchen, wurden die Daten einer Befragung aus dem Jahr 2017 herangezogen. Damals wurden im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durch das infas Institut für angewandte Sozialforschung in Baden-Württemberg 508 Personen repräsentativ befragt (bundesweit insgesamt 5.041).

In beiden Umfragen wurden neben zahlreichen anderen Fragen auch 36 Indikatoren für gesellschaftlichen Zusammenhalt erhoben. Diese Indikatoren ermöglichen die Messung eines mehrdimensionalen Modells von Zusammenhalt, das sich aus insgesamt neun Dimensionen zusammensetzt, die man in drei Bereiche zusammenfassen kann. Zusammenhalt besteht diesem Modell entsprechend aus folgenden Dimensionen:



1. **Soziale Beziehungen**
  - 1.1 Soziale Netze
  - 1.2 Vertrauen in Mitmenschen
  - 1.3 Akzeptanz von Diversität
  
2. **Verbundenheit mit dem Gemeinwesen**
  - 2.1 Identifikation
  - 2.2 Vertrauen in Institutionen
  - 2.3 Gerechtigkeitsempfinden
  
3. **Gemeinwohlorientierung**
  - 3.1 Solidarität und Hilfsbereitschaft
  - 3.2 Anerkennung sozialer Regeln
  - 3.3 Gesellschaftliche Teilhabe

Für jede der neun Teildimensionen sowie für gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt werden in der Studie aus einzelnen Indikatoren Indexwerte berechnet, die jeweils vom Wert 0 (kein Zusammenhalt) bis zum Wert 100 (maximaler Zusammenhalt) reichen.

## Kernergebnisse der vorliegenden Studie

### Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg ist seit 2017 stabil

In der Studie von 2017 wies Baden-Württemberg mit 63,0 Punkten den zweithöchsten Wert im Vergleich der Bundesländer für gesellschaftlichen Zusammenhalt auf. Bei der erneuten Messung im Frühjahr 2019 zeigte sich, dass sich der Zusammenhalt insgesamt in Baden-Württemberg in diesen zwei Jahren nur marginal verändert hat – und zwar ist er um 0,8 Punkte auf 63,8 angewachsen. Dies zeigt zum einen, wie stabil das Merkmal Zusammenhalt ganz grundsätzlich ist, und zweitens, dass trotz eines anhaltenden Gefühls dramatischer gesellschaftlicher Veränderungen das Fundament des Gemeinwesens solide ist.

### Die regionalen Unterschiede sind kleiner geworden

Sowohl in der Untersuchung 2017 als auch 2019 wurden für elf Regionen, basierend auf den Raumordnungsregionen, gesonderte Zusammenhaltswerte ermittelt. Fanden sich in 2017 im Bundesland durchaus erkennbare regionale Unterschiede, so sind diese geringer geworden. Dies liegt hauptsächlich daran, dass die Werte für gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Region um Baden-Baden sowie im Nordwesten um Heidelberg, Mannheim und den Rhein-Neckar-Kreis deutlich angestiegen sind (+ 4,2 bzw. + 5,1 Punkte). Heute liegen die Regionen in Baden-Württemberg dichter beieinander als noch bei der letzten Messung 2017.

### Positive Trends bei Akzeptanz von Diversität und Identifikation mit dem Gemeinwesen

Insgesamt hat sich der Zusammenhalt in Baden-Württemberg zwar nicht verändert; jedoch zeigen sich bei den Einzeldimensionen durchaus Veränderungen. Fünf Dimensionen weisen höhere, drei niedrigere und zwei gleichbleibende Werte im Zeitvergleich auf. Statistisch signifikant sind aber nur die Zuwächse in den Dimensionen „Akzeptanz von Diversität“ (+ 3,5) und „Identifikation“ (+ 3,7). Beide Themen erhielten in den letzten Jahren besondere Aufmerksamkeit (Stichworte: Einwanderung, Flüchtlinge und die Renaissance des Heimat-

begriffs). Die Werte zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger trotz der häufig kontroversen Diskussionen eher produktiv damit umgegangen sind.

#### **Die allgemeine Sorge um den Zusammenhalt wächst, während der Zusammenhalt vor Ort als zunehmend stärker erlebt wird**

Trotz des hohen Maßes an Stabilität, das der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg insgesamt aufweist, nimmt in der Bevölkerung die Sorge um das gesellschaftliche Miteinander zu. 2017 waren 38 Prozent der Befragten der Meinung, der Zusammenhalt in Deutschland sei gefährdet. Zwei Jahre später, im Jahr 2019, sind es 42 Prozent. Gleichgeblieben ist der Anteil jener Befragten, die der Meinung sind, der Zusammenhalt sei zumindest teilweise gefährdet. Er lag in beiden Messungen bei 38 Prozent. Gänzlich konträr verhält es sich jedoch mit der Einschätzung des Zusammenhalts in der eigenen Wohngegend: Diesen fanden bereits 2017 rund 70 Prozent der Befragten gut oder sogar sehr gut. Zwei Jahre später liegt dieser Wert sogar noch mal höher: bei 80 Prozent. Während also die allgemeine Sorge um den Zusammenhalt in Deutschland größer wird, erleben immer mehr Menschen einen guten Zusammenhalt im eigenen Umfeld. Dieser Befund zeigt, warum eine möglichst realistische Messung des gesellschaftlichen Zusammenhalts notwendig ist.

#### **Es lassen sich bestimmte Risikogruppen identifizieren, die einen schwächeren gesellschaftlichen Zusammenhalt erleben und auf die künftig verstärkt die Aufmerksamkeit gerichtet werden sollte.**

**Chronisch Kranke:** Die Personen, die in unserer Befragung angegeben haben, dass sie an einer chronischen Krankheit leiden, erleben in sieben von neun Dimensionen und im Gesamtindex den gesellschaftlichen Zusammenhalt als schwächer als eine gesunde Referenzperson. Ihre sozialen Netze sind kleiner, sie haben weniger Vertrauen in Mitmenschen und in Institutionen, identifizieren sich weniger mit dem Gemeinwesen, sind selbst weniger engagiert für andere, nehmen mehr soziale Probleme wahr und sind insgesamt häufiger der Auffassung, die Gesellschaft sei ungerecht. Die Gruppe der chronisch Kranken ist in der Befragung mit rund einem Drittel recht stark vertreten. In ihr sind Frauen, ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen mit mittlerer Bildung und solche mit relativ geringem Einkommen etwas stärker repräsentiert als in der Gesamtstichprobe.

**Menschen mit Migrationshintergrund:** Rund 25 Prozent der Befragten weisen einen Migrationshintergrund auf. Diese Gruppe weist in sechs der neun Dimensionen geringere Werte auf. So sind alle Teildimensionen in den Bereichen „Soziale Beziehungen“ und „Gemeinwohlorientierung“ schwächer ausgeprägt – genauso wie der Gesamtwert für Zusammenhalt.

**Frauen und Alleinerziehende:** Frauen erleben im Vergleich zu Männern generell den gesellschaftlichen Zusammenhalt als schwächer. Insbesondere empfinden sie die Gesellschaft als ungerechter und sehen mehr soziale Probleme in ihrem Umfeld (Anerkennung sozialer Regeln). Darüber hinaus fällt ihre gesellschaftliche Teilhabe geringer aus. Dazu passt, dass Alleinerziehende (die mehrheitlich Frauen sind) ebenfalls einen geringeren Zusammenhalt erleben. In diesem Fall kommen noch eingeschränkte soziale Netze und eine geringere Identifikation mit dem Gemeinwesen zum Tragen.

**Einkommensarme:** Einkommensarme machen einen Anteil von rund zwölf Prozent der Befragten aus und weisen einen insgesamt geringeren Wert für gesellschaftlichen Zusammenhalt auf. Menschen mit einem geringen Einkommen verfügen über weniger ausge-

prägte soziale Netze und sind für Vielfalt weniger offen. Ebenso erleben sie in ihrem Umfeld eher soziale Probleme (Anerkennung sozialer Regeln) und ihre gesellschaftliche Teilhabe ist geringer.

**Menschen in Großstädten:** In Baden-Württemberg zeigt sich, dass insbesondere Menschen, die in Großstädten leben, im Vergleich zu jenen aus Landgemeinden oder Klein- und Mittelstädten einen deutlich geringeren Zusammenhalt erleben. Die sozialen Netze sind kleiner, die Akzeptanz von Vielfalt geringer, die Gesellschaft wird als ungerechter erlebt und im Umfeld werden mehr soziale Probleme (Anerkennung sozialer Regeln) wahrgenommen. Hinzu kommt ein geringeres Engagement für das Gemeinwesen (Solidarität und Hilfsbereitschaft).

### Starke Beziehung zwischen Zusammenhalt und der Wahrnehmung sozialpolitischer Maßnahmen

Die zusammengefasste Wahrnehmung der untersuchten acht sozialpolitischen Handlungsfelder (ehrenamtliches Engagement, Kinder und Familie, Frauen, Senioren, Pflege, medizinische Versorgung, Armut und Geflüchtete) korreliert in einem hohen Maße positiv mit dem Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts in einer Region. Das bedeutet, dass dort, wo sozialpolitisches Handeln in diesen Feldern von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen und positiv eingeschätzt wird, der gesellschaftliche Zusammenhalt stärker ausgeprägt ist. Hierin kann ein deutlicher Hinweis dafür gesehen werden, dass eine erfolgreiche und spürbare Sozialpolitik einen positiven Einfluss auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt haben kann – und zwar vor allem auch jenseits des jeweiligen spezifischen Handlungsfeldes.

### Insbesondere drei Handlungsfelder weisen eine starke positive Verbindung zum Zusammenhalt auf

Nicht alle acht Handlungsfelder weisen für sich genommen einen eindeutigen statistischen Zusammenhang mit dem Grad des Zusammenhalts auf. Deutliche und statistisch signifikante Effekte zeigen sich vor allem bei Unterstützungsangeboten für Familien, für Einkommensarme und für die Integration von Geflüchteten. Überall wo diese Maßnahmen wahrgenommen und positiv bewertet werden, fällt auch der gesellschaftliche Zusammenhalt stärker aus.

### Keine Spaltung der Bevölkerung hinsichtlich der sozialpolitischen Handlungsfelder

Während für den gesellschaftlichen Zusammenhalt recht klar Risikogruppen identifizierbar sind, fällt dieser Befund für die sozialpolitischen Handlungsfelder weniger eindeutig aus. Es zeigt sich, dass ältere Bürgerinnen und Bürger (65+) die Maßnahmen mehrheitlich positiv bewerten, während chronisch Kranke eine deutlich skeptischere Perspektive einnehmen. Menschen mit Migrationshintergrund sind bei der Unterstützung des Ehrenamts und gegenüber dem Angebot für Familien etwas kritischer und Frauen bewerten die Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung negativer als Männer. Auf dem Land wird die Versorgung mit Fachärzten, in der Stadt werden die Rahmenbedingungen für die Pflege kritischer gesehen. In der Summe lassen sich hier eher bereichsspezifische Einzelbefunde als gesamtgesellschaftliche Bruchlinien erkennen.

### Handlungsempfehlungen

Eine gezielte und wirkungsvolle Sozialpolitik trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Will man den Zusammenhalt stärken, so ist es sinnvoll, die entsprechenden Anstrengungen zu unternehmen und die verfügbaren Mittel einzusetzen, um vor allem die Risikogruppen anzusprechen, deren gesellschaftliche Teilhabe zurzeit noch geringer ausfällt. Dies sind zuallererst die chronisch Kranken, die Menschen mit Migrationshintergrund und die Einkommensarmen sowie die Alleinerziehenden.

Deutlich wird auch, dass die Benachteiligung von Frauen eine erhebliche soziale Bürde ist, deren Beseitigung noch größerer Anstrengungen bedarf.

In Baden-Württemberg ist der Zusammenhalt insgesamt stark und die regionalen Unterschiede sind gering. Jedoch zeigt sich, dass es eine gewisse Häufung von Problemlagen in Großstädten gibt. Hier könnte eine gezielte Unterstützung und Förderung von Nachbarschaften, Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit verstärkt ansetzen.

Betrachtet man die Effekte, die Sozialpolitik bereits heute auf den Zusammenhalt hat, so lässt sich daraus ableiten, dass eine wirkungsvolle Familienpolitik, die Förderung von Teilhabechancen von Einkommensschwachen sowie engagierte Integrationsmaßnahmen (im Hinblick auf Geflüchtete, aber auch darüber hinaus) besonders erfolversprechend sind.

# Einleitung

---

Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Was treibt sie auseinander? Wie lässt sich der Zusammenhalt in einem Gemeinwesen stärken? In den vergangenen Jahren ist das öffentliche Interesse an diesen Fragen merklich gestiegen. Dies hat sicherlich auch mit einem veränderten gesellschaftlichen Klima zu tun: Trotz anhaltend hoher Beschäftigungszahlen vergrößert sich die Schere zwischen Arm und Reich. Immer mehr Menschen zieht es vom Land in die Städte. Dies führt häufig nicht nur zu einer Strukturschwächung des ländlichen Raums, sondern auch zu einer besonderen Belastung der Ballungsgebiete. Insbesondere steigende Mieten sind an der Tagesordnung und betreffen vor allem die sowieso schon wirtschaftlich Benachteiligten. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nach wie vor eine große Herausforderung. Fehlende Kinderbetreuungsangebote und starre Arbeitszeitkonzepte erschweren es besonders Frauen, Elternschaft und Beruf gut miteinander zu vereinbaren. Kinderarmut ist – in einem reichen Land wie Deutschland – immer noch weit verbreitet und ein undurchlässiges Bildungssystem unterminiert die Chancengleichheit insbesondere junger Menschen, vor allem wenn sie einen Migrationshintergrund haben. Weiterhin suchen zudem Menschen aus anderen Ländern Schutz vor Verfolgung und Krieg in Deutschland. Zwar ist der große Strom von Geflüchteten, die hier eine neue Heimat suchen, mittlerweile abgeebbt. Jedoch steht das Land nun vor der großen Herausforderung der Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Muttersprache, Hautfarbe, Religion und Lebensweise.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass dem sozialen Zusammenhalt eine zentrale Rolle bei der Bewältigung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen zugeschrieben wird. Mehrere Studien der Bertelsmann Stiftung haben gezeigt, dass es in kohäsiven Gemeinwesen auch um die Lebensqualität und die Gesundheit der Bevölkerung besser bestellt ist als in Gegenden mit schwächerem Zusammenhalt (Bertelsmann Stiftung 2013, 2014, 2016 und 2017). Die Ergebnisse beziehen sich dabei sowohl auf Vergleiche verschiedener Staaten als auch auf Bundesländer und Regionen innerhalb Deutschlands. Hinzu kommt eine Studie, die das Gemeinwesen noch kleinteiliger untersucht: In der Stadt Bremen wurden insgesamt 78 Ortsteile auf ihren Zusammenhalt hin untersucht. Die Ergebnisse zeigen unter anderem, dass dort, wo der Zusammenhalt besonders stark ist, auch die Akzeptanz Geflüchteter höher ist als in Ortsteilen mit schwächerem Zusammenhalt (Bertelsmann Stiftung 2016).

## Zielsetzung der vorliegenden Studie

Der Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse macht deutlich, dass sich die Politik – wenn ihr die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger ein zentrales Anliegen ist – der Untersuchung der Stärke bzw. Schwäche des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Nachbarschaften, Dörfern, Städten, Landkreisen und anderen Gemeinwesen annehmen muss. Die Erfassung eines ganzheitlichen Sozialindikators „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ lässt

sich durchaus als Daueraufgabe sozialwissenschaftlichen Gesellschaftsmonitorings verstehen und sollte eine wichtige Basis rationalen politischen Handelns darstellen.

Mit der hier vorliegenden Studie der Bertelsmann Stiftung wird dieser Forderung Rechnung getragen. Sie konzentriert sich auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg und wurde vom dortigen Ministerium für Soziales und Integration unterstützt. Im Januar und Februar 2019 nahmen insgesamt 1.398 Bürgerinnen und Bürger (ab 16 Jahren) aus Baden-Württemberg an einer deutschsprachigen, repräsentativen Telefonbefragung teil (siehe Anhang 1: Daten).

Schwerpunkte der Untersuchung sind neben der Darstellung von Stand und Entwicklung des sozialen Miteinanders in Baden-Württemberg im Jahr 2019 Handlungsansätze zur Stärkung des Zusammenhalts auf lokaler, regionaler und Landesebene. Dabei knüpft die Studie konzeptionell unmittelbar an die bisher letzte Radarstudie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2017 an, in der der Zusammenhalt in Deutschland nicht nur bezogen auf Bundesländer, sondern auch auf deren Teilregionen untersucht wurde. Dass das Ausmaß des Zusammenhalts in der hier vorgelegten Studie mit demselben Instrument gemessen wird wie in mehreren Radarstudien zuvor, ermöglicht einen Vergleich der Daten von 2017 mit aktuellen Daten aus dem Jahr 2019. Es kann festgestellt werden, ob sich der Zusammenhalt in Baden-Württemberg über die Zeit verändert hat und, wenn ja, auf welche Weise.

Darüber hinaus wird erstmals der Frage nachgegangen, inwieweit bestimmte soziale Gruppen einen hohen bzw. niedrigen Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts berichten. Auf diese Weise lässt sich der Frage nachgehen, ob Anzeichen sozialer Spaltung im Bundesland bestehen und entlang welcher sozioökonomischen Merkmale diese gegebenenfalls verläuft. Daraus abgeleitet folgt dann die Frage, welchen Handlungsfeldern sich die Sozialpolitik in besonderem Maß zuwenden sollte: Gibt es Stellschrauben für die Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts? Hierzu wurde die Befragung um Themen ergänzt, die relevante sozialpolitische Handlungsfelder darstellen: Ehrenamt, Familie und Kinder, Frauen, Senioren, Pflege, medizinische Versorgung, Armut und Geflüchtete.

In den folgenden Kapiteln stellen wir zunächst das Konzept von gesellschaftlichem Zusammenhalt vor, das dieser Studie zugrunde liegt (Kapitel 1). Anschließend berichten wir, wie es nach Meinung der Befragten aktuell – in ihrem subjektiven Erleben – um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg bestellt ist, und vergleichen die Ergebnisse mit denen aus dem Jahr 2017. Außerdem schauen wir uns die einzelnen Indikatoren der neun Zusammenhaltsdimensionen etwas genauer an (Kapitel 2). In Kapitel 3 wird dargelegt, welche gesellschaftlichen Gruppen einen stärkeren bzw. schwächeren Grad an Zusammenhalt empfinden. Es geht also um die Frage, ob es in Baden-Württemberg Anzeichen einer sozialen Spaltung gibt und entlang welcher Unterschiede diese verläuft. Anschließend wenden wir uns den politischen Handlungsfeldern zu, die geeignet scheinen, die Qualität des Zusammenhalts vor Ort zu beeinflussen (Kapitel 4). Welche Möglichkeiten zur Stärkung des Zusammenhalts sich auf Basis der erhobenen Daten tatsächlich eröffnen, diskutieren wir abschließend kurz in Kapitel 5.

# 1 Sozialer Zusammenhalt

---

Zentrale Aufgabe der hier vorgelegten Studie ist es, den Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg 2019 zu erfassen. Da sich die Messung des gesellschaftlichen Zusammenhalts am Konzept und an der methodischen Herangehensweise der Studie der Bertelsmann Stiftung zum sozialen Zusammenhalt in Deutschland aus dem Jahr 2017 orientiert, erläutern wir zunächst das zugrunde liegende Konzept, bevor die folgenden Kapitel auf die Ergebnisse eingehen.

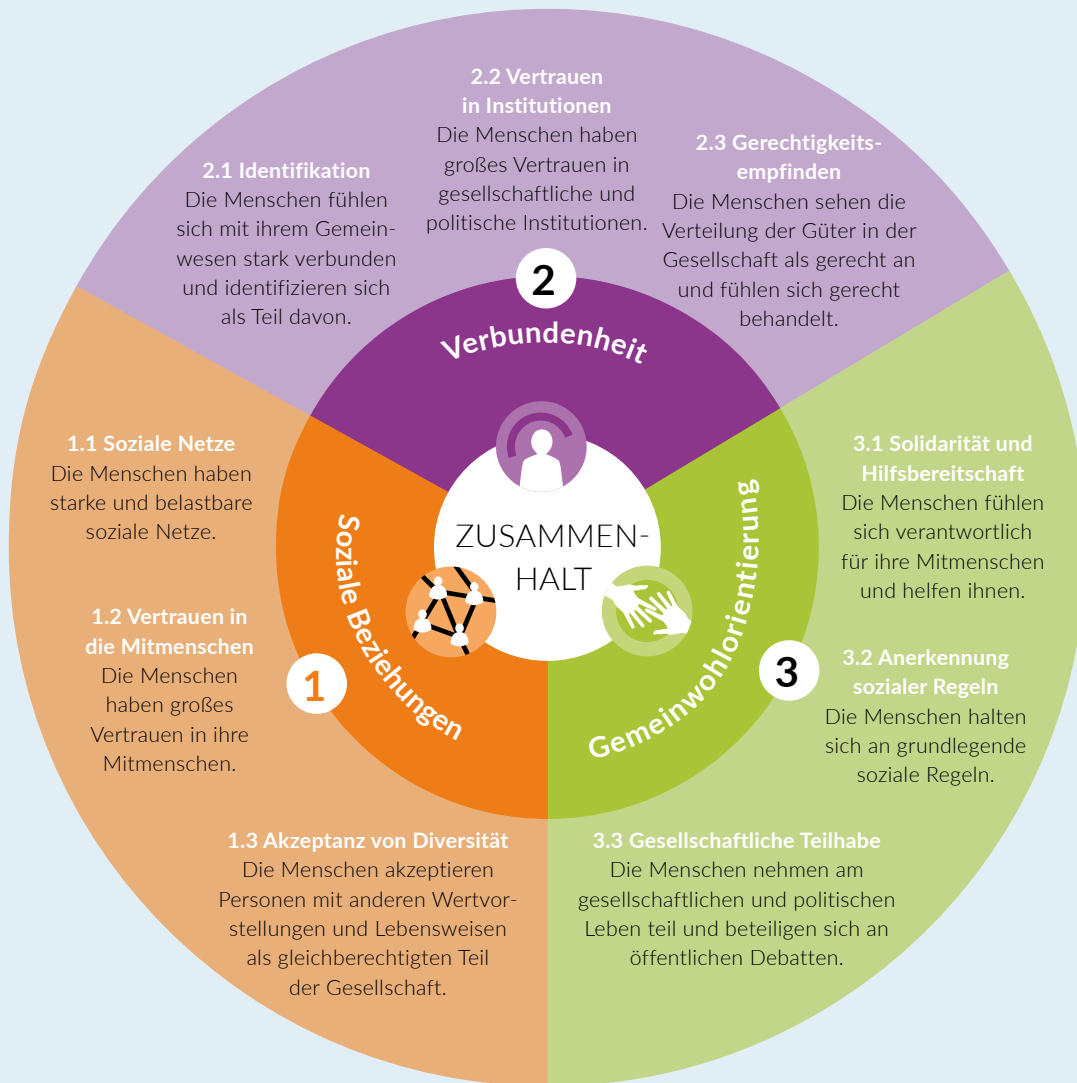
## Was verstehen wir unter gesellschaftlichem Zusammenhalt und wie wird er gemessen?

Wir folgen im vorliegenden Bericht den theoretischen Annahmen des „Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (Bertelsmann Stiftung 2012 und 2013; Schiefer/van der Noll 2017). Damit schließen wir uns dem akademischen Konsens darüber an, dass Zusammenhalt (a) ein Merkmal eines Gemeinwesens ist und nicht ein Charakteristikum einzelner Bürger, dass es sich (b) um ein graduelles Phänomen handelt, Gemeinwesen also mehr oder weniger kohäsiv sein können, und dass es sich (c) um ein mehrdimensionales Konzept handelt. Auch wenn Zusammenhalt das Merkmal eines Gemeinwesens ist, also eine kollektive Qualität beschreibt, drückt sich der Grad des Zusammenhalts in den Einstellungen und Verhaltensweisen der Mitglieder und Gruppen des Gemeinwesens aus, kann also durch deren Befragung erfasst werden.

Auch die vorliegende Studie betrachtet in diesem Sinne gesellschaftlichen Zusammenhalt als Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in einem territorial abgegrenzten Gemeinwesen. Ein kohäsives Bundesland ist gekennzeichnet durch belastbare soziale Beziehungen, eine positive emotionale Verbundenheit seiner Mitglieder mit dem Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung. Wie Abbildung 1 veranschaulicht, stellen diese drei Aspekte die Kernbereiche von Zusammenhalt dar, die sich wiederum jeweils in drei Dimensionen untergliedern. Der Bereich „Soziale Beziehungen“ spricht neben der Akzeptanz von Diversität die Intaktheit sozialer Netze und das generelle Vertrauen in die Mitmenschen an. Der Bereich „Verbundenheit“ erfasst das Ausmaß der Identifikation mit dem jeweiligen Gemeinwesen, das Vertrauen in dessen Institutionen und das subjektive Erleben gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Ob Menschen sich anderen gegenüber solidarisch und hilfsbereit zeigen, grundlegende Regeln des Miteinanders befolgen und sich gesellschaftlich und politisch engagieren, wird im Bereich „Gemeinwohlorientierung“ erfasst.

Sozialer Zusammenhalt hat also im theoretischen Ansatz des „Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt“ neun verschiedene Bausteine, auch Dimensionen genannt, die sich über neun Leitsätze prägnant charakterisieren lassen:

ABBILDUNG 1: Messkonzept „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“



Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017

| BertelsmannStiftung

Die hier vorliegende empirische Erfassung des Grades des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg folgt dem gleichen methodischen Ansatz wie die 2017 erschiene Untersuchung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland auf regionaler Ebene. Dementsprechend können der Gesamtindex und dessen Dimensionen Werte von 0 (sehr schwacher Zusammenhalt) bis 100 (sehr starker Zusammenhalt) annehmen. Eine ausführliche Darstellung der Methodologie findet sich in der oben genannten Studie (Bertelsmann Stiftung 2017) sowie im Anhang 1 und 2.



## 2 Sozialer Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2017 und heute

Dieses Kapitel untersucht den Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg im Jahr 2019 und prüft, ob dieser sich im Vergleich zum Jahr 2017 verändert hat. Technische und methodische Hinweise zu den Daten sowie zur Berechnung der Dimensions- und Indexwerte sind dem Anhang zu entnehmen. Zunächst wird ein Überblick über den Grad des sozialen Zusammenhalts im Jahr 2017 gegeben.

### 2.1 Rückschau: Ergebnisse zum sozialen Zusammenhalt 2017

Die Studie der Bertelsmann Stiftung „Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017“ berichtete über den Grad des Zusammenhalts in den deutschen Bundesländern und ihren Regionen. Wie Tabelle 1 veranschaulicht, weist Baden-Württemberg den zweithöchsten Wert im Vergleich aller Länder nach dem Saarland auf.

Hinsichtlich der neun Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts (siehe Abbildung 1) gab es allerdings deutliche Unterschiede. Beim Vertrauen in Institutionen (Dimension 2.2) lag der Indexwert Baden-Württembergs unter dem Bundesdurchschnitt. Im Gegensatz dazu schneidet das Bundesland im Ländervergleich beim subjektiven Gerechtigkeitserleben (Dimension 2.3) sehr gut ab. Zwar erreicht die Dimension, die erfasst, ob die Menschen glauben, dass es bei der Verteilung von Ressourcen gesamtgesellschaftlich gerecht zugeht, über alle Bundesländer hinweg relativ geringe Werte; allerdings erzielt Baden-Württemberg den zweitbesten Platz im Ranking. Vergleichsweise hohe Werte gab es für alle drei Dimensionen im Bereich der sozialen Beziehungen sowie für die Dimension „Identifikation mit dem Gemeinwesen“ (2.1). Auf dem ersten Platz im Bundesländervergleich landete Baden-Württemberg bezogen auf „Solidarität und Hilfsbereitschaft“ (Dimension 3.1).

Innerhalb des Bundeslandes fanden sich 2017 deutliche Unterschiede im sozialen Zusammenhalt. Baden-Württemberg war für die damalige Studie in elf Regionen unterteilt worden. Die Region um Freiburg lag zusammen mit drei weiteren Regionen im Norden Baden-Württembergs und einzelnen Regionen in Niedersachsen, Hessen und Bayern in der bundesweiten Spitzengruppe. In der Region um Heidelberg/Mannheim wurden hingegen ähnlich wie in Regionen in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg geringe Zusammenhaltswerte gemessen.

Im Folgenden vergleichen wir die Ergebnisse aus der Radarstudie von 2017 mit den aktuellen Befragungsdaten. Dabei gehen wir zunächst auf den Gesamtindex Zusammenhalt sowie die Werte der neun Dimensionen auf Bundeslandebene ein (Kapitel 2.2), bevor wir einen tiefergehenden Blick auf das Bundesland werfen und die Zusammenhaltswerte in den elf Regionen genauer diskutieren (Kapitel 2.3).

TABELLE 1: Gesellschaftlicher Zusammenhalt 2017 im Bundesländervergleich

	Gesamtindex Zusammenhalt	D1.1 Soziale Netze	D1.2 Vertrauen in die Mitmenschen	D1.3 Akzeptanz von Diversität	D2.1 Identifikation	D2.2 Vertrauen in Institutionen	D2.3 Gerechtigkeitsempfinden	D3.1 Solidarität und Hilfsbereitschaft	D3.2 Anerkennung sozialer Regeln	D3.3 Gesellschaftliche Teilhabe
		Soziale Beziehungen			Verbundenheit			Gemeinwohlorientierung		
Saarland	63,07	72,43	54,82	81,51	78,75	57,28	37,21	49,07	80,69	55,85
Baden-Württemberg	63,00	72,46	57,30	80,58	78,75	54,64	40,72	50,69	78,06	54,51
Bayern	62,96	72,49	56,71	79,19	80,59	55,41	38,35	49,96	82,16	51,80
Rheinland-Pfalz	62,64	73,31	55,26	82,68	76,22	55,87	37,47	49,56	80,29	53,13
Hessen	62,62	71,58	58,49	82,52	73,15	57,49	37,82	50,27	77,49	54,80
Bremen	62,39	74,87	59,30	84,78	74,09	57,00	37,15	47,95	71,25	55,13
Niedersachsen	62,16	69,87	56,35	80,53	77,48	56,59	37,32	48,39	80,02	52,87
Hamburg	61,74	69,14	59,13	83,63	77,83	57,30	34,38	49,63	71,96	52,65
<b>Deutschland (insgesamt)*</b>	<b>61,37</b>	<b>71,14</b>	<b>55,58</b>	<b>79,15</b>	<b>77,01</b>	<b>55,16</b>	<b>37,80</b>	<b>47,75</b>	<b>77,32</b>	<b>51,39</b>
Schleswig-Holstein	61,55	69,87	55,65	78,20	79,15	55,65	41,91	47,04	78,32	48,20
Nordrhein-Westfalen	60,71	71,08	55,34	80,16	74,86	55,54	39,14	46,56	74,27	49,49
Berlin	59,43	70,32	54,81	81,19	73,11	55,15	32,80	45,51	69,73	52,28
Mecklenburg-Vorpommern	59,34	73,68	49,97	71,92	83,21	55,42	33,54	40,95	77,39	48,00
Sachsen-Anhalt	58,76	63,50	51,95	75,34	79,17	53,57	37,64	43,90	78,26	45,54
Thüringen	58,63	72,79	51,32	74,14	75,60	51,35	34,45	41,77	75,70	50,59
Brandenburg	57,71	69,19	49,71	70,18	78,44	49,44	32,97	43,91	78,08	47,51
Sachsen	57,06	68,38	52,02	68,34	76,10	51,31	33,67	43,31	73,31	47,11
<b>Standardabweichung**</b>	<b>2,06</b>	<b>2,71</b>	<b>4,98</b>	<b>2,75</b>	<b>2,38</b>	<b>2,38</b>	<b>2,76</b>	<b>3,18</b>	<b>3,64</b>	<b>3,23</b>

Die Tabelle zeigt die Werte der Bundesländer auf dem Gesamtindex Zusammenhalt und dessen neun Dimensionen, gemessen im Frühjahr 2017. Gesamtindex und Dimensionen können Werte von 0 (schwacher Zusammenhalt) bis 100 (starker Zusammenhalt) annehmen.

\* Bei den Werten für Deutschland insgesamt handelt es sich nicht um den Mittelwert der für die Bundesländer berichteten Werte, sondern um an Bevölkerungsanteilen gewichtete Mittelwerte.

\*\* Berechnet für die Streuung der Bundesländer ohne Miteinbeziehung der Werte für Deutschland (insgesamt)

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017

| BertelsmannStiftung

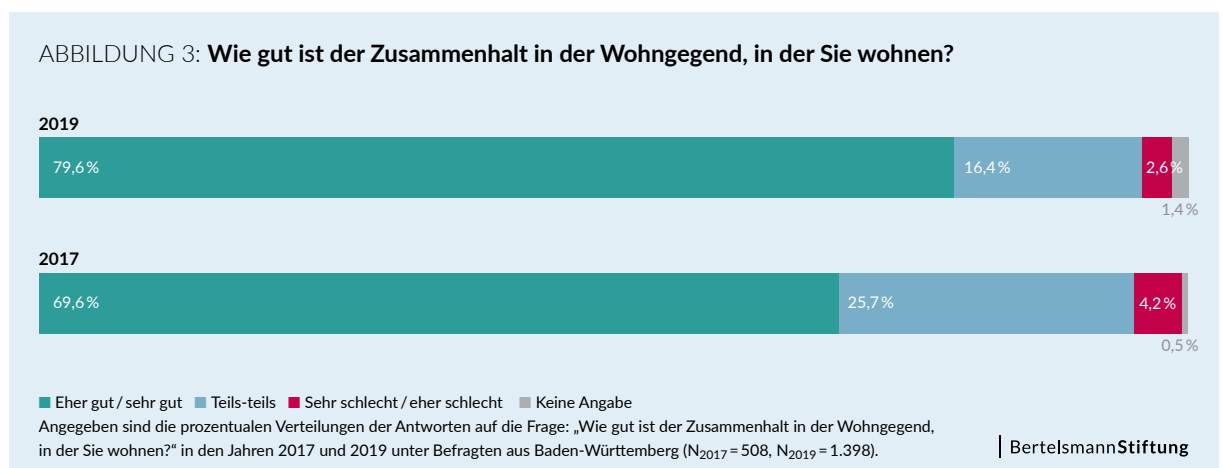
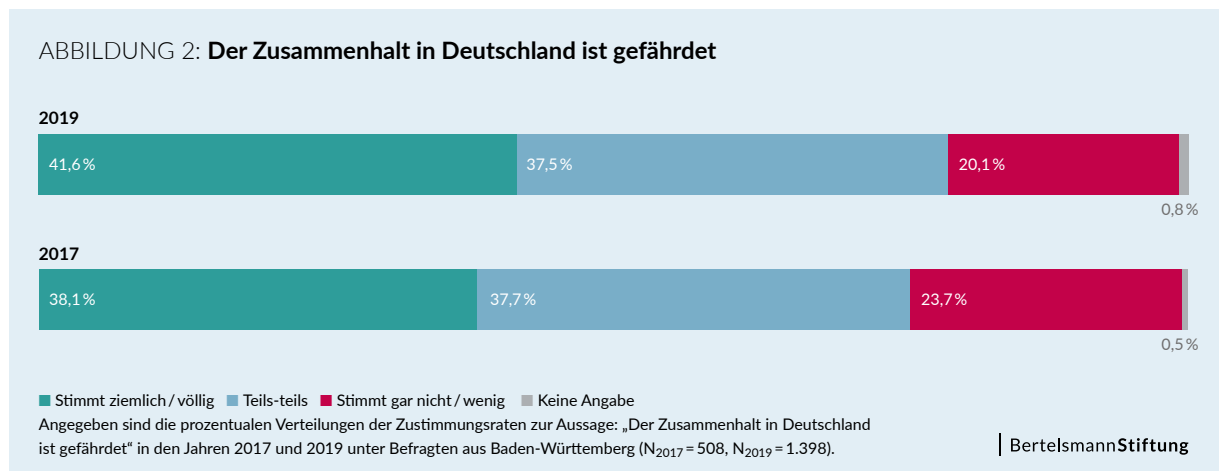
## 2.2 Entwicklung des Zusammenhalts in Baden-Württemberg auf Bundeslandebene 2019

Ein zentrales Anliegen der aktuellen Studie ist es zu überprüfen, inwieweit sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg in den letzten zwei Jahren verändert hat. Erste Indizien liefern die Verteilungen der Antworten auf zwei allgemeine Einzelfragen, die sowohl 2017 als auch 2019 in den telefonischen Befragungen gestellt wurden.

Auf die Frage, ob der Zusammenhalt in Deutschland grundsätzlich gefährdet ist, antworteten im Jahr 2017 38 Prozent der Befragten in Baden-Württemberg, dass dies völlig oder

ziemlich der Fall sei. Nur knapp ein Viertel der Befragten (24 Prozent) hat dies nicht so empfunden, während die verbleibenden 38 Prozent mit „teils-teils“ antworteten (Bertelsmann Stiftung 2017). Vergleicht man diese Ergebnisse mit den aktuellen Daten, deutet sich eine ansteigende Sorge um den Zusammenhalt in Deutschland an: Im Jahre 2019 liegt der Prozentsatz der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs, die den Zusammenhalt in Deutschland gefährdet sehen, bei 42 Prozent und ist damit um vier Prozentpunkte gestiegen, während der Anteil der Befragten, die keine Gefährdung des Zusammenhalts erkennen können, um vier Punkte auf 20 Prozent gesunken ist. Die Gruppe der un schlüssigen Befragten bleibt mit 38 Prozent unverändert im Vergleich zu 2017. Abbildung 2 illustriert die gefundenen Ergebnisse.

Interessanterweise ergibt sich, wie Abbildung 3 verdeutlicht, ein völlig konträres Bild, wenn die Menschen nach dem Zusammenhalt in ihrem eigenen Nahbereich gefragt werden. Schon 2017 schätzten 70 Prozent der Befragten aus Baden-Württemberg den Zusammenhalt in der eigenen Wohngegend als sehr gut oder eher gut ein; nur eine verschwindende Minderheit (4 Prozent) hielt ihn für eher oder sehr schlecht. Allerdings antworteten auch bei dieser Frage gut ein Viertel (26 Prozent) mit der Mittelkategorie „teils-teils“. Im Jahr 2019 bewerteten sogar 80 Prozent der Befragten den Zusammenhalt in der eigenen Wohngegend positiv und nur drei Prozent als besorgniserregend. Der Anteil der Befragten, die sich keine klare Meinung zum Zusammenhalt in ihrer Wohngegend bilden können, ist auf gut 16 Prozent gesunken.



Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass die grundsätzliche Sorge um den Zusammenhalt in Deutschland zwar zunimmt, es aber keine Belege für eine tatsächliche Verschlechterung gibt. Im Gegenteil empfinden die Menschen sogar, dass der Zusammenhalt in ihrem eigenen Umfeld in den vergangenen zwei Jahren zugenommen hat. Deutlich wird hier der Unterschied zwischen den Erlebnissen in der eigenen, konkreten Lebenswelt der Menschen und dem, was in der Gesellschaft – vielleicht auch über die Berichterstattung in den Medien sowie den politischen und gesellschaftlichen Diskurs – verbreitet wird. Zunehmende Ängste können zumindest anhand der vorliegenden Daten nicht in schwindenden Zusammenhalt vor Ort übersetzt werden.

Weil die Validität der Messung anhand solcher zusammenfassenden Einzelfragen jedoch unzureichend ist, wendet die hier vorgelegte Studie das in Abbildung 1 dargestellte mehrdimensionale Konstrukt von gesellschaftlichem Zusammenhalt an. Nur so ist es möglich, detailliert die unterschiedlichen Facetten von Zusammenhalt zu betrachten. Im Folgenden diskutieren wir den Zeitvergleich der neun Dimensionen für Baden-Württemberg.

Anhand einfacher Varianzanalysen auf Basis der Individualdaten wurden die Werte des Gesamtindex und der neun Zusammenhaltswerten von 2017 und 2019 miteinander verglichen. Die Ergebnisse sind in Tabelle 2 dokumentiert. Die Spalte „Differenz“ kennzeichnet dabei das Ausmaß der Veränderung und gibt an, ob die gefundenen Unterschiede bedeutsam sind oder nicht. Die Ergebnisse machen deutlich, dass die Unterschiede zwischen beiden Erhebungszeitpunkten überwiegend so minimal sind, dass sich weitgehend von Konstanz sprechen lässt. Weder bei den sozialen Netzen (Dimension 1.1), dem Vertrauen in die Mitmenschen (Dimension 1.2) sowie in Institutionen (Dimension 2.2), beim Gerechtigkeitsempfinden (Dimension 2.3) noch bei allen Dimensionen der Gemeinwohlorientierung (Bereich 3) hat es statistisch bedeutsame Veränderungen gegeben. Auch der Gesamtindex, der als globaler Indikator für die Stärke des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg betrachtet werden kann, hat sich im untersuchten Zeitfenster kaum verändert. Kurz gesagt: Es herrscht Stabilität. Dieser Befund untermauert die Befunde aus den früheren Studien, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt ein

TABELLE 2: Sozialer Zusammenhalt in Baden-Württemberg im Zeitvergleich

Sozialer Zusammenhalt	2017	2019	Differenz p
<b>Gesamtindex</b>	<b>63,0</b>	<b>63,8</b>	<b>+0,8</b>
<b>Dimensionen</b>			
D1.1 Soziale Netze	72,5	73,9	+1,4
D1.2 Vertrauen in die Mitmenschen	57,3	56,4	-0,9
D1.3 Akzeptanz von Diversität	80,6	84,1	+3,5 ***
D2.1 Identifikation	78,0	81,7	+3,7 ***
D2.2 Vertrauen in Institutionen	54,6	54,6	±0,0
D2.3 Gerechtigkeitsempfinden	40,7	39,8	-0,9
D3.1 Solidarität und Hilfsbereitschaft	50,7	51,0	+0,3
D3.2 Anerkennung sozialer Regeln	78,1	79,8	+1,7
D3.3 Gesellschaftliche Teilhabe	54,5	53,3	-1,2

Die Tabelle zeigt die Ausprägungen des Gesamtindex Zusammenhalt und dessen Dimensionen, erfasst in den Jahren 2017 und 2019, sowie das Ausmaß der Veränderungen im Zeitvergleich und deren statistische Signifikanz (\*\*\* p ≤ 0,01; \*\* p ≤ 0,05).

relativ stabiles Merkmal geopolitischer Einheiten ist (Bertelsmann Stiftung 2013, 2014 und 2017).

Anders verhält es sich bei den Dimensionen 1.3 und 2.1, für die sich sehr wohl substantielle Unterschiede ergeben. Mit einem Plus von 3,5 Punkten gab es einen deutlichen Zuwachs bei der Akzeptanz von Diversität (Dimension 1.3). Dies könnte Ausdruck der gelingenden Bewältigung der Einwanderungswelle 2015/2016 sein, die häufig als Flüchtlingskrise bezeichnet wird. Dazu passen würde ebenfalls die deutlich gestiegene Identifikation mit der eigenen Region. Die Dimension 2.1 ist von 78 Punkten im Jahr 2017 auf knapp 82 Punkte im Jahr 2019 angestiegen. Der Zuwachs in beiden Dimensionen könnte damit als Antwort auf den Diskurs und die Ereignisse der vergangenen zwei Jahre verstanden werden, die stark von den Themen Migration, Diversität, Integration und Identifikation bzw. der Frage nach Heimat geprägt waren (siehe auch 2.4.3).

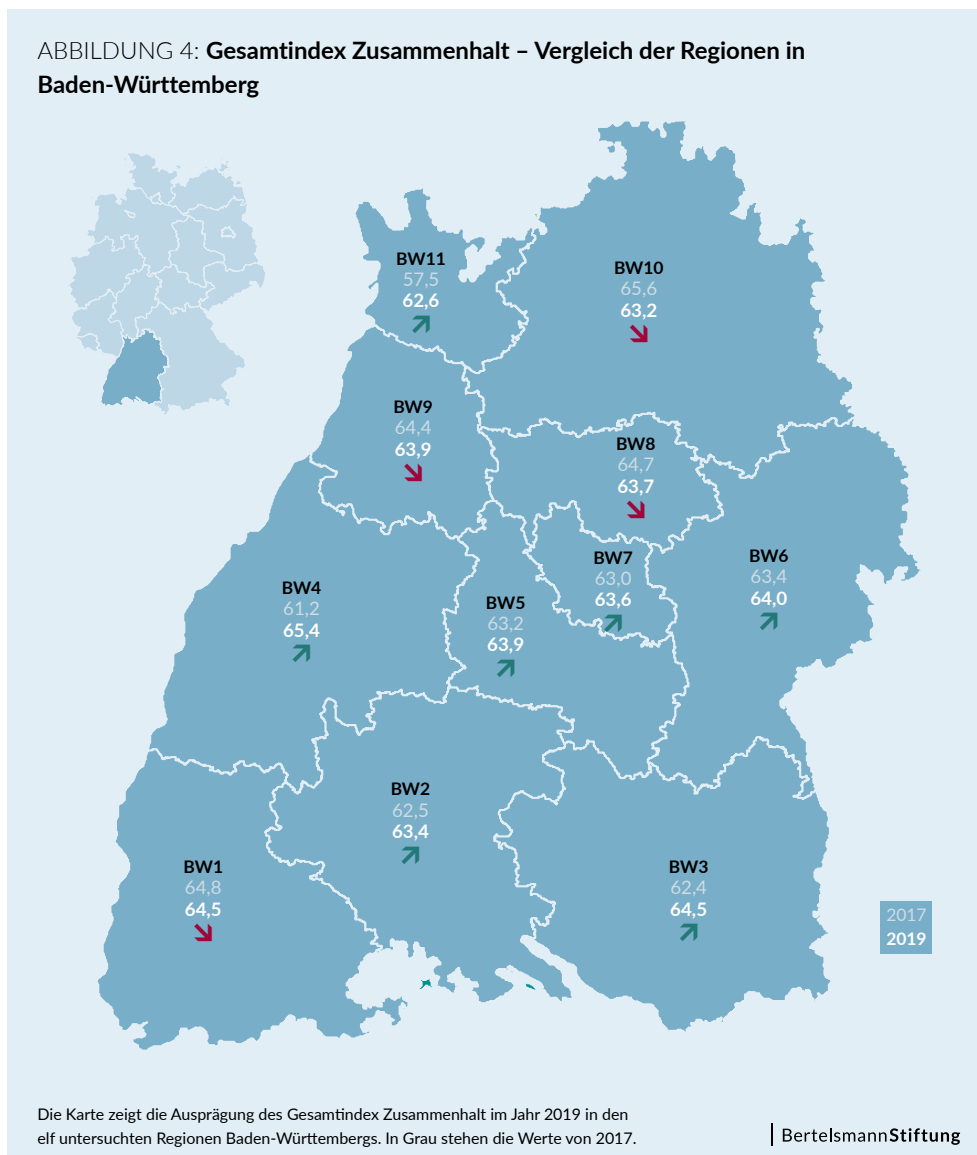
## 2.3 Entwicklung des Zusammenhalts in Baden-Württemberg auf regionaler Ebene 2019

Wie wir im vorherigen Abschnitt zeigen konnten, hat sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg in den vergangenen zwei Jahren kaum verändert. Sowohl beim Gesamtindex als auch bei sieben der neun untersuchten Dimensionen herrscht weitgehende Stabilität. Einzig die Akzeptanz von Diversität (Dimension 1.3) sowie die Identifikation mit dem Gemeinwesen (Dimension 2.1) haben nennenswert zugenommen.

### Der Gesamtindex

Da die erhobenen Daten nicht nur eine Analyse auf Bundeslandebene, sondern auch auf regionaler Ebene möglich machen, wenden wir uns in diesem Abschnitt dem Zusammenhalt in den elf untersuchten Regionen Baden-Württembergs zu. Wie die Karte in Abbildung 4 zeigt, gab es 2017 (Werte in Grau) deutliche Unterschiede im sozialen Zusammenhalt innerhalb des Bundeslands. Die Regionen um Ludwigsburg (Region BW8), Karlsruhe (BW9) und Heilbronn (BW10) im Norden Baden-Württembergs lagen gemeinsam mit Freiburg (BW1) im Süden nicht nur in der Spitzengruppe innerhalb des Bundeslands, sondern gemeinsam mit einzelnen Regionen in Niedersachsen, Hessen und Bayern auch bundesweit ganz vorn, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt angeht. Die Zusammenhaltswerte lagen hier bei fast 66 Punkten (vgl. Tabelle 3). Die an Bayern angrenzende Region um Göppingen (BW6) bildete gemeinsam mit der Region Böblingen/Reutlingen/Tübingen (BW5) sowie Stuttgart/Esslingen (BW7) mit jeweils gut 63 Punkten das Mittelfeld, dicht gefolgt von den südlichen Regionen um Konstanz (BW2) und Ravensburg (BW3). Nur geringfügig schlechter fiel der Zusammenhalt mit 61 Punkten in Baden-Baden (BW4) aus. Auffällig niedrige Zusammenhaltswerte erzielte 2017 dagegen die Region um Heidelberg, Mannheim und den Rhein-Neckar-Kreis (BW11), die seit 2005 Europäische Metropolregion ist. Mit weniger als 58 Punkten lag sie acht Punkte hinter den Spitzenreiter- und Nachbarregionen um Heilbronn und Karlsruhe und schnitt damit ähnlich schwach ab wie einige ostdeutsche Regionen in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg. Es liegt wohl nahe, dies dahingehend zu deuten, dass in dieser Region Baden-Württembergs die höchste relative Deprivation gegeben sein dürfte. So liegt die Arbeitslosigkeit dieser Region zur Zeit der Berichtslegung (z. T. deutlich) über dem Landesdurchschnitt von

ABBILDUNG 4: Gesamtindex Zusammenhalt – Vergleich der Regionen in Baden-Württemberg



3,3 Prozent, nämlich bei 5,6 Prozent (Mannheim), 4,4 Prozent (Heidelberg) und 3,6 Prozent (Rhein-Neckar-Kreis).<sup>2</sup>

Wie steht es jedoch um den Zusammenhalt innerhalb Baden-Württembergs im Jahr 2019? Hat es bedeutsame Veränderungen gegenüber 2017 gegeben oder herrscht auch auf regionaler Ebene weitgehend Stabilität?

Abbildung 4 und Tabelle 3 zeigen die Ausprägungen des Gesamtindex Zusammenhalt aus beiden Erhebungszeitpunkten. Ähnlich wie beim Vergleich der Werte auf Bundeslandebene wurden die Ergebnisse von 2017 und 2019 anhand einfacher Varianzanalysen auf Basis der Individualdaten miteinander verglichen. Die Spalte „Differenz“ kennzeichnet dabei das Ausmaß der Veränderung. Statistisch bedeutsam sind Veränderungen über die Zeit in nur zwei Regionen, nämlich in der Region Baden-Baden (BW4) und der Region Heidelberg /

<sup>2</sup> <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Baden-Wuerttemberg-Nav.html>

TABELLE 3: Sozialer Zusammenhalt in baden-württembergischen Regionen im Zeitvergleich

Region	Kreis	Gesamtindex Sozialer Zusammenhalt		
		2017	2019	Differenz p
BW1	Freiburg im Breisgau, Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Lörrach, Waldshut	64,8	64,5	-0,3
BW2	Rottweil, Schwarzwald-Baar-Kreis, Tuttlingen, Konstanz, Zollernalbkreis	62,5	63,4	0,9
BW3	Biberach, Bodenseekreis, Ravensburg, Sigmaringen	62,4	64,5	2,1
BW4	Baden-Baden, Rastatt, Calw, Freudenstadt, Ortenaukreis	61,2	65,4	4,2 **
BW5	Böblingen, Reutlingen, Tübingen	63,2	63,9	0,7
BW6	Göppingen, Heidenheim, Ostalbkreis, Ulm, Alb-Donau-Kreis	63,4	64,0	0,6
BW7	Stuttgart, Esslingen	63,0	63,6	0,6
BW8	Ludwigsburg, Rems-Murr-Kreis	64,7	63,7	-1,0
BW9	Karlsruhe, Pforzheim, Enzkreis	64,4	63,9	-0,5
BW10	Heilbronn, Hohenlohekreis, Schwäbisch Hall, Main-Tauber-Kreis, Neckar-Odenwald-Kreis	65,6	63,2	-2,4
BW11	Heidelberg, Mannheim, Rhein-Neckar-Kreis	57,5	62,6	5,1 ***

Die Tabelle zeigt die Ausprägungen des Gesamtindex Zusammenhalt, erfasst in den Jahren 2017 und 2019, sowie das Ausmaß der Veränderungen im Zeitvergleich und deren statistische Signifikanz auf Ebene der elf untersuchten Regionen Baden-Württembergs (\*\*\*)  $p \leq 0,01$ ; \*\*  $p \leq 0,05$ ).

| BertelsmannStiftung

Mannheim/Rhein-Neckar-Kreis (BW11). Es herrscht also wie auf Bundeslandebene grundsätzlich Stabilität.

Allerdings hat es im Zeitvergleich eine wesentliche Veränderung gegeben: Lagen zwischen der stärksten (BW10) und der schwächsten Region (BW11) 2017 noch 8,1 Punkte, sind die Differenzen in 2019 deutlich geschrumpft. Nur noch 2,8 Punkte trennen heute die stärkste Region um Baden-Baden (BW4) und die schwächste um Heidelberg, Mannheim und den Rhein-Neckar-Kreis (BW11). Dabei haben in erster Linie die schwachen Regionen stark aufgeholt. Die Region BW11 bildet zwar nach wie vor das Schlusslicht im innerbaden-württembergischen Vergleich, hat aber stark aufgeholt. Wie Tabelle 3 veranschaulicht, ist der Unterschied zwischen beiden Messzeitpunkten bedeutsam. Mit einem Zuwachs von 5,1 Punkten auf dem Gesamtindex ist der Zusammenhaltswert von 57,5 Punkten im Jahr 2017 auf nun 62,6 Punkte deutlich gestiegen. Im Gegensatz dazu konnte der Spitzenwert von 65,6 Punkten aus der Region um Heilbronn (BW10) aus dem Jahr 2017 in der aktuellen Befragung nicht mehr ganz erreicht werden. Der neue Spitzenreiter schneidet aber mit 65,4 Punkten ähnlich stark ab. Es handelt sich um die Region Baden-Baden (BW4), die bei der letzten Erhebung noch auf dem vorletzten Platz gelandet war. Mit einem Anstieg von 4,2 Punkten erreicht sie nun den Spitzenwert 2019. Auch diese Verschiebung ist statistisch bedeutsam, wie Tabelle 3 verdeutlicht.

Bei näherer Betrachtung der Ergebnisse in Tabelle 3 fällt auf, dass es bei vielen der Regionen zu Rangplatzwechseln gekommen ist. Diese sind jedoch statistisch nicht bedeutsam. Das hängt damit zusammen, dass in erster Linie die schwachen Regionen stark aufgeholt haben, was für sich genommen ein bemerkenswertes Ergebnis ist. Da nun alle acht Regionen

Baden-Württembergs deutlich enger beieinanderliegen als noch 2017, sind auch die Rangunterschiede überwiegend so minimal, dass sie nicht interpretiert werden können.

Obwohl sich der Zusammenhalt in Baden-Württemberg auf Bundeslandebene also gegenüber 2017 nicht verändert hat (vgl. Kapitel 2.2), zeigen unsere Analysen, dass es in den schwachen Regionen in den vergangenen zwei Jahren zu einer Stärkung des Zusammenhalts gekommen ist. Damit sind alle Regionen näher zusammengedrückt. Zwar bildet die Metropolregion Mannheim/Heidelberg/Rhein-Neckar-Kreis nach wie vor das Schlusslicht im Ranking, der Unterschied zum Spitzenreiter Baden-Baden fällt jedoch mit 2,8 Punkten deutlich geringer aus als 2017 zum damaligen Spitzenreiter Heilbronn mit einem Unterschied von 8,1 Punkten.

### Die neun Zusammenhaltsdimensionen

Zum Schluss dieses Abschnitts werfen wir noch einen Blick auf die Veränderung der neun Dimensionen von Zusammenhalt in den elf untersuchten Regionen. Um den Bericht nicht zu überfrachten, halten wir die Ergebnispräsentation an dieser Stelle kurz. Die entsprechenden Werte für 2017 und 2019 sowie die gefundenen Unterschiede und ihre Bedeutsamkeit finden sich in den Tabellen 28 bis 30 im Anhang 4.

Zunächst lässt sich festhalten, dass auf jeder Dimension mindestens eine, jedoch nie mehr als drei Regionen bedeutsame Veränderungen durchlaufen haben. Grundsätzlich ist dies ein weiterer Beleg für die Stabilität des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg über die Zeit.

Im Folgenden berichten wir die Ergebnisse anstatt entlang der neun Dimensionen entlang der einzelnen Regionen, um Veränderungen besser charakterisieren zu können, bündeln sie aber so weit wie möglich anhand der drei Bereiche von Zusammenhalt. Vollkommene Stabilität finden wir in den Regionen um Rottweil/Konstanz (BW2), Göppingen (BW6) sowie Ludwigsburg (BW8). Hier gab es 2019 auf keiner der neun Zusammenhaltsdimensionen eine bedeutsame Veränderung gegenüber 2017.

Ausschließlich im Bereich 1 (Soziale Netze) haben sich Veränderungen in den Regionen um Ravensburg (BW3) und Heilbronn (BW10) ergeben. In der Region um Ravensburg gab es mit 11,3 Punkten den insgesamt stärksten Zuwachs auf einer Dimension überhaupt: Mit nun 87,8 Punkten ist die Region Spitzenreiter bei der Akzeptanz von Diversität. Im Gegensatz dazu hat die Region Heilbronn Verluste bei den Dimensionen „Soziale Netze“ (-4,5 Punkte) und „Vertrauen in die Mitmenschen“ zu verzeichnen (-5 Punkte).

In der Region Freiburg (BW1) haben wir ausschließlich Veränderungen im Bereich 2 (Verbundenheit) gefunden. Während es einen deutlichen Anstieg von 9,5 Punkten auf insgesamt 83,2 Punkten bei der Identifikation mit dem Gemeinwesen gibt, hat das ohnehin schon schwache Vertrauen in Institutionen noch weiter abgenommen und liegt nun bei 54,4 Punkten – ein Minus von 4,3 Punkten.

In der Region Karlsruhe (BW9) gab es Veränderungen einzig im Bereich 3 (Gemeinwohlorientierung). Waren Solidarität und Hilfsbereitschaft 2017 mit 57,9 Punkten noch so stark ausgeprägt, dass die Region Spitzenreiter wurde, belegt sie 2019 mit nur noch 48,9 Punkten einen der hinteren Plätze.



Die Region Baden-Baden (BW4) hat teils deutliche Veränderungen in den Bereichen 1 und 2 zu verzeichnen. Die Region ist vor allem deshalb vom vorletzten auf den ersten Platz gewandert, weil es deutliche Zuwächse auf insgesamt drei Dimensionen gab. Zugenommen haben sowohl das Vertrauen in die Mitmenschen (+5,8 Punkte) als auch die Akzeptanz von Diversität (+9,2 Punkte) im Bereich der sozialen Beziehungen sowie die Identifikation mit dem Gemeinwesen (+9,3) im Bereich der Verbundenheit.

Ähnliches finden wir für die Region um Heidelberg und Mannheim (BW11). Zwar bleibt die Region 2019 das Schlusslicht im Ranking, legt aber auf insgesamt vier Dimensionen stärker zu als jede andere Region. Im Bereich 2 (Verbundenheit) kommt es auf allen Dimensionen zu einem Anstieg von neun bis zehn Punkten. Dies ist bemerkenswert und legt nahe, dass lokale Prozesse für diese Veränderungen mitverantwortlich sind. Tiefergehende Analysen müssen hier allerdings der regionalen bzw. kommunalen Politik überlassen bleiben. Neben einem Anstieg von 10,5 Punkten auf 78,6 Punkte in der Dimension 2.1 (Identifikation mit dem Gemeinwesen) hat auch das Vertrauen in Institutionen stark zugenommen. Mit einem Zuwachs von 9,5 Punkten bildet die Region auf der Dimension 2.2 mit 54,1 Punkten nun nicht mehr das Schlusslicht im regionalen Vergleich, sondern liegt im Mittelfeld. Ähnliches gilt für das Gerechtigkeitsempfinden (Dimension 2.3), das sowohl in Deutschland insgesamt als auch in Baden-Württemberg besonders schwach ausgeprägt ist. Mit einem Anstieg von 10,2 Punkten auf 40,2 Punkte schiebt sich die Region um Heidelberg und Mannheim nun ebenfalls vom Schlussplatz ins untere Mittelfeld. Des Weiteren hat es in der Region eine bedeutsame Veränderung im Bereich 3 (Gemeinwohlorientierung) gegeben. Mit nun 77,6 Punkten fällt die Anerkennung sozialer Regeln (Dimension 3.2) laut aktueller Daten deutlich stärker aus, als dies noch 2017 der Fall war (67,4 Punkte). Zwar bleibt die Region um Heidelberg und Mannheim somit hier in der Schlussgruppe, holt aber wie bei den Dimensionen aus dem Bereich der Verbundenheit stark auf. Dieser Zuwachs ist in großem Maß mitverantwortlich dafür, dass der Wertebereich, in dem sich die einzelnen Regionen bewegen, 2019 gegenüber der letzten Erhebung deutlich kleiner geworden ist.

So viele Veränderungen wie in der Region um Heidelberg und Mannheim (BW11) gibt es ansonsten nur in Böblingen, Reutlingen und Tübingen (BW5). Hier hat es 2019 im Vergleich zu 2017 ebenfalls bedeutsame Verschiebungen auf vier Dimensionen, allerdings in allen drei Bereichen von Zusammenhalt gegeben. Diese fallen jedoch nicht so stark aus wie in der Region BW11. Während das Vertrauen in die Mitmenschen (Bereich 1; Dimension 1.2) etwas abgenommen hat, kann die Region einen Zuwachs von 7,9 Punkten beim Gerechtigkeitsempfinden (Bereich 2; Dimension 2.3) verzeichnen. Ähnlich wie in der Region um Heidelberg und Mannheim ist auch hier die Anerkennung sozialer Regeln (Bereich 3; Dimension 3.2) mit 8,7 Punkten relativ stark gestiegen. Mit nun 81,7 Punkten hat sich die Region vom unteren ins obere Mittelfeld geschoben. Bemerkenswert ist, dass es gegenüber 2017 in der aktuellen Befragung zu einem recht deutlichen Rückgang auf der Dimension 3.2 gekommen ist. Die Region BW5 ist die einzige, bei der es zu einem bedeutsamen Abfall der gesellschaftlichen Teilhabe in den vergangenen zwei Jahren gekommen ist.

Auch in der Region um Stuttgart (BW7) hat es Veränderungen in allen drei Bereichen von Zusammenhalt gegeben. Gegenüber 2017 wird Diversität ähnlich wie in den Regionen um Biberach (BW3) und Baden-Baden (BW4) stärker akzeptiert. Die Dimension aus dem Bereich der sozialen Beziehungen hat 6,3 Punkte dazugewonnen, sodass die Region nun auf 83 Punkte kommt. Im Gegensatz dazu hat das Gerechtigkeitsempfinden (Bereich 2; Dimension 2.3) deutlich abgenommen. Mit einem Minus von 10,9 Punkten fällt die Region vom ersten auf den letzten Platz. Die Vermutung liegt nahe, dass auch hier regionale Geschehnisse einen Einfluss auf das Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger Stuttgarts

genommen haben. Es lässt sich wohl vermuten, dass in dieser – durchaus dramatisch zu nennenden – Veränderung nicht zuletzt der Verdross über den tatsächlichen Verlauf des Ausbaus von Stuttgart 21 eine Rolle spielt. Diese Interpretation muss allerdings insofern Spekulation bleiben, als zu Gründen eines schwindenden Gerechtigkeitsempfindens keine Daten erhoben wurden. Positiv ist jedoch die Entwicklung im Bereich der Gemeinwohlorientierung. Mit nun 58,5 Punkten im Vergleich zu 52,5 Punkten im Jahr 2017 schneidet die Region als beste ab, was Solidarität und Hilfsbereitschaft (Dimension 3.1) angeht. Lag die Region um Stuttgart und Esslingen bei der letzten Erhebung noch im oberen Mittelfeld, ist sie nun Spitzenreiter.

### Regionale Unterschiede im Zusammenhalt – Zwischenfazit

Im Jahr 2017 fielen die regionalen Unterschiede im gesellschaftlichen Zusammenhalt, gemessen anhand des Gesamtindex, groß aus. Gut acht Punkte trennten die stärkste und die schwächste Region voneinander. War der Zusammenhalt in der Region um Heilbronn (BW10) im Norden Baden-Württembergs besonders stark, schnitt die Nachbarregion Heidelberg/Mannheim/Rhein-Neckar-Kreis (BW11) am schlechtesten ab, wofür vor allem sozioökonomische Gründe verantwortlich gewesen sein dürften (Stichwort: relative Deprivation).

Zwar bildet die Metropolregion auch 2019 das Schlusslicht, wenn es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt innerhalb des Bundeslands geht; allerdings kann die Region mit gut fünf Punkten einen starken Zuwachs verzeichnen. Da sich der Zusammenhalt in allen anderen Regionen (mit Ausnahme von BW4) nicht bedeutsam verändert hat, liegen alle Regionen nun deutlich näher beieinander. Nur noch 2,8 Punkte trennen die Region Heidelberg/Mannheim/Rhein-Neckar-Kreis vom neuen Spitzenreiter Baden-Baden (BW4). Obwohl also der Zusammenhalt in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren stabil geblieben ist, wie wir in Kapitel 2.2 zeigen konnten, hat die Analyse auf regionaler Ebene lohnende Erkenntnisse erbracht: Während Unterschiede zwischen 2017 und 2019 in den meisten Regionen minimal ausfallen, hat sich die Streuung der Werte aufgrund der bedeutsamen positiven Veränderungen in den beiden ehemals schwächsten Regionen verringert. Die regionalen Unterschiede sind damit deutlich geringer geworden. Es lässt sich somit schließen, dass der Zusammenhalt in Baden-Württemberg im Jahr 2019 durchweg stark ist.

## 2.4 Genauer hingeschaut: Indikatoren der einzelnen Dimensionen

Insgesamt hat sich die Stärke des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg zwischen 2017 und 2019 kaum verändert. Dies bestätigt zum einen der Blick auf die neun einzelnen Dimensionen. Wie wir in Abschnitt 2.2 gezeigt haben, gab es auf sieben Dimensionen keine bedeutsamen Veränderungen. Auch auf dem Gesamtindex herrscht Stabilität über die Zeit. Nennenswerte positive Veränderungen haben wir allerdings bei der Akzeptanz von Diversität sowie bei der Identifikation mit dem Gemeinwesen gefunden. Auch bei der Analyse der Entwicklung des Zusammenhalts auf regionaler Ebene in Kapitel 2.3 fanden wir große Stabilität. In neun der elf Regionen konnten wir keine nennenswerten Veränderungen feststellen. Einzig in den beiden schwächsten Regionen um Heidelberg und Mannheim (BW11) sowie Baden-Baden (BW4) hat sich der Zusammenhalt in den vergangenen zwei Jahren deutlich verbessert. Dies trifft auch auf die einzelnen Dimensionen zu. Zwar gab es auf jeder Zusammenhaltsdimension mindestens eine Region, in der sich

die Werte seit 2017 substantiell verändert haben; die Mehrzahl der Regionen zeichnet sich jedoch auch hier durch ihre Stabilität aus.

Nachfolgend wenden wir uns den einzelnen Dimensionen detaillierter zu, indem wir uns anschauen, wie die Befragten 2017 und 2019 auf die jeweiligen Indikatoren geantwortet haben, die zusammen eine Dimension abbilden. Dies ist hilfreich, wenn man ein Gefühl dafür bekommen möchte, welche Themen die Menschen in den vergangenen zwei Jahren bewegt haben. Außerdem zeigt der Blick auf einzelne Fragen, dass es innerhalb einer Dimension sehr wohl Verschiebungen gegeben hat, diese sich aber in den meisten Fällen gegenseitig ausgleichen. Hierzu wenden wir uns von der regionalen Betrachtung ab und nehmen erneut die Bundeslandperspektive ein.

### 2.4.1 Dimension 1.1 – Soziale Netze

Für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt spielen soziale Beziehungen eine wichtige Rolle. Hierzu gehört, dass die Menschen in ein intaktes soziales Netz an Freunden, Bekannten, Nachbarn oder Arbeitskollegen eingebunden sind, das über die eigene Familie hinausreicht (Schiefer / van der Noll 2017). Die Dimension „Soziale Netze“ wurde mit vier Einzelindikatoren erfasst. Diese sind Tabelle 4 zu entnehmen. Farblich abgesetzt werden

TABELLE 4: Indikatoren der Dimension 1.1 „Soziale Netze“

Leitsatz: Die Menschen haben starke und belastbare soziale Netze.

Wie groß ist Ihr Freundes- und Bekanntenkreis?	2017	2019
Sehr klein / eher klein	21,4%	21,7%
Mittel	37,1%	↗ 41,7%
Eher groß / sehr groß	41,0%	↘ 36,1%
Weiß nicht / verweigert	0,5%	0,6%
<b>Wie oft treffen Sie sich mit Freunden, Bekannten oder privat mit Arbeitskollegen?</b>		
Eher selten / sehr selten	15,5%	13,6%
Manchmal	29,8%	32,5%
Sehr häufig / eher häufig	54,5%	53,6%
Weiß nicht / verweigert	0,2%	0,3%
<b>Wenn Sie Schwierigkeiten hätten: Haben Sie Freunde, auf deren Hilfe Sie jederzeit zählen können?</b>		
Nein	8,5%	6,6%
Ja	90,0%	92,3%
Weiß nicht / verweigert	1,5%	1,1%
<b>Haben Sie Freunde oder Bekannte außerhalb Ihrer Familie, die Ihnen im dringenden Notfall 1.000 Euro leihen würden?</b>		
Nein	19,7%	↘ 15,1%
Ja	71,1%	72,9%
Weiß nicht / verweigert	9,2%	12,0%

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten bzw. die Mittelwerte der Indikatoren in Dimension 1.1 für Baden-Württemberg (N<sub>2017</sub> = 508, N<sub>2019</sub> = 1.398 Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

hier nur Prozentwertdifferenzen von mehr als vier Prozentpunkten.<sup>3</sup> Grün markiert sind Werte, die 2019 im Vergleich zu 2017 mindestens um vier Prozent angestiegen sind, rot markiert sind entsprechend gesunkene Werte.

Schon auf den ersten Blick wird deutlich, dass es hinsichtlich der Dimension „Soziale Netze“ kaum substantielle Veränderungen gegeben hat. Einzig die Größe des Freundes- und Bekanntenkreises scheint sich verändert zu haben. Im Durchschnitt ist er etwas kleiner geworden. Berichteten 2017 noch 41 Prozent der Befragten von einem eher großen oder sehr großen Freundeskreis, sind es 2019 nur noch gut 36 Prozent. Dafür geben heute knapp fünf Prozent mehr Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs als noch vor zwei Jahren an, einen mittelgroßen Freundeskreis zu haben. Gleichzeitig hat sich jedoch auch die Zahl derer verringert, die unter ihren Freunden und Bekannten niemanden haben, der ihnen im Notfall 1.000 Euro leihen würde (2017: knapp 20 Prozent; 2019: gut 15 Prozent). Da sich aber die Zahl derer, die im Umkehrschluss angeben, solche Freunde oder Bekannte zu haben, mit einem Plus von 0,8 Punkten in 2019 im Vergleich zu 2017 nicht substantiell verändert hat, weist der Indikator in erster Linie eine ansteigende Tendenz besonders hoher Antwortverweigerung auf, was sich wahrscheinlich auf die Sensibilität der Frage zurückführen lässt.

Insgesamt verdeutlicht der Blick auf die einzelnen Indikatoren, dass bei der Dimension „Soziale Netze“ weitestgehend Stabilität über die Zeit herrscht. Kleine Veränderungen finden sich einzig in der Größe des Freundeskreises mit einer Tendenz hin zu einer leichten Verkleinerung.

#### 2.4.2 Dimension 1.2 – Vertrauen in die Mitmenschen

Vertrauen in andere ist eine wichtige Voraussetzung für jede Art positiver Interaktion und damit ein zentraler Aspekt von gesellschaftlichem Zusammenhalt. In unserer Studie unterscheiden wir zwischen dem grundsätzlichen Vertrauen anderen gegenüber und dem Vertrauen gegenüber Menschen, denen man im Alltag begegnet. Die vier Einzelindikatoren der Dimension „Vertrauen in die Mitmenschen“ sind in Tabelle 5 dokumentiert. Farblich abgesetzt werden hier erneut – sofern vorhanden – Prozentwertdifferenzen von mehr als vier Prozentpunkten bzw. Mittelwertdifferenzen einer vergleichbaren Größe (0,4 Punkte).

Im Einklang mit den Ergebnissen für die gesamte Dimension (vgl. Kapitel 2.2) können keine nennenswerten Veränderungen berichtet werden. Vor dem Hintergrund der vergangenen zwei Jahre, die politisch und gesellschaftlich durchaus als herausfordernd bezeichnet werden können, ist dies beachtenswert. Anders formuliert lässt sich diese Konstanz so deuten, dass das Menschenbild der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs trotz eines womöglich rauer werdenden Klimas keinen Schaden genommen hat.

<sup>3</sup> Die Bestimmung des Prozentwerts 4 als Schwellenwert für einen inhaltlich interpretationswürdigen Prozentsatzunterschied leitet sich aus der statistischen Literatur zu den Themen Power, Konfidenzintervall und Effektstärke ab (vgl. Cohen 1988). Regelrechte Vertrauensintervalle für alle Einzelindikatoren zu bestimmen, bedarf aufwendiger mathematisch-statistischer Berechnungen, auf die wir hier verzichten. Der von uns festgelegte Schwellenwert ist an der Anzahl der Items pro Dimension ausgerichtet.

TABELLE 5: Indikatoren der Dimension 1.2 „Vertrauen in die Mitmenschen“

Leitsatz: Die Menschen haben großes Vertrauen in ihre Mitmenschen.

Den meisten Menschen kann man vertrauen.	2017	2019
Mittelwert (0 bis 10)	5,6	5,8
<b>Wie sehr vertrauen Sie Menschen, denen Sie zum ersten Mal begegnen?</b>		
Vertraue gar nicht / vertraue wenig	36,1%	34,5%
Teils-teils	46,7%	48,7%
Vertraue ziemlich / vertraue völlig	15,7%	15,9%
Weiß nicht / verweigert	1,5%	0,9%
<b>Ich bin davon überzeugt, dass die meisten Menschen gute Absichten haben.</b>		
Stimmt gar nicht / stimmt wenig	8,3%	10,8%
Teils-teils	49,9%	47,0%
Stimmt ziemlich / stimmt völlig	41,0%	41,9%
Weiß nicht / verweigert	0,7%	0,3%
<b>Heutzutage kann man sich auf niemanden verlassen.</b>		
Stimmt gar nicht / stimmt wenig	53,6%	55,1%
Teils-teils	36,8%	35,7%
Stimmt ziemlich / stimmt völlig	9,2%	8,8%
Weiß nicht / verweigert	0,4%	0,4%

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten bzw. die Mittelwerte der Indikatoren in Dimension 1.2 für Baden-Württemberg (N<sub>2017</sub> = 508, N<sub>2019</sub> = 1.398 Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

| BertelsmannStiftung

### 2.4.3 Dimension 1.3 – Akzeptanz von Diversität

Unsere Gesellschaft ist durch zunehmende Vielfalt gekennzeichnet. So treffen im Alltag Menschen mit unterschiedlichen Lebensstilen, Weltanschauungen, religiösen Überzeugungen oder kulturellem Hintergrund aufeinander. Die Dimension „Akzeptanz von Diversität“ erfasst, inwieweit die Menschen Personen mit anderen Wertvorstellungen und Lebensweisen als den eigenen als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft akzeptieren. In der vorliegenden Studie wurde diese Dimension mit fünf Einzelindikatoren erfasst. Diese und die prozentuale Verteilung sind in Tabelle 6 dargestellt. Farblich abgesetzt werden hier nur Prozentwertdifferenzen von mehr als fünf Prozentpunkten<sup>4</sup> und Mittelwertdifferenzen mit mehr als 0,5 Punkten.

Mit einem Plus von 3,5 Punkten von knapp 81 in 2017 auf gut 84 in 2019 konnten wir bereits in Kapitel 2.2 auf dieser Dimension substanzielle Veränderungen feststellen. Diese werden in erster Linie von zwei Indikatoren ausgelöst. Nur noch 17 Prozent der Befragten geben 2019 an, dass sie Menschen mit einem anderen Lebensstil als dem eigenen ungern als Nachbar hätten. 2017 waren es noch gut 22 Prozent. Deutlich größer fällt der Unterschied bezogen auf Homosexuelle aus. Hatten 2017 noch knapp 14 Prozent der Befragten Menschen mit homosexueller Orientierung ungern als Nachbar, sind es 2019 nur noch gut fünf Prozent. Damit sank die Ablehnung gegenüber dieser Vielfaltsgruppe um gut acht Prozentpunkte. Die

4 vgl. Fußnote 3

TABELLE 6: Indikatoren der Dimension 1.3 „Akzeptanz von Diversität“

Leitsatz: Die Menschen akzeptieren Personen mit anderen Wertvorstellungen und Lebensweisen als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft.

Hätten Sie Menschen mit ganz anderem Lebensstil ungern als Nachbarn?	2017		2019
Ungern als Nachbar	22,4%	↘	17,0%
Nicht ungern als Nachbar	72,1%	↗	78,4%
Weiß nicht / verweigert	5,5%		4,6%
<b>Hätten Sie Menschen anderer Religionen ungern als Nachbarn?</b>			
Ungern als Nachbar	8,9%		5,8%
Nicht ungern als Nachbar	89,4%		91,7%
Weiß nicht / verweigert	1,7%		2,5%
<b>Hätten Sie Ausländer / Migranten ungern als Nachbarn?</b>			
Ungern als Nachbar	17,7%		14,3%
Nicht ungern als Nachbar	78,3%		81,5%
Weiß nicht / verweigert	4,0%		4,2%
<b>Hätten Sie Homosexuelle ungern als Nachbarn?</b>			
Ungern als Nachbar	13,7%	↘	5,3%
Nicht ungern als Nachbar	84,5%	↗	92,7%
Weiß nicht / verweigert	1,8%		2,1%
<b>Würden Sie sagen, dass das Leben in Deutschland im Allgemeinen durch zunehmende Vielfalt bedroht oder bereichert wird?</b>			
Mittelwert (0 bis 10)	6,0	↗	6,5

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten bzw. die Mittelwerte der Indikatoren in Dimension 1.3 für Baden-Württemberg (N<sub>2017</sub> = 508, N<sub>2019</sub> = 1.398 Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

| BertelsmannStiftung

sexuelle Orientierung eines Menschen scheint also für immer weniger Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs eine Rolle zu spielen. Ähnlich niedrig sind Ablehnungswerte für Menschen anderer Religionen; für Ausländer bzw. Migranten fallen sie etwas höher aus. Bei beiden Gruppen sind jedoch keine nennenswerten Veränderungen über die Zeit festzustellen.

Insgesamt werden also Menschen mit anderen Lebensstilen und sexuellen Orientierungen in der eigenen Nachbarschaft heute stärker akzeptiert als noch vor zwei Jahren. Bei Menschen anderer Religionen bzw. mit Migrationshintergrund hat sich die Einstellung hingegen nicht verändert. Dies ist ein überraschend positiver Befund vor dem Hintergrund, dass die zunehmende kulturelle und religiöse Vielfalt im öffentlichen Diskurs häufig als problematisch gesehen wird.

#### 2.4.4 Dimension 2.1 – Identifikation

Wie stark fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs mit ihrer Nachbarschaft, ihrem Wohnort, ihrer Region oder gar ihrem Bundesland verbunden? Die Antworten auf diese Fragen sind relevant für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, denn dort, wo die Menschen sich als Teil ihres Gemeinwesens sehen, kann starker Zusammenhalt ent-

TABELLE 7: Indikatoren der Dimension 2.1 „Identifikation“

Leitsatz: Die Menschen fühlen sich mit ihrem Gemeinwesen stark verbunden und identifizieren sich als Teil davon.

Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit [Ihrem Bundesland]?	2017	2019
Überhaupt nicht verbunden / nicht sehr verbunden	6,5%	2,8%
Teils-teils	11,0%	11,8%
Ziemlich verbunden / sehr verbunden	82,2%	85,1%
Weiß nicht / verweigert	0,3%	0,3%
<b>Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit [Ihrer Region]?</b>		
Überhaupt nicht verbunden / nicht sehr verbunden	7,1%	3,5%
Teils-teils	15,5%	↓ 10,1%
Ziemlich verbunden / sehr verbunden	76,9%	↑ 85,9%
Weiß nicht / verweigert	0,5%	0,4%
<b>Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit [Ihrem Wohnort]?</b>		
Überhaupt nicht verbunden / nicht sehr verbunden	7,4%	5,2%
Teils-teils	16,5%	14,0%
Ziemlich verbunden / sehr verbunden	75,8%	↑ 80,8%
Weiß nicht / verweigert	0,4%	0,0%
<b>Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit [Ihrer Nachbarschaft]?</b>		
Überhaupt nicht verbunden / nicht sehr verbunden	13,2%	↓ 8,6%
Teils-teils	29,4%	26,0%
Ziemlich verbunden / sehr verbunden	56,6%	↑ 65,3%
Weiß nicht / verweigert	0,8%	0,1%

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten bzw. die Mittelwerte der Indikatoren in Dimension 2.1 für Baden-Württemberg (N<sub>2017</sub> = 508, N<sub>2019</sub> = 1.398 Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

| BertelsmannStiftung

stehen (Arant/Boehnke 2016). Umgekehrt haben Menschen, die sich ihrer Nachbarschaft oder ihrem Wohnort nicht verbunden fühlen, vermutlich auch nur wenig Interesse daran, sich für das Gemeinwesen einzusetzen. In der hier vorgelegten Studie wurde die Dimension „Identifikation mit dem Gemeinwesen“ mit vier Einzelindikatoren erfasst. Tabelle 7 listet die Fragen und die entsprechenden Verteilungen für 2017 und 2019 auf. Farblich abgesetzt werden hier Prozentwertdifferenzen von mehr als vier Prozentpunkten.

Bereits in Kapitel 2.2 haben wir berichtet, dass die Identifikation mit dem Gemeinwesen seit 2017 um knapp vier Punkte gestiegen ist. Ein Blick auf die diesem Ergebnis zugrunde liegenden Indikatoren verdeutlicht, dass es sich insbesondere um die Identifikation mit dem eigenen Nahbereich handelt. Während die Menschen sich heute genauso verbunden mit ihrem Bundesland fühlen wie noch vor zwei Jahren, geben 2019 deutlich mehr Befragte an, sich ziemlich oder sehr mit ihrer Region verbunden zu fühlen, als noch im Jahr 2017. Auch wenn das, was die Befragten unter ihrer Region verstehen, nicht genauer umrissen ist, so wird doch deutlich, dass sich der Bezug auf den Nahbereich substantiell intensiviert hat: Auch die Identifikation mit dem Wohnort ist um fünf Prozentpunkte gestiegen, die Identifikation mit der eigenen Nachbarschaft sogar um knapp neun Prozentpunkte.

Dass insbesondere die kleinräumige Identifikation mit dem Gemeinwesen in den vergangenen zwei Jahren so stark zugenommen hat, könnte auf eine gestiegene Heimatverbundenheit hinweisen. Zumindest wird aber deutlich, dass sich die große Mehrheit der Befragten mit den Gemeinwesen, in denen sie leben, stark verbunden fühlt. Dies ist insofern bedeutsam, als sich annehmen lässt, dass eine starke Verbundenheit auch mit einer Wertschätzung des eigenen Lebensumfelds einhergeht, die man sich bei der Gestaltung von Maßnahmen zur Steigerung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zunutze machen kann.

#### 2.4.5 Dimension 2.2 – Vertrauen in Institutionen

Das Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen wie den Bundestag, die Polizei, die Justiz oder politische Parteien kann als Teil von vertikalem sozialem Zusammenhalt

TABELLE 8: Indikatoren der Dimension 2.2 „Vertrauen in Institutionen“

Leitsatz: Die Menschen haben großes Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen.

Wie groß ist das Vertrauen, das Sie den politischen Parteien entgegenbringen?	2017		2019
Überhaupt kein Vertrauen / geringes Vertrauen	33,3%		33,5%
Teils-teils	56,1%		56,8%
Großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen	8,0%		8,4%
Weiß nicht / verweigert	2,5%		1,4%
<b>Wie groß ist das Vertrauen, das Sie Gerichten entgegenbringen?</b>			
Überhaupt kein Vertrauen / geringes Vertrauen	16,1%	↘	9,3%
Teils-teils	34,7%		32,9%
Großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen	48,0%	↗	54,6%
Weiß nicht / verweigert	1,2%		3,2%
<b>Wie groß ist das Vertrauen, das Sie der Polizei entgegenbringen?</b>			
Überhaupt kein Vertrauen / geringes Vertrauen	12,6%	↘	5,2%
Teils-teils	18,2%		19,6%
Großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen	68,7%	↗	75,0%
Weiß nicht / verweigert	0,5%		0,2%
<b>Wie groß ist das Vertrauen, das Sie der Bundesregierung entgegenbringen?</b>			
Überhaupt kein Vertrauen / geringes Vertrauen	22,9%		26,0%
Teils-teils	45,7%		47,2%
Großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen	29,7%		26,7%
Weiß nicht / verweigert	1,7%		0,1%
<b>Wie groß ist das Vertrauen, das Sie dem Bundestag entgegenbringen?</b>			
Überhaupt kein Vertrauen / geringes Vertrauen	23,6%		26,8%
Teils-teils	46,3%		49,5%
Großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen	27,8%	↘	22,8%
Weiß nicht / verweigert	2,3%		0,9%

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten bzw. die Mittelwerte der Indikatoren in Dimension 2.2 für Baden-Württemberg (N<sub>2017</sub> = 508, N<sub>2019</sub> = 1.398 Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.



verstanden werden. Ist ihr Institutionenvertrauen stark, fühlen sich die Menschen gut von staatlichen Einrichtungen repräsentiert und haben damit wenig Angst etwa vor Korruption oder Willkür. In der vorliegenden Studie wurde die Dimension „Vertrauen in Institutionen“ mit fünf Einzelindikatoren erfasst (siehe Tabelle 8). Farblich abgesetzt werden hier Differenzen von mehr als fünf Prozentpunkten.

Die Detailergebnisse verdeutlichen, wie lohnend es ist, einen Blick auf die einzelnen Indikatoren einer Dimension zu werfen. Wie in Kapitel 2.2 dargestellt, hat sich das Vertrauen in Institutionen im Zeitverlauf mit 54,6 Punkten sowohl in 2017 als auch in 2019 überhaupt nicht verändert. Betrachtet man nun jedoch die einzelnen Indikatoren, zeigen sich interessante Verschiebungen, die nur deshalb nicht für die gesamte Dimension in Erscheinung treten, weil sie sich in ihrer Gesamtheit sozusagen ausmitteln: Seit 2017 ist das Vertrauen in regulative Institutionen, nämlich die Polizei (48,0 vs. 54,6 Punkte) und die Justiz (68,7 vs. 75,0 Punkte), deutlich gestiegen. Wodurch diese Veränderung ausgelöst wurde, bleibt allerdings weitgehend unklar. Auf der einen Seite wird der Polizei – wie zum Beispiel aufgrund der ausufernden Übergriffe in der Kölner Silvesternacht 2015 – häufig Kompetenz abgesprochen. Auf der anderen Seite tritt sie beispielsweise im Zuge sich häufender politischer Demonstrationen und Ausschreitungen, wie etwa im Rahmen von Fußballspielen, in den vergangenen Jahren mehr in Erscheinung und ist somit sehr präsent.

Im Gegensatz dazu ist das Vertrauen in den Bundestag – eine repräsentative Institution – um fünf Punkte auf knapp 23 Prozent gesunken. Es gibt also eine gewachsene Skepsis gegenüber der Funktionsfähigkeit der föderalen Legislative – mit nunmehr sieben Parteien (CDU, CSU, SPD, AfD, FDP, Linke und Bündnis90 / Die Grünen). Interessant ist hierbei die Frage danach, woher dieser Vertrauensverlust rührt. In einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung (2019) wurde das Vertrauen in Politik und Parteien basierend auf den auch in diesem Bericht genutzten Daten aus dem Jahr 2017 untersucht. Es konnte gezeigt werden, dass die Verbundenheit mit einer bestimmten Partei mit größerem allgemeinem Parteienvertrauen einhergeht – mit einer Ausnahme: Anhänger der AfD drückten mehrheitlich ihr Misstrauen gegenüber politischen Parteien aus. Wie stellt sich die Situation im Jahr 2019 dar? Handelt es sich nach wie vor um die Anhänger der AfD? Nach der Bundestagswahl im Herbst 2017 ist die AfD nun im Bundestag vertreten. Naheliegender wäre deshalb, dass dies zu größerer Zufriedenheit bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD und einer wachsenden Skepsis bei Menschen führt, die eher links wählen. Ein kurzer Blick auf den Zusammenhang zwischen der politischen Orientierung der Befragten und der zum Ausdruck gebrachten Skepsis macht jedoch deutlich, dass das Vertrauen völlig unabhängig von der politischen Orientierung gesunken ist. Im Jahr 2019 sind also Anhängerinnen und Anhänger jedweder Partei gleich unzufrieden mit der Arbeit des Parlaments. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass die Anhänger jedweder Partei angesichts der Verschiebung der politischen Kräfte nicht zufrieden mit der Arbeit des Bundestags sind und dessen Funktionsfähigkeit anzweifeln, weil sich Debatten, Zusammenarbeit und Entscheidungsprozesse verkompliziert haben und unter Umständen sogar lähmend wirken.

Hierzu passt jedoch nicht, dass es beim Vertrauen in die Gesamtheit der politischen Parteien und in die Exekutive (Bundesregierung) keine nennenswerten Verschiebungen gegeben hat. Man kann vermuten, dass es sich dennoch um einen Sondereffekt des Einzugs der AfD in den Deutschen Bundestag handelt. Dieses Ergebnis bedarf einer weiteren Untersuchung, die jedoch an anderer Stelle stattfinden muss.

## Vertrauen in regionale und lokale Institutionen

Jenseits der in Tabelle 9 dokumentierten Fragen zur Dimension „Vertrauen in Institutionen“ enthält die Studie einige weitere Fragen zu regionalen Institutionen bzw. zur Bewertung von Demokratie als Staatsform. Diese regionalen und lokalen Werte gehen nicht in die Dimension Institutionenvertrauen und den Gesamtindex ein. Für eine Bewertung der Veränderung des sozialen Zusammenhalts in Baden-Württemberg sind diese Fragen aber dennoch von großem Interesse und werden hier gesondert berichtet.

Fazit: Es gibt zwischen 2017 und 2019 ausschließlich positive Veränderungen. Die Landesregierung gewinnt an Vertrauen. Eine noch mal größere Anzahl von Befragten stimmt der Aussage ziemlich oder völlig zu, dass die Demokratie die beste Staatsform ist.

TABELLE 9: Vertrauen in regionale und lokale Institutionen

Wie groß ist das Vertrauen, das Sie der Landesregierung entgegenbringen?	2017	2019
Überhaupt kein Vertrauen / geringes Vertrauen	16,4%	16,0%
Teils-teils	46,0%	42,4%
Großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen	35,9%	↗ 40,5%
Weiß nicht / verweigert	1,7%	1,1%
<b>Wie groß ist das Vertrauen, das Sie dem Landtag entgegenbringen?</b>		
Überhaupt kein Vertrauen / geringes Vertrauen	18,1%	16,7%
Teils-teils	48,1%	47,3%
Großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen	29,9%	32,8%
Weiß nicht / verweigert	3,9%	3,1%
<b>Wie groß ist das Vertrauen, das Sie der Stadt-, Kreis- oder Gemeindeverwaltung entgegenbringen?</b>		
Überhaupt kein Vertrauen / geringes Vertrauen	-	11%
Teils-teils	-	37%
Großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen	-	50%
Weiß nicht / verweigert	-	2%
<b>Alles in allem bin ich mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, zufrieden.</b>		
Stimmt gar nicht / wenig	12,8%	8,7%
Teils-teils	25,0%	26,0%
Stimmt ziemlich / völlig	61,8%	64,9%
Weiß nicht / verweigert	0,4%	0,4%
<b>Die Demokratie ist die beste Staatsform.</b>		
Stimmt gar nicht / wenig	5,9%	3,0%
Teils-teils	13,5%	8,8%
Stimmt ziemlich / völlig	79,6%	↗ 87,3%
Weiß nicht / verweigert	0,9%	0,9%

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten bzw. die Mittelwerte der Indikatoren in Dimension 2.2 für Baden-Württemberg (N<sub>2017</sub> = 508, N<sub>2019</sub> = 1.398 Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

## 2.4.6 Dimension 2.3 – Gerechtigkeitsempfinden

Das Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland war bereits in der Studie aus dem Jahr 2017 besonders niedrig ausgefallen. Dabei ist diese Dimension zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie misst, inwieweit die Menschen die Verteilung der Güter in der Gesellschaft als gerecht empfinden und ob sie sich gerecht behandelt fühlen. Es geht also nicht um objektive Indikatoren von Ungleichheit, wie zum Beispiel Einkommens- oder Vermögensunterschiede, sondern um das subjektive Empfinden der Menschen in Deutschland. Denn nur wenn die objektiven Ungleichheiten auch als ungerecht empfunden werden, kann es zu Umbrüchen in der Gesellschaft kommen (Sachweh/Sthamer 2016). In der vorliegenden Studie wurde die Dimension „Gerechtigkeitsempfinden“ mit vier Einzelindikatoren erfasst (siehe Tabelle 10). Farblich abgesetzt werden entsprechend Prozentwertdifferenzen von mehr als vier Prozentpunkten.

Insgesamt gibt es für diese Dimension auch im Jahr 2019 relativ niedrige Zustimmungswerte. Das subjektive Gerechtigkeitserleben der Bürgerinnen und Bürger ist in Baden-Württemberg wie in ganz Deutschland nach wie vor recht gering. Ähnlich wie beim

TABELLE 10: Indikatoren der Dimension 2.3 „Gerechtigkeitsempfinden“

Leitsatz: Die Menschen sehen die Verteilung der Güter in der Gesellschaft als gerecht an und fühlen sich gerecht behandelt.

Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht.	2017		2019
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	44,1%		47,4%
Teils-teils	35,7%		35,1%
Stimmt völlig / stimmt ziemlich	19,3%		17,1%
Weiß nicht / verweigert	1,0%		0,5%
<b>Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.</b>			
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	26,8%	↗	31,3%
Teils-teils	43,2%		43,0%
Stimmt völlig / stimmt ziemlich	28,0%	↘	24,0%
Weiß nicht / verweigert	2,1%		1,7%
<b>Die wirtschaftlichen Gewinne werden heute in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt.</b>			
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	60,3%		59,0%
Teils-teils	29,0%		31,4%
Stimmt völlig / stimmt ziemlich	9,2%		7,6%
Weiß nicht / verweigert	1,5%		2,0%
<b>Man wird in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet.</b>			
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	32,8%	↗	39,0%
Teils-teils	44,4%	↘	37,7%
Stimmt völlig / stimmt ziemlich	22,3%		22,2%
Weiß nicht / verweigert	0,5%		1,1%

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten bzw. die Mittelwerte der Indikatoren in Dimension 2.3 für Baden-Württemberg (N<sub>2017</sub> = 508, N<sub>2019</sub> = 1.398 Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Vertrauen in Institutionen mitteln sich allerdings auch bei dieser Dimension die Unterschiede auf Indikatorebene aus, sodass wir in Kapitel 2.2 keine nennenswerten Veränderungen im Gerechtigkeitsempfinden über die vergangenen zwei Jahre hinweg feststellen konnten. Ein Blick auf die gestellten Fragen, die dieser Dimension zugrunde liegen, bestätigt diese Stabilität nur teilweise. Nur eine Minderheit der Befragten findet die sozialen Unterschiede in Deutschland gerecht bzw. sieht wirtschaftliche Gewinne gerecht verteilt. Zudem hat sich das Gerechtigkeitsempfinden teilweise auch verschlechtert. Anders als 2017 gibt es jetzt eine relative Mehrheit unter den Bürgerinnen und Bürgern, die der Aussage vollständig oder überwiegend widerspricht, dass man in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet wird. Auch Rangunterschiede zwischen den Menschen werden weniger akzeptiert als noch vor zwei Jahren. Die Zustimmung liegt 2019 um vier Punkte niedriger als vor zwei Jahren – bei nun 24 Prozent.

### 2.4.7 Dimension 3.1 – Solidarität und Hilfsbereitschaft

Die Dimension „Solidarität und Hilfsbereitschaft“ gehört in den Bereich der Gemeinwohlorientierung, der Handlungen und Haltungen der Mitglieder des Gemeinwesens umfasst, in denen sich Verantwortung für andere und das Gemeinwesen selbst ausdrückt. Die Dimension 3.1 misst dabei, ob und in welchem Ausmaß sich Menschen für ihre Mitmenschen verantwortlich fühlen und selbst aktiv werden, um Schwache in der Gesellschaft zu unterstützen. Erfasst wurde dies mit drei Einzelindikatoren. Tabelle 11 listet die Indikatoren und deren prozentuale Verteilungen auf. Farblich abgesetzt werden entsprechend Prozentwertdifferenzen von mehr als drei Punkten.

TABELLE 11: Indikatoren der Dimension 3.1 „Solidarität und Hilfsbereitschaft“

Leitsatz: Die Menschen fühlen sich verantwortlich für ihre Mitmenschen und helfen ihnen.

Manche Menschen leisten ab und an Geldspenden für soziale oder gemeinnützige Zwecke. Haben Sie in den letzten 12 Monaten solche Spenden geleistet?	2017		2019
Nein	36,9%	↘	29,6%
Ja	62,3%	↗	70,3%
Weiß nicht / verweigert	0,9%		0,1%

Wie oft sind Sie in Ihrer Freizeit ehrenamtlich tätig, um anderen Menschen zu helfen?	2017		2019
Nie	32,6%	↘	29,4%
Mindestens einmal jeden Monat und seltener	39,3%	↗	42,5%
Mindestens einmal jede Woche und täglich	27,8%		27,5%
Weiß nicht / verweigert	0,4%		0,6%

Die meisten Leute kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht.	2017		2019
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	23,8%		25,3%
Teils-teils	42,3%	↘	37,1%
Stimmt völlig / stimmt ziemlich	32,6%	↗	36,7%
Weiß nicht / verweigert	1,4%		1,0%

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten bzw. die Mittelwerte der Indikatoren in Dimension 3.1 für Baden-Württemberg (N<sub>2017</sub> = 508, N<sub>2019</sub> = 1.398 Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Insgesamt gehört auch die Dimension „Solidarität und Hilfsbereitschaft“ zu denjenigen Dimensionen, bei denen sich Veränderungen bei Einzelindikatoren ausmitteln, sodass die Werte der Dimension über die Zeit hinweg relativ konstant bleiben. Zwar gibt es ein starkes Plus bei der Spendenbereitschaft von acht Prozentpunkten und einen leichten Anstieg bei der Tätigkeit im Ehrenamt. Jedoch hat auch der Anteil jener Befragten zugenommen, die finden, dass die meisten Menschen sich nicht für ihre Mitmenschen interessieren, die mit anderen Worten also das Gegenteil von Solidarität und Hilfsbereitschaft an den Tag legen.

Interessant an diesem Befund ist, dass im subjektiven Empfinden der Menschen Solidarität und Hilfsbereitschaft abgenommen haben, weil 2019 mehr Befragte als noch 2017 glauben, dass sich die meisten Leute gar nicht darum kümmern, was mit ihren Mitmenschen geschieht. Im tatsächlichen Verhalten, gemessen anhand von geleisteten Geldspenden und ehrenamtlicher Tätigkeit, zeigt sich dies jedoch nicht. Im Gegenteil ist hier sogar ein Anstieg von Solidarität und Hilfsbereitschaft zu verzeichnen. Dieses Ergebnis ähnelt jenem zur Einschätzung der Stärke des Zusammenhalts, über das wir in Kapitel 2.2 berichtet haben. Während die Angst vor schwindendem Zusammenhalt in der Gesellschaft zunimmt, hat der im eigenen Umfeld tatsächlich erlebte Zusammenhalt sogar zugenommen. Ähnlich ist es auch bei der Dimension „Solidarität und Hilfsbereitschaft“: Zunehmende Ängste gehen nicht mit einem schwindenden Engagement einher.

#### 2.4.8 Dimension 3.2 – Anerkennung sozialer Regeln

In welchem Ausmaß sich die Menschen an grundlegende soziale Regeln halten, die in ihrem Gemeinwesen gelten, beeinflusst die Stärke des gesellschaftlichen Zusammenhalts vor Ort. Dabei geht es nicht nur um Straftaten im juristischen Sinne, sondern auch um Verhalten, das die geltenden, zum Teil unausgesprochenen Normen und Konventionen verletzt (Bliesener/Bergmann 2016). In der vorliegenden Studie wurde die Dimension „Anerkennung sozialer Regeln“ mit drei Einzelindikatoren erfasst (siehe Tabelle 12). Farblich abgesetzt werden insofern auch hier Differenzen von mehr als drei Prozentpunkten.

Jenseits der Frage, ob sich die Befragten tagsüber wie nachts sicher in ihrer Nachbarschaft fühlen, haben wir erfasst, ob sie unterschiedliche Probleme in ihrer Wohngegend wahrnehmen, wie zum Beispiel Hundekot auf der Straße, Ruhestörung oder Müll in den Grünanlagen. Bei dieser Frage geht es also nicht darum, wie viel Müll tatsächlich in einem Park liegt, sondern ob das achtlose Wegwerfen von Müll als Regelverstoß wahrgenommen und somit als störend empfunden wird. Dies hat zur Folge, dass nicht überall dieselben Normen und Regeln gelten müssen. Wichtig ist nur, dass sich alle an das halten, was sie jeweils als für ein gutes Miteinander für nötig erachten.

Grundsätzlich gibt es bei der Anerkennung sozialer Regeln 2019 gegenüber 2017 eine positive Tendenz zu vermerken (siehe Kapitel 2.2). Diese basiert im Wesentlichen auf dem veränderten Antwortverhalten bezüglich zweier Indikatoren. Die Befragten berichten zum einen von weniger Problemen in ihrer Nachbarschaft, wie zum Beispiel dem oben erwähnten Hundekot auf der Straße, falsch parkenden Autos, Müll in den Straßen oder Belästigungen. Zum anderen wird die eigene Nachbarschaft auch nachts als sicherer eingestuft. Zwar geben immer noch knapp 30 Prozent der Befragten an, dass sie in der Nähe ihrer Wohngegend nachts nicht allein gehen möchten; 2017 waren es jedoch noch knapp 34 Prozent. Soziale Grundregeln werden 2019 in Baden-Württemberg somit stärker anerkannt, als dies 2017 der Fall war. Der im öffentlichen Diskurs heraufbeschworene Verlust an Sicherheit

TABELLE 12: Indikatoren der Dimension 3.2 „Anerkennung sozialer Regeln“

Leitsatz: Die Menschen halten sich an grundlegende soziale Regeln.

Ganz allgemein: Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Nachbarschaft?	2017		2019
Eher unsicher / sehr unsicher	1,9%		2,0%
Teils-teils	5,9%		4,1%
Sehr sicher / eher sicher	92,1%		93,6%
Weiß nicht / verweigert	0,1%		0,3%
<b>Gibt es hier eigentlich in der Nähe – ich meine so im Umkreis von einem Kilometer – irgendeine Gegend, in die Sie nachts nicht alleine gehen möchten?</b>			
Nein	65,7%	↗	69,3%
Ja	33,9%	↘	29,4%
Weiß nicht / verweigert	0,4%		1,3%
<b>Gibt es in Ihrer Nachbarschaft Probleme ...?*</b>			
Keine Probleme	25,0%		27,2%
Wenige Probleme (ein bis zwei)	36,7%	↗	40,9%
Viele Probleme (drei bis acht)	27,6%	↘	21,6%
Weiß nicht / verweigert	10,7%		10,3%

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten bzw. die Mittelwerte der Indikatoren in Dimension 3.2 für Baden-Württemberg (N<sub>2017</sub> = 508, N<sub>2019</sub> = 1.398 Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

\* Bei dieser Variable handelt es sich um die Summe der Ja-Antworten bezüglich folgender Probleme: Hundekot auf der Straße, falsch oder behindernd parkende Autos, beschädigte Spielplätze, Graffiti, Müll in den Straßen oder Grünanlagen, Ruhestörung, herumlungernde Betrunkene, Belästigung oder Beschimpfungen.

| BertelsmannStiftung

wird von den Bürgerinnen und Bürgern Baden-Württembergs so nicht erlebt. Im Gegenteil fühlen sie sich 2019 sogar sicherer in ihrer Wohngegend als 2017. Eine Sicherheitsempfindungslücke scheint es in Baden-Württemberg jedenfalls nicht zu geben.

## 2.4.9 Dimension 3.3 – Gesellschaftliche Teilhabe

Wenn Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen und sich an öffentlichen Debatten beteiligen, gestalten sie die Gesellschaft und ihr lokales Gemeinwesen aktiv mit. Die neunte Dimension, mit der wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt erfassen – „Gesellschaftliche Teilhabe“ –, wurde mit vier Einzelindikatoren erfasst (siehe Tabelle 13). Farblich abgesetzt werden hier entsprechend Differenzen von mehr als vier Prozentpunkten.

Beim Vergleich der neun Zusammenhaltssdimensionen in Kapitel 2.2 gab es bei der gesellschaftlichen Teilhabe eine leichte, wenn auch statistisch nicht signifikante Abwärtstendenz. Betrachtet man die einzelnen Indikatoren, die dieser Dimension zugrunde liegen, wird deutlich, dass dieser – geringfügige – Effekt einzig dem Interesse an Politik geschuldet ist. Gab 2017 noch die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs an, sich eher stark oder sehr stark für Politik zu interessieren, so sind es 2019 nur noch gut 44 Prozent. Ohne diese Entwicklung in ihrer Bedeutsamkeit zu überinterpretieren, ließe sich vermuten, dass eine für Menschen aller politischen Couleur hochgradig politisierte zeitgeschichtliche Phase im Gefolge der sogenannten Flüchtlingskrise in ihrer Auswirkung auf das Politikinteresse abebbt und wir zu normaleren Werten zurückkehren.

TABELLE 13: Indikatoren der Dimension 3.3 „Gesellschaftliche Teilhabe“

Leitsatz: Die Menschen nehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben teil und beteiligen sich an öffentlichen Debatten.

Politisches Engagement in den letzten 12 Monaten?*	2017	2019
Keine Aktivität	39,1%	35,6%
Wenige Aktivitäten (ein bis zwei)	39,0%	42,7%
Viele Aktivitäten (drei bis acht)	21,1%	21,2%
Weiß nicht / verweigert	0,8%	0,6%
<b>Wie stark interessieren Sie sich für Politik?</b>		
Überhaupt nicht / wenig	16,6%	16,7%
Mittel	31,1%	↗ 39,0%
Eher stark / sehr stark	52,1%	↘ 44,3%
Weiß nicht / verweigert	0,2%	0,0%
<b>Wenn die nächsten Wahlen anstehen, für die Sie wahlberechtigt sind, wie wahrscheinlich ist es, dass Sie tatsächlich zur Wahl gehen?</b>		
Sehr unwahrscheinlich / eher unwahrscheinlich	9,4%	7,4%
Sehr wahrscheinlich / eher wahrscheinlich	88,3%	91,3%
Weiß nicht / verweigert / bin nicht wahlberechtigt	2,3%	1,3%
<b>Sind Sie Mitglied in einem gemeinnützigen Verein oder einer gemeinnützigen Organisation?</b>		
Nein	51,3%	53,7%
Ja	48,5%	46,1%
Weiß nicht / verweigert	0,2%	0,2%

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten bzw. die Mittelwerte der Indikatoren in Dimension 3.3 für Baden-Württemberg (N<sub>2017</sub> = 508, N<sub>2019</sub> = 1.398 Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

\* Bei dieser Variable handelt es sich um die Summe der Ja-Antworten folgender Fragengruppe: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich für etwas einzusetzen. Haben Sie in den letzten 12 Monaten Unterschriftensammlungen unterschrieben, Abzeichen oder Aufkleber getragen / befestigt, ein politisches Amt ausgeübt, sich an einer Demonstration oder Bürgerinitiative beteiligt, an einer Bürgerversammlung teilgenommen, einen Politiker / Beamten kontaktiert, im Internet politisch Stellung bezogen?

| BertelsmannStiftung

Ähnlich wie in Kapitel 2.4.5 werfen wir zuletzt noch einen kurzen Blick auf den Zusammenhang zwischen der politischen Orientierung der Befragten und dem zum Ausdruck gebrachten Interesse an Politik. Während wir zeigen konnten, dass das Vertrauen in den Bundestag im Jahr 2019 überraschenderweise über alle politischen Orientierungen hinweg gleichmäßig gesunken ist, ist das verringerte allgemeine Interesse an Politik in erster Linie auf diejenigen Befragten zurückzuführen, die sich auf dem politischen Spektrum eher rechts verorten. Eine eingehende Analyse der Hintergründe dieses Befunds wäre sicherlich interessant. Im Rahmen dieses Berichts besteht die Möglichkeit hierzu allerdings nicht. Einige Spekulationen scheinen dennoch möglich. Es wäre denkbar, dass rechts orientierten Befragten durch den Einzug der AfD in den Bundestag ein ihnen wichtiges Ziel erreicht scheint, sodass sie ihren Aktivitätsgrad zurückschrauben können. Auch das Abebben der Flüchtlingskrise dürfte wohl einen Beitrag zu diesem Befund leisten. Jenseits dieser beiden Spekulationen haben wir uns angesehen, in welchem Zusammenhang das Interesse für Politik und das Alter der Befragten stehen. Eine der neueren Shell Jugendstudien belegt, dass das Politikinteresse der jungen Generation im Jahr 2015 im Vergleich zu 2002 von 30 auf 41 Prozent gestiegen ist (Albert et al. 2015). Im Zuge aktueller politischer Debatten, die zum Beispiel die Fridays-for-Future-Bewegungen auslösten, liegt die Vermutung nahe, dass

Jugendliche sich derzeit vielleicht sogar noch mehr engagieren und der allgemeine Rückgang am Interesse für Politik somit auf die älteren Befragungsteilnehmer zurückzuführen sein muss. Unsere Dateninspektion zeigt jedoch, dass dies nicht der Fall ist. Entgegen der Erwartung, dass junge Menschen sich aktuell stärker engagieren als ältere, finden wir auf Basis aktuellster Daten aus dem Jahr 2019 keine bedeutsamen Unterschiede beim Politikinteresse im Vergleich der Altersgruppen.

## 2.5 Fazit

Wie ist es derzeit also um den sozialen Zusammenhalt in Baden-Württemberg bestellt? Aufgrund unserer Analysen lässt sich schließen, dass sich seit 2017 keine großen Veränderungen ergeben haben. Der Zusammenhalt in Baden-Württemberg ist im Jahr 2019 nach wie vor stark. Positive Veränderungen gegenüber dem letzten Erhebungszeitraum gibt es in den Bereichen „Soziale Beziehungen“ und „Verbundenheit mit dem Gemeinwesen“. Nennenswert ist hier zum einen eine gestiegene Offenheit für Menschen mit anderen Lebensstilen und sexuellen Orientierungen. Zum anderen ist die Verbundenheit mit der eigenen Region, dem Wohnort und der Nachbarschaft gestiegen, was sich als grundlegende Tendenz einer größeren Heimatverbundenheit interpretieren lässt. Etwas schwächer fällt die gesellschaftliche Teilhabe im Bereich der Gemeinwohlorientierung aus. Hier zeigen die Analysen gewisse Ermüdungserscheinungen beim politischen Engagement der Befragten auf. Gab 2017 noch die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs an, sich eher oder sehr stark für Politik zu interessieren, so sind es 2019 nur noch gut 44 Prozent: Die besonders hitzige Phase des Interesses an Politik scheint vorbei. Die gestiegene Vielfalt von Lebensformen in Deutschland gewinnt an Akzeptanz und geht einher mit einer Rückbesinnung auf Positives im eigenen Nahbereich: Heimatverbundenheit ohne Exklusion als Devise der Zeit?

Im folgenden Kapitel werfen wir einen Blick darauf, welche gesellschaftlichen Gruppen einen stärkeren bzw. schwächeren Grad an Zusammenhalt erleben. Es geht also um die Frage, ob es in Baden-Württemberg Anzeichen einer sozialen Spaltung gibt und entlang welcher sozioökonomischen Merkmale diese gegebenenfalls verläuft.



### 3 Soziale Spaltungen im erlebten Grad des Zusammenhalts

In diesem Kapitel berichten wir, zwischen welchen gesellschaftlich relevanten Gruppen sich die Einschätzung des sozialen Zusammenhalts unterscheidet. Alle Analysen beziehen sich dabei auf die im Jahr 2019 erhobenen Daten. Es geht in der Substanz darum abzubilden, ob es in Baden-Württemberg aktuell Anzeichen einer Spaltung zwischen bedeutsamen sozialen Gruppen gibt und entlang welcher sozioökonomischen Merkmale diese gegebenenfalls verläuft. Von Anzeichen sozialer Spaltung ist immer dann auszugehen, wenn Menschen unterschiedlicher Gruppen, also zum Beispiel junge und alte Menschen, das Ausmaß des sozialen Zusammenhalts in ihrem Gemeinwesen deutlich unterschiedlich erleben. Es geht somit um die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen einen stärkeren bzw. schwächeren Grad an Zusammenhalt empfinden. Die Analysen geben insofern indirekt Auskunft darüber, welche Personengruppen durch einen schwachen gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet sein könnten. Ziel unserer Analysen ist es also nicht, den Zusammenhalt auf Ebene der Befragten zu messen – dies ist nicht möglich, denn gesellschaftlicher Zusammenhalt ist eine Eigenschaft von Gemeinwesen, nicht von Individuen. Unser Bestreben ist es, diejenigen Gruppen zu identifizieren, die niedrige Werte auf unserem Messkonstrukt für Zusammenhalt aufweisen, denn nur so ist es möglich, Maßnahmen zu gestalten, die Bedürfnisse ebener Gruppen berücksichtigen.

Wir betrachten hierfür die Lebensumstände der Menschen, untersuchen also objektive Faktoren, die Auskunft über die soziale Lage der Befragten geben. Variablen, die Auskunft über die persönliche Einstellung geben, wie zum Beispiel die politische oder religiöse Orientierung, fließen nicht in unsere Analysen ein. Der Bericht konzentriert sich in seiner Dokumentation auf die in Tabelle 14 aufgelisteten sozioökonomischen Merkmale. Hierzu haben wir alle uns zur Verfügung stehenden Variablen aus der Befragungsstudie genutzt. Ausgeschlossen werden musste lediglich der Indikator für die Berufstätigkeit aufgrund der darin repräsentierten Gruppen.<sup>5</sup> Neben dem Geschlecht und dem Alter untersuchen wir, ob Menschen mit chronischer Erkrankung höhere oder niedrigere Werte bezüglich des erlebten gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg aufweisen als Menschen, die an keiner chronischen Erkrankung leiden. Die persönliche Lebenssituation von Singles gegenüber Menschen in Partnerschaft sowie dem Vorhandensein von Kindern wird genauso untersucht wie der Migrationshintergrund, die Wohnortgröße, der Bildungsgrad und die Höhe des Einkommens.

5 In unserer Befragung haben etwa 61 Prozent angegeben, berufstätig zu sein. Diese Kategorie fasst jedoch Voll- und Teilzeitbeschäftigung zusammen. Außerdem wird auch nicht danach unterschieden, ob es sich um ein Angestelltenverhältnis, Selbstständigkeit oder Zeit- bzw. Leiharbeit handelt, was für den Kontext dieses Berichts unter Umständen relevant sein könnte. Insgesamt 30 Prozent der Stichprobe sind Rentner, die sich fast vollständig mit der Gruppe der Befragten ab 65 Jahren decken und somit kaum neue Erkenntnisse zutage fördern können. Die restlichen neun Prozent umfassen alle anderen Befragten, wie zum Beispiel Auszubildende, Arbeitslose, Schüler, Hausfrauen und -männer. Die Aussagekraft des Merkmals Berufstätigkeit ist also leider zu gering, um es sinnvoll in die Analyse aufzunehmen.

**TABELLE 14: Gruppen in der Analyse sozialer Spaltung im Erleben des gesellschaftlichen Zusammenhalts**

<b>Geschlecht</b>	<b>Anteil</b>
Mann	48,6%
Frau	51,4%
<b>Alter</b>	
16 – 30 Jahre	17,7%
31 – 64 Jahre	56,6%
65+ Jahre	25,7%
<b>Gesundheit</b>	
Befragter leidet an chronischer Krankheit	32,0%
Keine chronische Krankheit	68,0%
<b>Lebensweise</b>	
Single	19,1%
In Partnerschaft ohne Kinder	17,2%
In Partnerschaft mit Kind(ern)	52,0%
Alleinerziehend	11,7%
<b>Migrationshintergrund</b>	
Migrant der ersten oder zweiten Generation	23,6%
Kein Migrationshintergrund	76,4%
<b>Wohnortgröße</b>	
Landgemeinde (< 5.000 Einwohner)	14,7%
Kleinstadt (≥ 5.000 und < 20.000 Einwohner)	35,4%
Mittelstadt (≥ 20.000 und < 100.000 Einwohner)	32,2%
Großstadt (≥ 100.000 Einwohner)	17,7%
<b>Bildungsgrad</b>	
Hochschulabschluss	16,3%
Abgeschlossene Berufsausbildung	60,6%
Niedriger	23,1%
<b>Einkommensschicht</b>	
Einkommensarme (< 60% des Medianwerts des Haushaltsäquivalenzeinkommens)	12,1%
Untere Mittelschicht (≥ 60% und ≤ 100%)	27,4%
Obere Mittelschicht (> 100% und < 200%)	33,6%
Einkommensreiche (≥ 200%)	5,7%
Fehlend	21,2%

Die Tabelle zeigt die bevölkerungsrepräsentativ gewichteten Anteile der jeweiligen sozialen Gruppen in der auswertbaren Stichprobe (N = 1.398).

Zunächst steht der Gesamtindex Zusammenhalt im Mittelpunkt, nachfolgend dann die einzelnen Dimensionen. Es wird in sogenannten multiplen Regressionsanalysen geprüft, ob es Unterschiede in der Wahrnehmung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zwischen den in Tabelle 14 aufgelisteten sozialen Gruppen gibt. Anders ausgedrückt untersuchen wir, ob sich zum Beispiel Männer und Frauen oder Singles und Alleinerziehende darin unterscheiden, wie hoch oder niedrig sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt – sowohl bezogen auf den Gesamtindex als auch bezogen auf die einzelnen Dimensionen – erleben. Hierzu wählen wir aus jeder sozialen Gruppe eine Kategorie aus, die als Ankerpunkt für den Vergleich mit den anderen Kategorien dieser Gruppe gilt. Auf diese Weise entsteht eine Referenzperson, sozusagen ein Mustermensch. In unserem Fall handelt es sich um einen Mann im mittleren Alter (31 bis 64 Jahre) ohne Migrationshintergrund, der nicht an einer chronischen Erkrankung leidet, in Partnerschaft mit Kindern in einer mittelgroßen Stadt lebt, über eine Berufsausbildung verfügt und zur oberen Mittelschicht gehört. In unseren Analysen testen wir, ob sich die Durchschnittswerte für den sozialen Zusammenhalt und seine Dimensionen für diese Person von den Durchschnittswerten etwa von Frauen, chronisch Erkrankten oder Einkommensreichen unterscheiden.

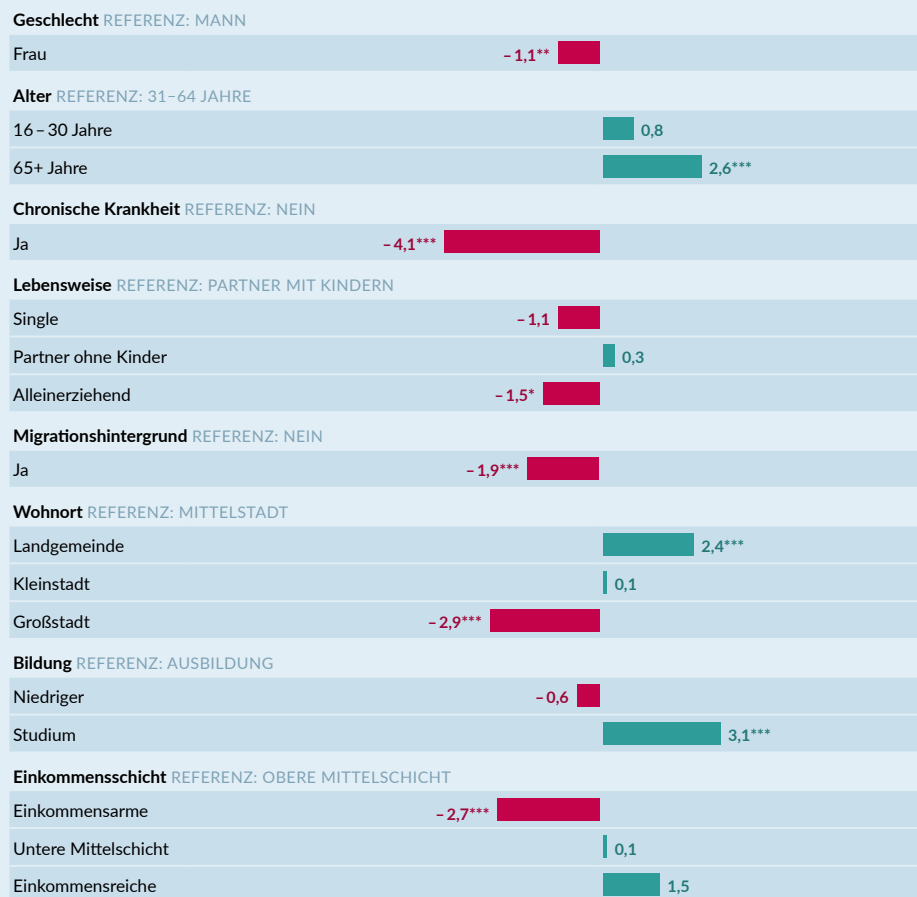
Balkendiagramme fassen sogenannte nicht standardisierte Regressionskoeffizienten zusammen. Diese lassen sich als Unterschiede zwischen der jeweiligen sozialen Gruppe und unserer Referenzperson auf der Messskala der abhängigen Variable (also hier dem sozialen Zusammenhalt und seinen Teildimensionen) interpretieren. Zur Erinnerung: Der Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts wurde auf einer Skala von 0 (äußerst schwach) bis 100 (äußerst stark) erfasst.

### 3.1 Gesamtindex Zusammenhalt

Die Ergebnisse aus der Analyse zum Gesamtindex Zusammenhalt sind in Abbildung 5 zusammengefasst. Die Balken im Diagramm geben an, ob sich bedeutsame Unterschiede innerhalb einer Gruppe im Vergleich zur Referenzperson ergeben. Für das Geschlecht bedeutet dies zum Beispiel, ob Frauen im Vergleich höhere oder niedrigere Werte erzielen als die Referenzperson, weil diese ein Mann ist.

Die Abbildung macht deutlich, dass der Grad des erlebten Zusammenhalts in Baden-Württemberg in allen untersuchten Gruppen differiert. Zwar sind die Vergleiche nach Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand, Lebensweise, Migrationshintergrund, Wohnort, Bildungsniveau und Einkommensschicht signifikant; allerdings handelt es sich überwiegend um geringe Unterschiede. Von einer starken sozialen Spaltung kann man deshalb zunächst nicht sprechen. So ist zum Beispiel mit einem Abstand von 1,1 Punkten auf einer Skala von 0 bis 100 das Ausmaß, in dem der Zusammenhalt in der Gruppe der Frauen geringer ausfällt als bei Männern, nominell sehr gering.

Im Vergleich zu Befragten mittleren Alters erleben die Älteren einen leicht stärkeren Grad des Zusammenhalts (plus 2,6 Punkte). Einen deutlich größeren Unterschied gibt es zwischen Gesunden und chronisch Kranken, wobei die letztere Bevölkerungsgruppe 4,1 Punkte weniger als die fiktive – gesunde – Durchschnittsperson auf dem Gesamtindex erreicht.

**ABBILDUNG 5: Gruppenunterschiede im Erleben von sozialem Zusammenhalt (Gesamtindex) 2019**


Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala des Gesamtindex Zusammenhalt. Negative Abweichungen sind anhand rot gefärbter Balken (■), positive Abweichungen anhand grün gefärbter Balken (■) dargestellt.

Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \*  $p \leq 0,10$ ; \*\*  $p \leq 0,05$ ; \*\*\*  $p \leq 0,01$ .

| BertelsmannStiftung

Nur geringe Unterschiede finden wir zwischen den vier Lebensweisen. Im Vergleich zu Befragten, die in einer festen Partnerschaft leben und eigene Kinder haben, unterscheiden sich Menschen in einer festen Partnerschaft ohne Kinder kaum. Dagegen fällt der Zusammenhalt bei Singles ohne Kinder sowie Alleinerziehenden um 1,1 bzw. 1,5 Punkte leicht schwächer aus. Beim Migrationshintergrund verzeichnen wir einen signifikanten Unterschied von knapp zwei Punkten: Befragte ohne Migrationshintergrund erleben Baden-Württemberg als kohäsiver. Etwas stärker unterscheidet sich der Grad des Zusammenhalts nach Wohnortgröße. Im Vergleich zu Menschen, die in einer mittelgroßen Stadt wohnen, berichten Menschen auf dem Land von einem um 2,4 Punkte höheren Grad, während die Bewohner der Großstädte einen um 2,9 Punkte niedrigeren Grad erleben. Insgesamt ergibt sich ein Abstand von gut fünf Punkten zwischen Menschen, deren Lebensmittelpunkt auf dem Land liegt, und Menschen, die in Großstädten leben. Im Vergleich zu Befragten, die über eine Berufsausbildung verfügen, unterscheiden sich die geringer Gebildeten kaum. Dagegen erleben Menschen mit einem Hochschulabschluss einen stärkeren Zusammenhalt (3 Punkte). Interessanterweise scheint das Spaltungspotenzial von Einkommen nicht

so omnipräsent, wie manchmal angenommen wird. Die beiden Mittelschichten unterscheiden sich kaum voneinander. Im Vergleich dazu ist der erlebte Grad des Zusammenhalts bei den Einkommensarmen um drei Punkte schwächer und bei den Einkommensreichen nur um 1,5 Punkte höher.

Es lässt sich also schließen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg unter Frauen, chronisch Kranken und Menschen mit Migrationshintergrund schwächer erlebt wird. Auch Alleinerziehende erleben weniger Zusammenhalt als Menschen, die in einer Partnerschaft mit Kindern leben. Größere Unterschiede ergeben sich bei der Wohnortgröße. Im Vergleich zu einer mittelgroßen Stadt wird der Zusammenhalt in einer Großstadt als deutlich geringer erlebt, auf dem Land dagegen als stärker. Auch das Bildungs- und das Einkommensniveau sind relevant: Im Gegensatz zu Menschen (nur) mit einer Berufsausbildung erleben Befragte mit einem Hochschulabschluss einen stärkeren Zusammenhalt; Einkommensarme schätzen ihn im Vergleich zu unserer Referenzperson aus der oberen Mittelschicht deutlich geringer ein. Unsere Analysen legen somit nahe, dass einige der klassischen Risikogruppen in unserer Gesellschaft – Frauen, chronisch Kranke, Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende sowie Arme – auch weniger Zusammenhalt erleben. Dies sollte ein (weiteres) Zeichen für Politik und Zivilgesellschaft sein, diese Menschen gezielt zu stärken und ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

## 3.2 Dimensionen

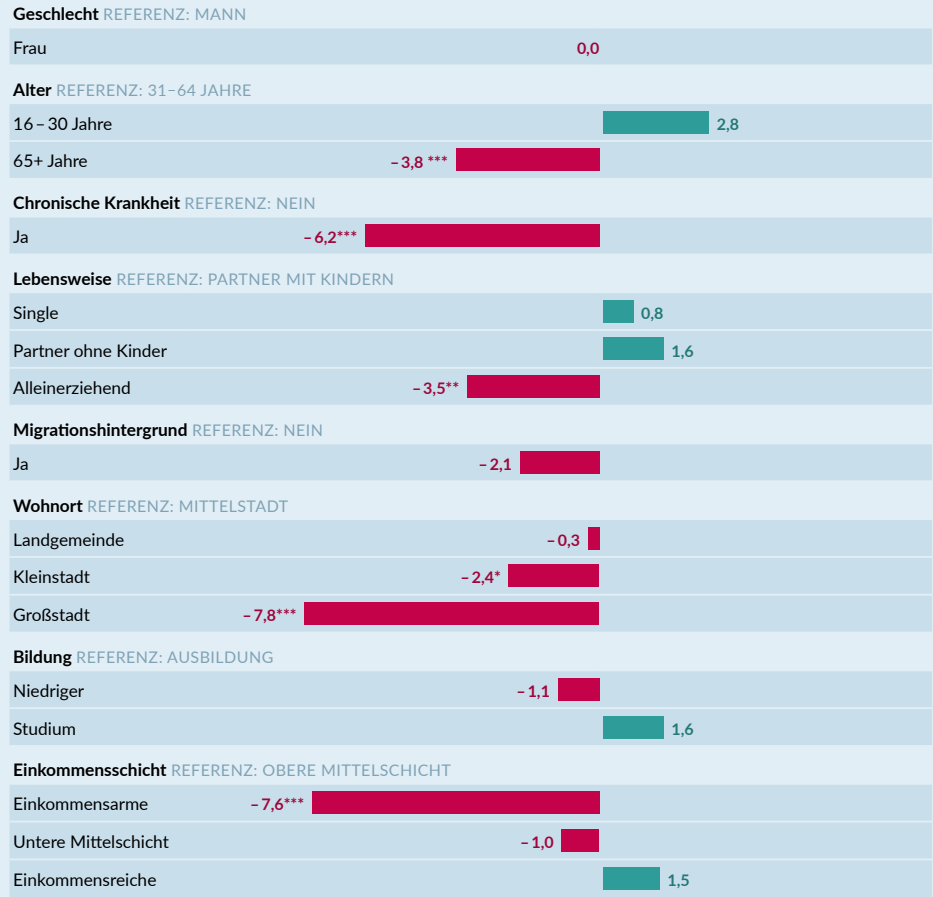
Nachfolgend berichten wir die Ergebnisse aus den multiplen Regressionsanalysen für die neun Einzeldimensionen von sozialem Zusammenhalt. Auch hier nutzen wir wieder dieselbe Referenzperson zum Vergleich innerhalb der untersuchten Gruppen: einen Mann im mittleren Alter (31 bis 64 Jahre) ohne Migrationshintergrund, der nicht an einer chronischen Erkrankung leidet, in Partnerschaft mit Kindern in einer mittelgroßen Stadt lebt, über eine Ausbildung verfügt und zur oberen Mittelschicht gehört. Insgesamt lässt sich bei vielen Dimensionen durchaus nennenswertes Spaltungspotenzial im erlebten Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg feststellen, da es teilweise starke Unterschiede im Erleben der einzelnen Facetten von gesellschaftlichem Zusammenhalt gibt.

### 3.2.1 Dimension 1.1 – Soziale Netze

Was die sozialen Netze betrifft, ist die betrachtete Referenzperson gut aufgestellt, denn wie in Abbildung 6 zu erkennen ist, sind diese bei vielen der Vergleichsgruppen schwächer ausgeprägt. Signifikant stärkere soziale Netze finden sich in keiner Kategorie.

Wenig verwunderlich ist, dass sowohl ältere Menschen ab 65 Jahre als auch chronisch Kranke mit knapp vier bzw. gut sechs Punkten deutlich schwächere soziale Netze haben als Befragte im Alter von 31 bis 64 Jahre und gesunde Menschen. Im höheren Alter, besonders nach dem Renteneinstieg, nehmen Sozialkontakte häufig ab, was zu Einsamkeit führt. Auch chronische Erkrankungen können zu Einschränkungen bei der Teilnahme am sozialen Leben führen. Unsere Analysen zeigen, dass zudem Alleinerziehende von schwächeren sozialen Netzen im Vergleich zu Menschen, die mit Kindern in einer Partnerschaft leben, berichten. Gleiches gilt für Migrantinnen und Migranten. Interessant ist, dass sich die stärksten sozialen Netze in mittelgroßen Städten finden. Dass diese in der Großstadt mit knapp acht Punkten deutlich schwächer empfunden werden, ist vielleicht nicht so verwun-

ABBILDUNG 6: Gruppenunterschiede im Erleben der Dimension 1.1 „Soziale Netze“ 2019



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala der Dimension 1.1 „Soziale Netze“. Negative Abweichungen sind anhand rot gefärbter Balken (■), positive Abweichungen anhand grün gefärbter Balken (■) dargestellt.  
 Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \* p < 0,10; \*\* p < 0,05; \*\*\* p < 0,01.

| BertelsmannStiftung

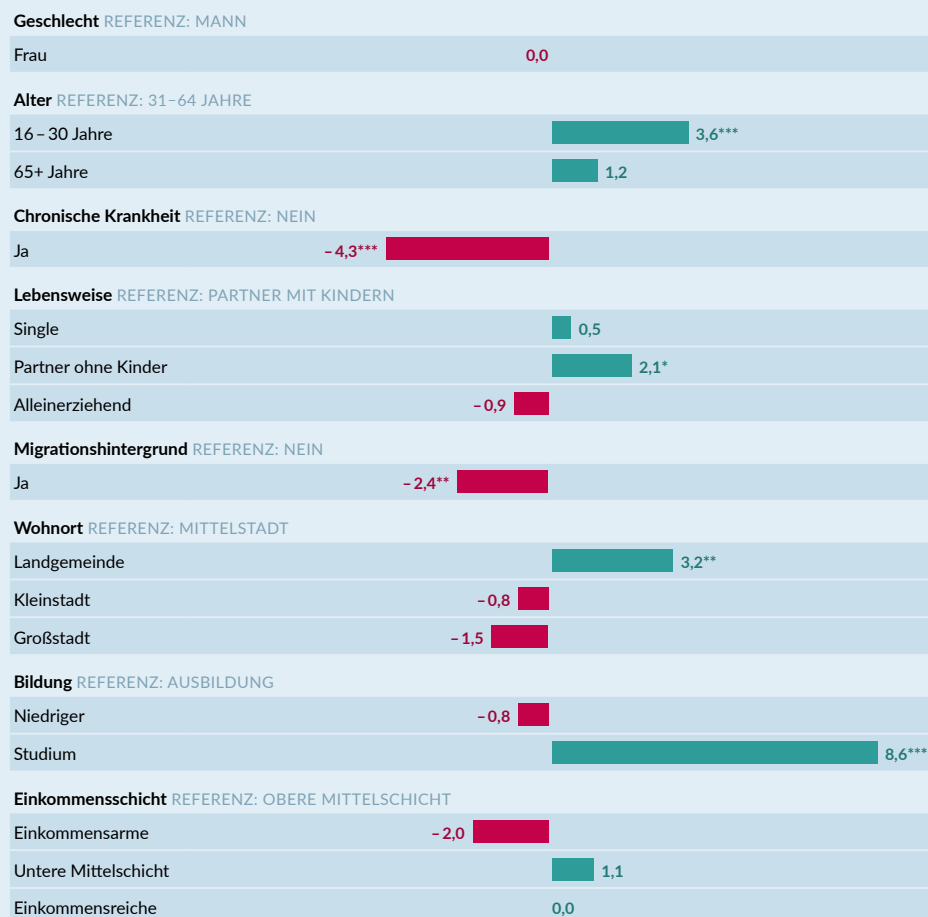
derlich, wohl aber, dass dies auch für Kleinstädte gilt (2,4 Punkte weniger als die Referenzperson). Keine Unterschiede herrschen zwischen dem Leben in einer mittelgroßen Stadt und in einer Landgemeinde. Überraschend sind die Befunde, dass weder der Bildungsabschluss noch das Geschlecht einen Einfluss darauf zu haben scheint, wie stark das eigene soziale Netz empfunden wird. Besonders stark zeigt sich eine soziale Spaltung bei der Einkommensschicht. Im Vergleich zur oberen Mittelschicht wirkt sich ein schwaches Einkommen deutlich negativ auf die erlebten sozialen Netze von Niedrigverdienern aus. Dieses gehört mit dem bereits erwähnten (hohen) Alter, chronischen Erkrankungen, dem Leben in der Großstadt sowie dem Status einer bzw. eines Alleinerziehenden zu den klassischen Risikofaktoren schwacher sozialer Beziehungen.

### 3.2.2 Dimension 1.2 – Vertrauen in die Mitmenschen

Hinsichtlich der Dimension „Vertrauen in die Mitmenschen“ konnten wir anhand unserer Analysen sechs relevante Bereiche identifizieren, die auf eine soziale Spaltung hinweisen. Im Vergleich zur mittelalten Referenzperson vertrauen junge Menschen bis 30 Jahre stärker in ihre Mitmenschen. Dies macht sich mit einem Plus von 3,6 Punkten bemerkbar, wie Abbildung 7 veranschaulicht.

Auch bei Menschen, die in einer Beziehung leben, aber keine Kinder haben, ist das Vertrauen im Vergleich zu Befragten mit Partner und Kindern leicht erhöht (2,1 Punkte). Chronische Krankheiten führen im Gegensatz zu einer deutlichen Minderung des Vertrauens in andere (ein Minus von 4,3 Punkten gegenüber gesunden Befragten). Ähnliches gilt für Menschen mit einem Migrationshintergrund. Sie vertrauen weniger als Menschen, deren Familien seit Generationen in Deutschland leben (2,4 Punkte Unterschied). Unsere Referenzperson hat

ABBILDUNG 7: Gruppenunterschiede im Erleben der Dimension 1.2 „Vertrauen in die Mitmenschen“ 2019

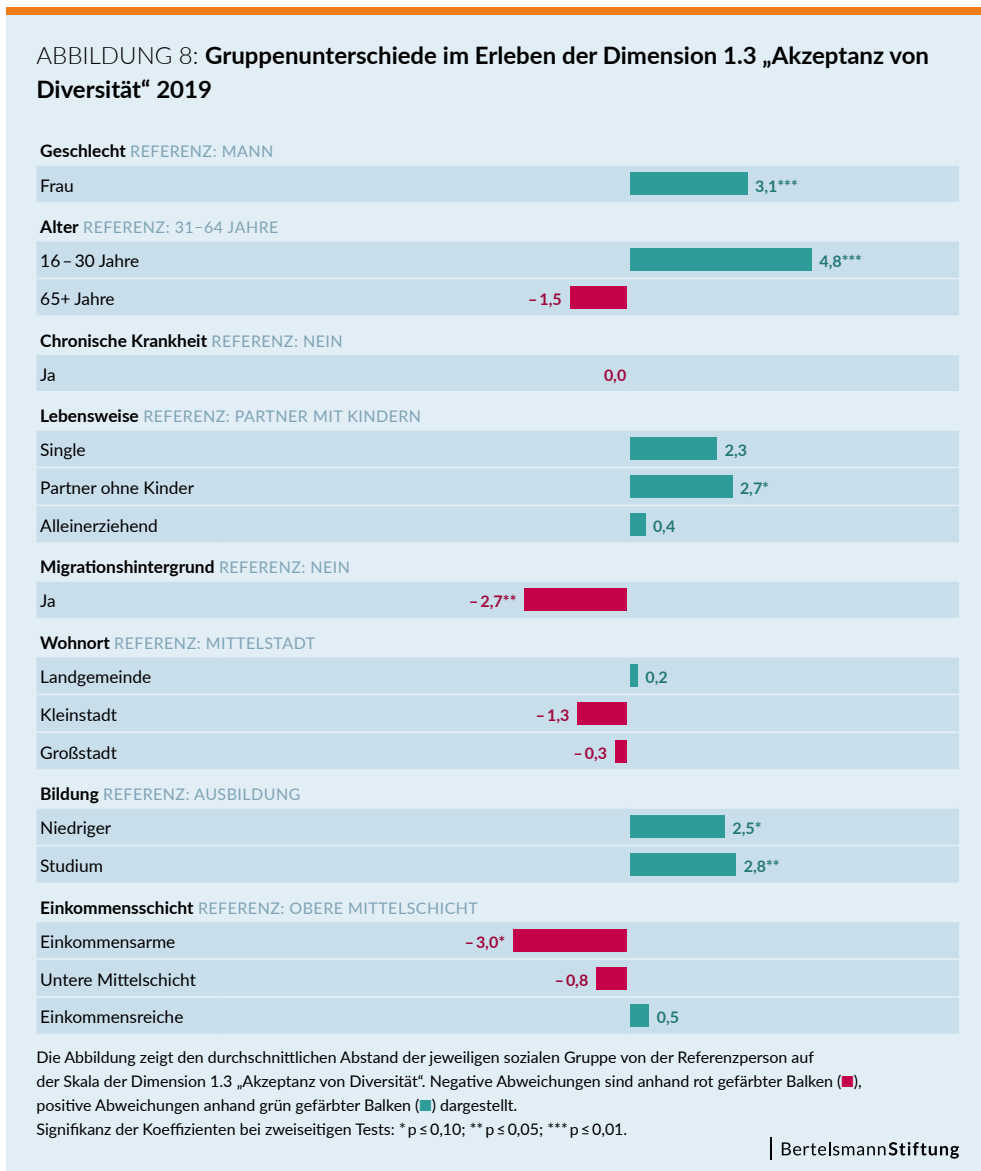


Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala der Dimension 1.2 „Vertrauen in die Mitmenschen“. Negative Abweichungen sind anhand rot gefärbter Balken (■), positive Abweichungen anhand grün gefärbter Balken (■) dargestellt.  
Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \*  $p \leq 0,10$ ; \*\*  $p \leq 0,05$ ; \*\*\*  $p \leq 0,01$ .

eine Ausbildung und lebt in einer mittelgroßen Stadt. Im Vergleich zu diesen beiden Parametern wird das Vertrauen in die Mitmenschen nicht nur von Bewohnern in Landgemeinden als stärker erlebt (3,2 Punkte), sondern mit 8,6 Punkten Vorsprung in besonders starkem Maß von Menschen mit Hochschulabschluss. Bildung ist also der bedeutendste Faktor für eine soziale Spaltung, wenn es um das Vertrauen in die Mitmenschen geht.

### 3.2.3 Dimension 1.3 – Akzeptanz von Diversität

Auch bei der Akzeptanz von Diversität konnten wir viele Gruppenunterschiede feststellen, die auf eine soziale Spaltung hinweisen, wie Abbildung 8 zeigt. Frauen akzeptieren Vielfalt in höherem Maß als Männer (3,1 Punkte). Wesentlich ist die Rolle des Alters. Im Gegensatz zur Referenzperson ist die Akzeptanz von Diversität bei den Jungen stärker (4,8 Punkte Unterschied). Auch Menschen in Partnerschaft ohne Kinder erzielen höhere Akzeptanzwerte als Befragte mit Partner und Kind(ern) (2,7 Punkte).





Interessant sind die folgenden beiden Befunde: Zum einen fällt die Vielfaltsakzeptanz bei Menschen geringer aus, die einen Migrationshintergrund haben. Migrantinnen und Migranten akzeptieren Diversität (mit einem Unterschied von 2,7 Punkten) weniger stark als Menschen ohne Migrationshintergrund. Da wir für diese Dimension unter anderem erfassen, inwieweit die Befragten gern andere Lebensstile, Religionen, Ausländer und Homosexuelle in ihrer Nachbarschaft haben (vgl. Kapitel 2.4.3), können die Gründe für dieses Ergebnis vielfältig sein. Analysen zu den einbezogenen Einzelindikatoren zeigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund Menschen einer anderen Religion und Homosexuelle signifikant weniger gern als Nachbarn haben, als dies bei Menschen ohne Migrationshintergrund der Fall ist. Keinerlei Unterschiede finden sich hinsichtlich von Nachbarn mit einem ganz anderen Lebensstil und hinsichtlich von Ausländern oder Migranten als Nachbarn. Auch die Frage, ob Vielfalt bereichert oder nicht, beantworten beide Teilgruppen (mit bzw. ohne Migrationshintergrund) gleich. Detailergebnisse sind in Tabelle 31 im Anhang dokumentiert. Es scheint jedenfalls, dass Fremde das Fremde in den Lebensbereichen Religion und Sexualität in besonderem Maße als fremd erleben.

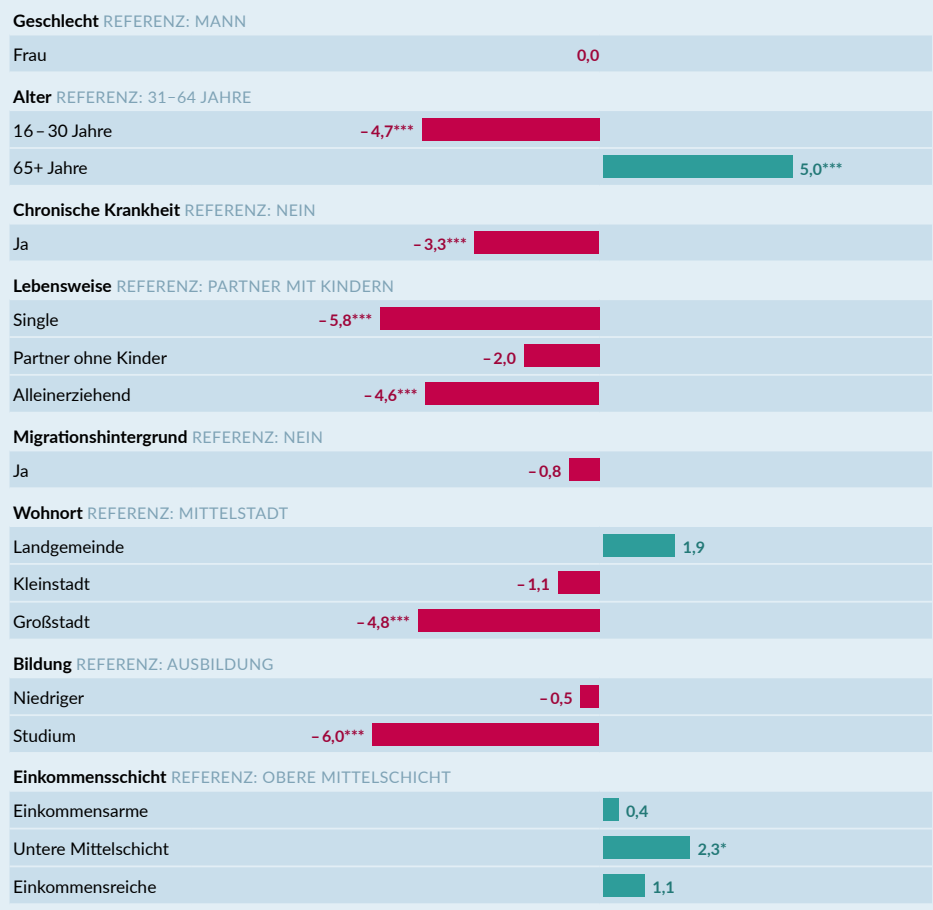
Zum anderen finden wir in unseren Analysen, dass Bildung ein zentraler Faktor für die Akzeptanz von Vielfalt ist. Dieses Ergebnis ist spannend, denn im Vergleich zu Menschen mit (nicht weniger und nicht mehr als) einer Berufsausbildung akzeptieren sowohl Menschen mit einem niedrigeren (2,5 Punkte) als auch mit einem höheren Bildungsabschluss (2,8 Punkte) Vielfalt stärker. Am geringsten ist die Akzeptanz von Diversität somit in der Mitte der Gesellschaft, bei Menschen mit einer Berufsausbildung, also dem sprichwörtlichen Facharbeitermilieu. Dass gleichzeitig Einkommensarme im Vergleich zu Menschen aus der oberen Mittelschicht geringere Akzeptanzwerte (3 Punkte Unterschied) erzielen, zeigt, dass Bildung und Einkommen in diesem Fall nicht in einem linearen Zusammenhang stehen.

### 3.2.4 Dimension 2.1 – Identifikation

Entlang der Dimension „Identifikation mit dem Gemeinwesen“ gibt es deutliche soziale Spaltungen, wie Abbildung 9 verdeutlicht. Einzig beim Geschlecht und beim Migrationshintergrund gibt es keine nennenswerten Gruppenunterschiede in dieser Dimension. Ähnlich wie bei den sozialen Netzen ist auch hier unsere Referenzperson besonders gut aufgestellt. Große Unterschiede ergeben sich nach Altersgruppen. Bei den Jungen bis 30 Jahre fällt die Identifikation mit dem Gemeinwesen mit 4,7 Punkten deutlich niedriger aus als in unserer Referenzkategorie von 31 bis 64 Jahre, bei den Älteren ab 65 dafür deutlich höher (5 Punkte Unterschied). Somit liegen zwischen den Alten und den Jungen knapp zehn Punkte, was die Identifikation mit dem Gemeinwesen betrifft.

Eine chronische Erkrankung geht mit geringeren Identifikationswerten ebenso einher (3,3 Punkte) wie bestimmte Lebensweisen: Singles (4,8 Punkte) und Alleinerziehende (4,6 Punkte) identifizieren sich deutlich weniger mit ihrem Gemeinwesen als Befragte, die in einer Partnerschaft mit Kindern leben. Auch beim Wohnort und dem Bildungsniveau ergeben sich deutliche Hinweise auf soziale Spaltung. Menschen in der Großstadt identifizieren sich weniger mit ihrem Gemeinwesen (4,8 Punkte) als Befragte aus mittelgroßen Städten. Auch ein tertiärer Bildungsabschluss geht mit einer schwächeren Identifikation im Vergleich zu Menschen (nur) mit einer Berufsausbildung (6 Punkte) einher. Stärker als die obere Mittelschicht identifiziert sich hingegen die untere Mittelschicht mit ihrem Gemeinwesen. Der Vergleich zu unserer Referenzperson illustriert, wie deutlich die soziale Spaltung entlang der Dimension „Identifikation mit dem Gemeinwesen“ verläuft.

ABBILDUNG 9: Gruppenunterschiede im Erleben der Dimension 2.1 „Identifikation“ 2019



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala der Dimension 2.1 „Identifikation“. Negative Abweichungen sind anhand rot gefärbter Balken (■), positive Abweichungen anhand grün gefärbter Balken (■) dargestellt.  
 Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \* p ≤ 0,10; \*\* p ≤ 0,05; \*\*\* p ≤ 0,01.

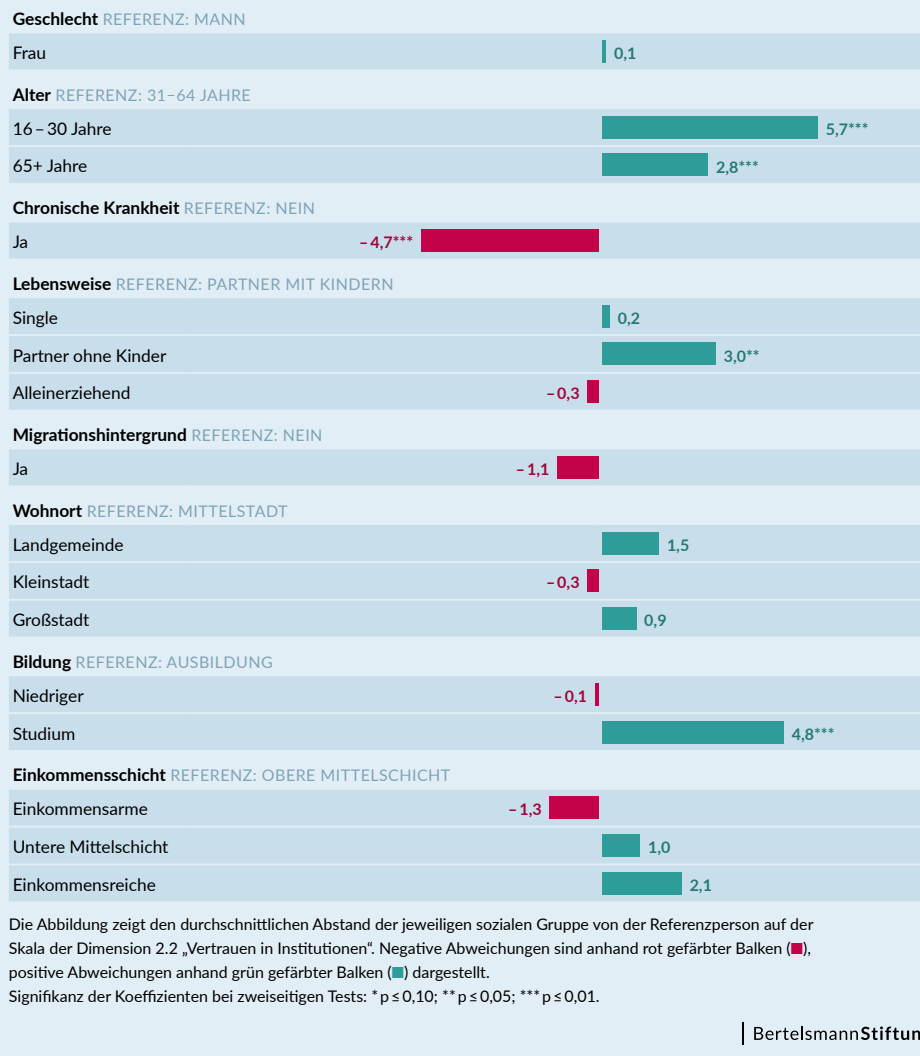
BertelsmannStiftung

Jüngere, chronisch Kranke, Singles, Alleinerziehende, Großstädter und gut gebildete Menschen identifizieren sich deutlich weniger mit ihrem Gemeinwesen als unsere mittelalte, männliche Referenzperson. Stärker identifizieren sich nur ältere Menschen und Personen aus der unteren Mittelschicht.

3.2.5 Dimension 2.2 – Vertrauen in Institutionen

Auch das Vertrauen in Institutionen unterscheidet sich im Vergleich mancher sozialen Gruppen deutlich. Wie Abbildung 10 zeigt, vertrauen Menschen zwischen 31 und 64 Jahre Institutionen deutlich weniger als die jungen (plus 5,7 Punkte) und die alten Befragten (plus 2,8 Punkte). Auch eine chronische Erkrankung geht mit weniger Vertrauen (4,7 Punkte Unterschied zu nicht erkrankten Befragten) einher. Bei der Lebensweise haben nur Menschen in Partnerschaft ohne Kinder ein größeres Institutionenvertrauen (plus 3 Punkte) als unsere Referenzperson mit Partner und Kind(ern). Schließlich hat auch der Bildungsgrad

ABBILDUNG 10: **Gruppenunterschiede im Erleben der Dimension 2.2 „Vertrauen in Institutionen“ 2019**

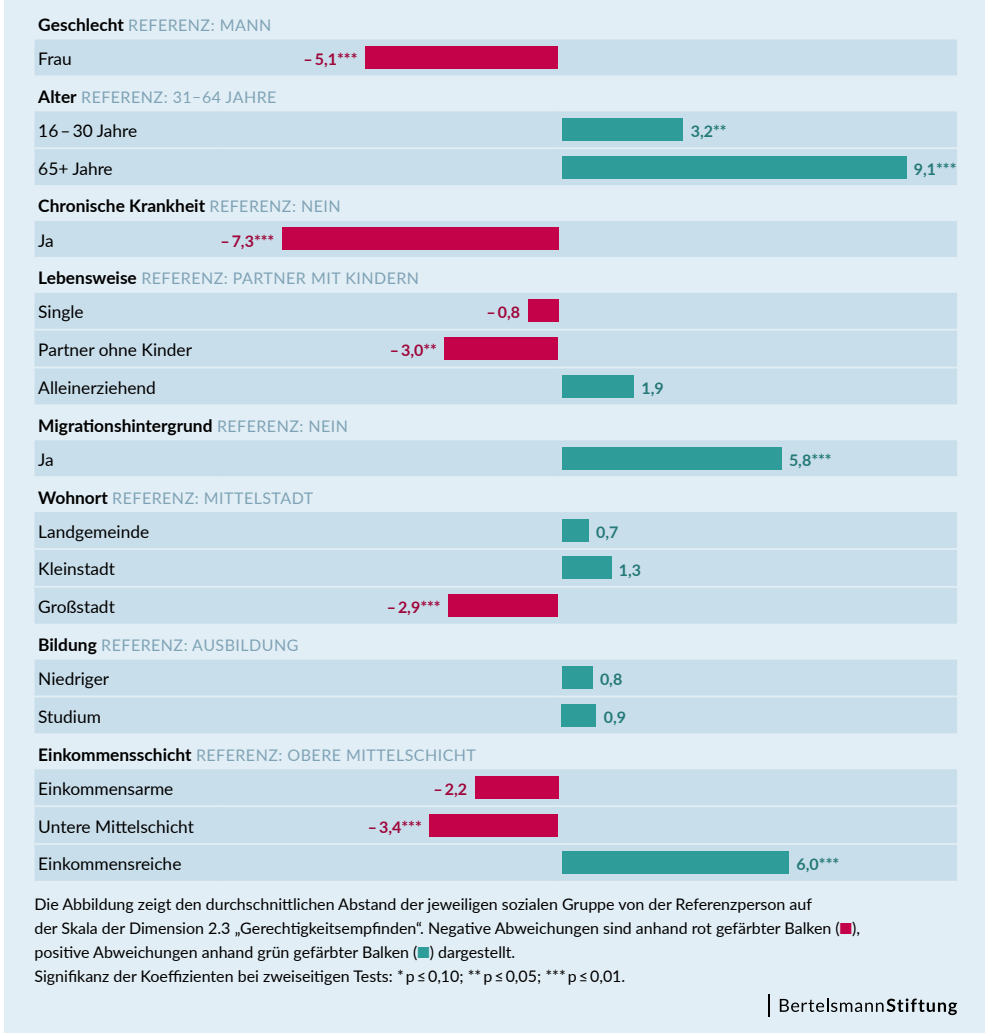


einen Einfluss. Menschen, die ein Studium absolviert haben, erzielen in dieser Dimension 4,8 Punkte mehr als Personen (nur) mit einer Berufsausbildung. Auch bezüglich des Institutionenvertrauens zeigen unsere Analysen also auf, dass die Gesellschaft zu einem gewissen Maße gespalten ist. Einen besonderen Einfluss haben das Alter, eine chronische Krankheit, die Lebensweise und der Bildungsgrad der Menschen.

### 3.2.6 Dimension 2.3 – Gerechtigkeitsempfinden

Wir finden starke Unterschiede im Erleben von Gerechtigkeit zwischen vielen der untersuchten sozialen Gruppen (vgl. Abbildung 11). Frauen erleben mit einem Minus von 5,1 Punkten deutlich weniger Gerechtigkeit als Männer. Hier mag sich ausdrücken, dass die Chancengleichheit in vielen Bereichen noch immer nicht zufriedenstellend umgesetzt worden ist. Große Unterschiede gibt es auch zwischen Gesunden und chronisch Kranken. Letztere empfinden weniger Gerechtigkeit (minus 7,3 Punkte). Interessant ist auch, dass mit einem

ABBILDUNG 11: Gruppenunterschiede im Erleben der Dimension 2.3 „Gerechtigkeitsempfinden“ 2019



Unterschied von 5,8 Punkten Menschen mit Migrationshintergrund deutlich mehr Gerechtigkeit empfinden als Befragte ohne Migrationshintergrund.

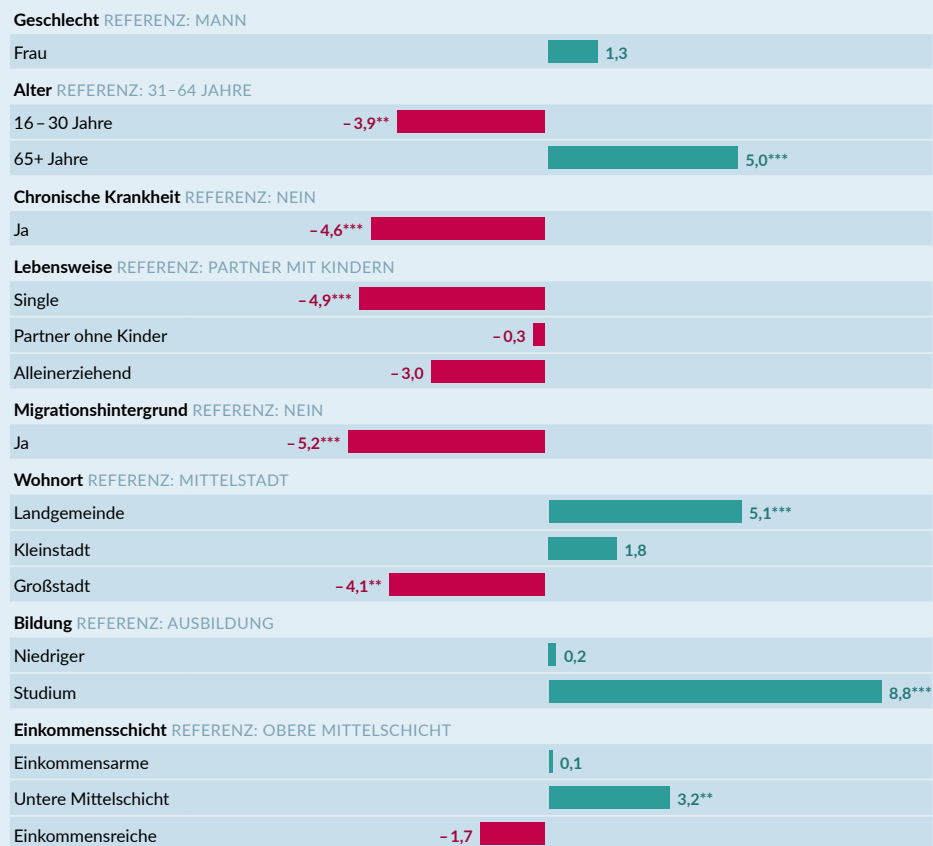
Ein ähnliches Muster wie beim Vertrauen in Institutionen (vgl. Abbildung 10) findet sich auch auf dieser Dimension bei den unterschiedlichen Altersgruppen. Nicht nur bei den Jungen (plus 3,2 Punkte), sondern ganz besonders auch bei den älteren Befragten (plus 9,1 Punkte) ist das Gerechtigkeitsempfinden stärker ausgeprägt als bei unserer Referenzkategorie der 31- bis 64-Jährigen. Dahingegen erleben Menschen mit Partner ohne Kinder weniger Gerechtigkeit als in Partnerschaft lebende Befragte mit Kindern (3 Punkte Unterschied) – genauso wie Großstädter im Vergleich zu Menschen, die in mittelgroßen Städten leben. Besonders deutlich wird die soziale Spaltung bezüglich des Gerechtigkeitsempfindens bei einem Blick auf die unterschiedlichen Einkommenschichten. Die obere Mittelschicht dient hier erneut als Referenzkategorie. Während Einkommensreiche mit sechs Punkten deutlich mehr Gerechtigkeit empfinden, ist dieses in der unteren Mittelschicht schwächer ausgeprägt (minus 3,4 Punkte). Zwischen den Reichen und der unteren Mittelschicht liegen somit deutliche 9,4 Punkte Unterschied, was das Gerechtigkeitsempfinden angeht.

In vielen sozialen Gruppen in der Gesellschaft wird das Gerechtigkeitsempfinden also unterschiedlich erlebt. Eine Spaltung ist fast über alle untersuchten Gruppen deutlich zu erkennen. Frauen, chronisch Kranke, in Partnerschaft lebende Menschen ohne Kinder, Großstädter und Mitglieder der unteren Mittelschicht fühlen sich weniger gerecht behandelt als unsere männliche, mittelalte Referenzperson, die in einer Partnerschaft mit Kindern lebt, keinen Migrationshintergrund hat, in einer mittelgroßen Stadt wohnt, zur oberen Mittelschicht gehört und eine Berufsausbildung abgeschlossen hat. Gerechter als diese fühlen sich jüngere und ältere Menschen behandelt, Menschen mit Migrationshintergrund und Einkommensreiche. Auf das positivere Gerechtigkeits erleben von Migrantinnen und Migranten kommen wir an späterer Stelle noch einmal zurück.

### 3.2.7 Dimension 3.1 – Solidarität und Hilfsbereitschaft

Ähnlich wie beim Gerechtigkeitsempfinden (vgl. Abbildung 11) ist auch bei der Dimension „Solidarität und Hilfsbereitschaft“ eine merkbare soziale Spaltung über eine Vielzahl der untersuchten Gruppen hinweg zu erkennen. Abbildung 12 illustriert die Ergebnisse. Im

ABBILDUNG 12: Gruppenunterschiede im Erleben der Dimension 3.1 „Solidarität und Hilfsbereitschaft“ 2019



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala der Dimension 3.1 „Solidarität und Hilfsbereitschaft“. Negative Abweichungen sind anhand rot gefärbter Balken (■), positive Abweichungen anhand grün gefärbter Balken (■) dargestellt.

Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \*  $p \leq 0,10$ ; \*\*  $p \leq 0,05$ ; \*\*\*  $p \leq 0,01$ .

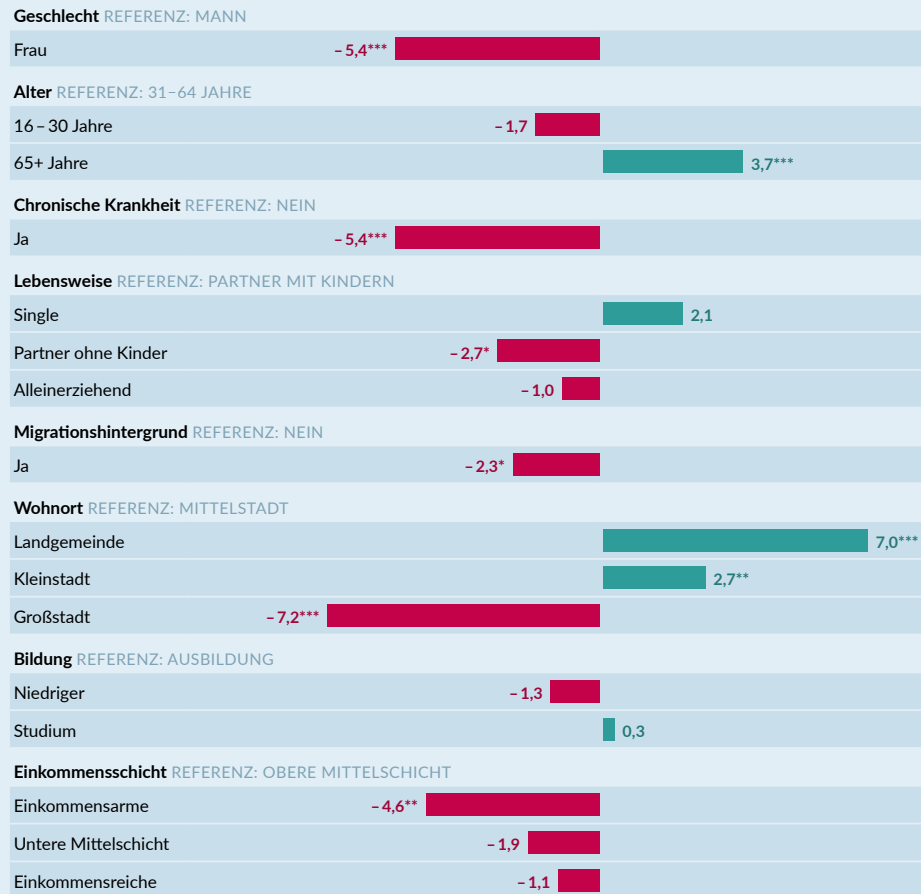
Vergleich zu unserer gewählten Durchschnittsperson im mittleren Alter erleben jüngere Befragte zwischen 16 und 30 Jahre mit einem Minus von 3,9 Punkten deutlich weniger, die Älteren mit einem Plus von fünf Punkten hingegen deutlich mehr Solidarität und Hilfsbereitschaft. Damit liegen zwischen den Jungen und den Alten knapp neun Punkte Unterschied auf dieser Dimension. Auch chronisch Kranke (minus 4,6 Punkte), Singles (minus 4,9 Punkte) und Menschen mit Migrationshintergrund (minus 5,2 Punkte) schätzen die Gesellschaft weniger solidarisch und hilfsbereit ein als unsere Referenzperson. Besonders deutlich wird die soziale Spaltung in dieser Dimension bei Betrachtung des Wohnorts. Im Vergleich zu einer mittelgroßen Stadt werden Solidarität und Hilfsbereitschaft in der Großstadt um 4,1 Punkte weniger stark empfunden, auf dem Land hingegen um 5,1 Punkte als deutlich stärker. Großstadt und Land trennen damit sogar 9,2 Punkte – ein klares Indiz dafür, dass die Gemeinwohlorientierung auf dem Land stärker ist als in der Großstadt. Außerdem ist es erneut das Bildungsniveau der Bürgerinnen und Bürger, das für merkbare Gruppenunterschiede verantwortlich ist. Ähnlich wie bei den beiden Vertrauensdimensionen (1.2 und 2.2) ist es so, dass Hochgebildete mit 8,8 Punkten mehr ein deutlich höheres Ausmaß an Solidarität und Hilfsbereitschaft berichten als unsere Referenzperson, die eine Berufsausbildung abgeschlossen hat. Und schließlich spielt auch das Einkommen eine gewisse Rolle. Im Vergleich zur oberen Mittelschicht erlebt die untere Mittelschicht mehr Solidarität und Hilfsbereitschaft (plus 3,2 Punkte). Die soziale Spaltung in dieser Dimension zeigt sich somit in sechs der insgesamt acht untersuchten Gruppen und ist dort überall substantiell. Besonders groß sind die Gruppenunterschiede in den Bereichen Alter, Migrationshintergrund, Wohnort und Bildung.

### 3.2.8 Dimension 3.2 – Anerkennung sozialer Regeln

Auch die zweite Dimension aus dem Bereich der Gemeinwohlorientierung ist von vielen, teils deutlichen Gruppenunterschieden geprägt, wie Abbildung 13 veranschaulicht. So nehmen mit 5,4 Punkten Unterschied Frauen deutlich mehr Regelverstöße wahr als Männer. Dies gilt im selben Maß auch für chronisch Kranke (ebenfalls 5,4 Punkte Unterschied), Menschen, die in einer festen Beziehung ohne Kinder leben (2,7 Punkte), sowie Menschen mit Migrationshintergrund (2,3 Punkte) und Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen (4,6 Punkte). Festzuhalten ist, dass es bei diesem Aspekt des Zusammenhalts nicht um selbst berichtete Akzeptanz sozialer Regeln (im Sinne eines Delinquenzmaßes) geht, sondern um die Wahrnehmung, inwieweit andere Menschen soziale Regeln anerkennen. Auch das Alter spielt eine Rolle bei dieser Dimension. Im Vergleich zur Referenzgruppe der 31- bis 64-Jährigen haben ältere Bürgerinnen und Bürger stärker das Gefühl, dass soziale Regeln von allen Mitgliedern der Gesellschaft anerkannt werden (plus 3,7 Punkte).

Besonders gespalten sind die Menschen in Baden-Württemberg bezüglich der Anerkennung sozialer Regeln, wenn man sie nach dem Wohnort kategorisiert. Im Vergleich zum Leben in einer mittelgroßen Stadt werden in der Großstadt deutlich mehr Regelverstöße erlebt; somit ist die Anerkennung sozialer Regeln in Großstädten um 7,2 Punkte niedriger. Auf dem Land und in der Kleinstadt glauben die Menschen hingegen, dass soziale Regeln deutlich stärker anerkannt werden (plus 7 bzw. 2,7 Punkte). Somit liegen zwischen der Großstadt und der Landgemeinde 14,2 Punkte – ein deutlicher Indikator dafür, dass die Wahrnehmung, ob die Mitbürgerinnen und Mitbürger sich an die grundlegenden Regeln halten, in besonderem Maße mit dem Wohnort zusammenhängt. Relevant sind jedoch – wie bereits beschrieben – auch das Geschlecht, das Alter, chronische Erkrankungen, die persönliche Lebensweise, der Migrationshintergrund sowie das Einkommen, wenn es um die Anerkennung sozialer Regeln geht.

ABBILDUNG 13: Gruppenunterschiede im Erleben der Dimension 3.2  
„Anerkennung sozialer Regeln“ 2019



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala der Dimension 3.2 „Anerkennung sozialer Regeln“. Negative Abweichungen sind anhand rot gefärbter Balken (■), positive Abweichungen anhand grün gefärbter Balken (■) dargestellt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \*  $p < 0,10$ ; \*\*  $p < 0,05$ ; \*\*\*  $p < 0,01$ .

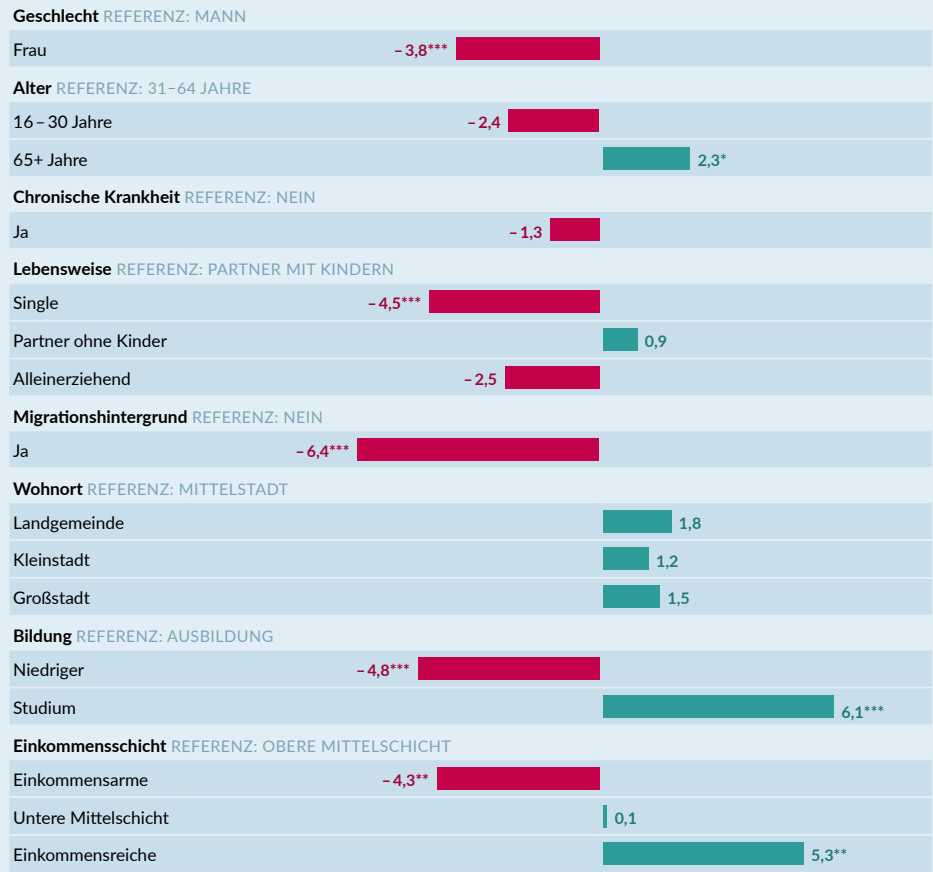
| BertelsmannStiftung

### 3.2.9 Dimension 3.3 – Gesellschaftliche Teilhabe

Schließlich untersuchen wir noch, ob es bei der dritten Dimension aus dem Bereich der Gemeinwohlorientierung Anzeichen für eine soziale Spaltung gibt. Wie Abbildung 14 verdeutlicht, unterscheiden sich die von uns untersuchten sozialen Gruppen teilweise sehr deutlich, was ihre gesellschaftliche Teilhabe betrifft.

Im Gegensatz zu unserer Referenzperson nehmen Frauen mit 3,8 Punkten Unterschied weniger am gesellschaftlichen und politischen Leben teil. Auch Singles schneiden – zu unserem Erstaunen – mit einem Minus von 4,5 Punkten schlechter ab als Menschen, die in einer Partnerschaft mit Kindern leben. Bei Migrantinnen und Migranten ist die soziale Spaltung sogar noch deutlicher: Sie erzielen 6,4 Punkte weniger als Bürgerinnen und Bürger ohne Migrationshintergrund. Höher fällt die gesellschaftliche Teilhabe jedoch im Vergleich zu unserer männlichen Referenzperson mittleren Alters bei Älteren aus: Über 65-Jährige engagieren

ABBILDUNG 14: Gruppenunterschiede im Erleben der Dimension 3.3 „Gesellschaftliche Teilhabe“ 2019



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala der Dimension 3.3 „Gesellschaftliche Teilhabe“. Negative Abweichungen sind anhand rot gefärbter Balken (■), positive Abweichungen anhand grün gefärbter Balken (■) dargestellt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \* p ≤ 0,10; \*\* p ≤ 0,05; \*\*\* p ≤ 0,01.

| BertelsmannStiftung

sich etwas stärker (plus 2,3 Punkte). Besonders groß ist die soziale Spaltung in Hinblick auf die Bereiche „Einkommen“ und „Bildung“. Verglichen werden alle Einkommenschichten mit der oberen Mittelschicht: Während die gesellschaftliche Teilhabe bei Einkommensarmen niedriger ausfällt (minus 4,3 Punkte), ist sie bei Einkommensreichen deutlich stärker ausgeprägt (plus 5,3 Punkte). Damit ist der Abstand zwischen Arm und Reich mit 9,6 Punkten nirgendwo so extrem wie in dieser Dimension. Ähnlich fällt der Gruppenvergleich der höchsten Bildungsabschlüsse aus. Im Vergleich zu unserer Referenzperson, die eine Ausbildung absolviert hat, nehmen geringer gebildete Menschen weniger am gesellschaftlichen und politischen Leben teil (minus 4,3 Punkte), während die Teilhabe unter Bürgerinnen und Bürgern mit tertiärem Bildungsabschluss deutlich erhöht ist (plus 6,1 Punkte). Damit wird sehr deutlich, welche sozialen Gruppen das gesellschaftliche und politische Leben in Baden-Württemberg weniger aktiv mitgestalten als der von uns definierte Durchschnittsbürger: Frauen, Singles, Menschen mit Migrationshintergrund sowie schlecht ausgebildete und arme Menschen nehmen weniger teil. Damit sind ihre Meinungen, Wünsche und Bedürfnisse mit hoher Wahrscheinlichkeit auch schlechter repräsentiert. Um diese soziale Spaltung zu verringern, scheinen gezielte Maßnahmen der Aktivierung und Förderung dringend nötig zu sein.



### 3.3 Fazit – Welche Merkmale haben hinsichtlich einer sozialen Spaltung den größten Einfluss?

Im vorangegangenen Abschnitt haben wir Indizien für soziale Spaltungen im erlebten Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts und dessen neun Dimensionen untersucht. Hierzu haben wir acht unterschiedliche soziale Gruppen (vgl. Tabelle 14) mit einer Referenzperson aus der Mitte der Gesellschaft verglichen: einem Mann mittleren Alters zwischen 31 und 64 Jahren ohne Migrationshintergrund oder chronische Erkrankung, der in Partnerschaft mit Kind(ern) in einer mittelgroßen Stadt lebt, über eine Ausbildung (aber keinen Hochschulabschluss) verfügt und zur oberen Mittelschicht gehört. Dabei weichen die betrachteten Gruppen im Gesamtindex Zusammenhalt bzw. bei den einzelnen Dimensionen unterschiedlich stark von dieser fiktiven Person ab – positiv wie negativ. Zur Systematisierung der durchgeführten Analysen dient Tabelle 15.

TABELLE 15: Zusammenfassung der Unterschiede zwischen sozialen Gruppen bezüglich des gesellschaftlichen Zusammenhalts und dessen neun Dimensionen

Geschlecht REFERENZ: MANN	Index	D1.1	D1.2	D1.3	D2.1	D2.2	D2.3	D3.1	D3.2	D3.3
Frau	–			+			–		–	–
<b>Alter REFERENZ: 31–64 JAHRE</b>										
16–30 Jahre			+	+	–	+	+	–		
65+ Jahre	+	–			+	+	+	+	+	+
<b>Chronische Krankheit REFERENZ: NEIN</b>										
Ja	–	–	–		–	–	–	–	–	
<b>Lebensweise REFERENZ: PARTNER MIT KINDERN</b>										
Single					–			–		–
Partner ohne Kinder			+	+		+	–		–	
Alleinerziehend	–	–			–					
<b>Migrationshintergrund REFERENZ: NEIN</b>										
Ja	–	–	–	–			+	–	–	–
<b>Wohnort REFERENZ: MITTELSTADT</b>										
Landgemeinde	+		+					+	+	
Kleinstadt		–							+	
Großstadt	–	–			–		–	–	–	
<b>Bildung REFERENZ: AUSBILDUNG</b>										
Niedriger				+						–
Studium	+		+	+	–	+		+		+
<b>Einkommensschicht REFERENZ: OBERE MITTELSCHICHT</b>										
Einkommensarme	–	–		–					–	–
Untere Mittelschicht					+		–	+		
Einkommensreiche							+			+

Die Tabelle fasst die Ergebnisse aus den durchgeführten multiplen Regressionsanalysen zur Untersuchung der Unterschiede zwischen den betrachteten sozialen Gruppen bezüglich des gesellschaftlichen Zusammenhalts und dessen Dimensionen zusammen. Signifikante Abstände der jeweiligen sozialen Gruppen zur Referenzperson sind mit einem + bzw. – gekennzeichnet, je nachdem, ob die Werte höher oder niedriger ausfallen.

In der Tabelle sind die Ergebnisse zur Untersuchung der Unterschiede zwischen den acht sozialen Gruppen bezüglich des Gesamtindex sowie der neun Dimensionen von Zusammenhalt zusammengefasst. Bedeutsame Unterschiede zur Referenzperson sind mit einem Plus- bzw. Minuszeichen gekennzeichnet, je nachdem, ob die erzielten Werte höher oder niedriger ausfallen. Im Folgenden fassen wir die Ergebnisse zu den einzelnen Gruppenmerkmalen kurz zusammen.

### Geschlecht

In unserer Studie liegt der Frauenanteil bei insgesamt rund 51 Prozent (vgl. Tabelle 14). Auf dem Gesamtindex Zusammenhalt erleben sie geringere Werte als Männer. Darüber hinaus empfinden sie einen Mangel an Gerechtigkeit und Akzeptanz sozialer Grundregeln im Gemeinwesen. Außerdem beteiligen sie sich weniger und gestalten somit das gesellschaftliche und politische Leben auch weniger mit. Allerdings erzielen Frauen auf der Dimension „Akzeptanz für Diversität“ (1.3) höhere Werte. Sie akzeptieren somit Vielfalt in der Gesellschaft in stärkerem Maß, als Männer dies tun. Insgesamt schneiden Frauen somit in den Bereichen „Verbundenheit mit dem Gemeinwesen“ und „Gemeinwohlorientierung“ schlechter ab als Männer, dafür aber stärker im Bereich der sozialen Beziehungen.

### Alter

Sowohl im Bereich der sozialen Beziehungen als auch bei der Verbundenheit schneiden jüngere Menschen oftmals besser ab als Befragte mittleren Alters. Sie machen insgesamt einen Anteil von knapp 18 Prozent an der Gesamtstichprobe aus (vgl. Tabelle 14) und weisen sowohl ein höheres interpersonales wie institutionelles Vertrauen als auch ein stärkeres Gerechtigkeitsempfinden auf. Darüber hinaus sind die Jungen Vielfalt gegenüber offener, fühlen sich allerdings weniger mit Baden-Württemberg verbunden. Auch im Bereich der Gemeinwohlorientierung schwächelt diese Gruppe, denn sie ist weniger hilfsbereit und solidarisch als die Vergleichsgruppe der 31- bis 64-Jährigen.

Gut ein Viertel der Befragten gehört zur Gruppe der älteren Menschen über 65 Jahre. Sie schneiden auf sieben Dimensionen besser ab als unsere mittelalte Vergleichsperson. In den Bereichen „Verbundenheit“ und „Gemeinwohlorientierung“ erzielen die Älteren auf allen Dimensionen höhere Werte. Damit identifizieren sie sich nicht nur stärker mit ihrem Gemeinwesen, sie haben auch größeres Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen als die Gruppe der Befragten im mittleren Alter und sehen die Verteilung der Güter in der Gesellschaft als gerechter an. Sie verhalten sich stärker solidarisch und hilfsbereit, haben eher das Gefühl, dass die Menschen sich an grundlegende soziale Regeln halten, und nehmen aktiver am gesellschaftlichen Leben teil. Gerade die Ergebnisse zum Bereich der Gemeinwohlorientierung überraschen nicht, denn Menschen im Rentenalter haben mehr Zeit als Berufstätige, um sich auf das Gemeinwohl zu orientieren. Ebenfalls wenig überraschend ist, dass die einzige Dimension, in der diese Gruppe schlechter abscheidet, die sozialen Netze sind. Chronische Erkrankungen sind häufig eine Ursache schwindender sozialer Beziehungen (vgl. den nächsten Abschnitt) und führen zu Einsamkeit im Alter.

### Chronische Krankheit

Unsere Analysen zeigen, dass chronisch kranke Menschen zu einer der zentralen Risikogruppen gehören, wenn es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt geht. In unserer Befragung haben knapp ein Drittel (!) der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs

angegeben, an einer chronischen Erkrankung zu leiden (vgl. Tabelle 14). Wie Tabelle 15 veranschaulicht, erleben diese Menschen nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt schwächer als gesunde Befragte, sondern schneiden auch auf sieben der neun Dimensionen teils deutlich schlechter ab. Einzig bei der Akzeptanz von Diversität und – überraschenderweise – dem Ausmaß gesellschaftlicher Teilhabe unterscheiden sie sich nicht von unserer Referenzperson. Mit einer chronischen Erkrankung gehen jedoch kleinere soziale Netze, weniger Vertrauen in Mitmenschen und Institutionen sowie eine geringere Identifikation mit dem Gemeinwesen einher. Chronisch Kranke fühlen sich weniger gerecht

### Chronisch Kranke

Der auf den ersten Blick überaus hoch erscheinende Prozentsatz an chronisch Kranken in einer Repräsentativstichprobe der Wohnbevölkerung Baden-Württembergs – immerhin etwa ein Drittel der Bevölkerung – macht es erforderlich, einen fokussierten Blick auf die Befragten zu werfen, die angegeben haben, an einer chronischen Krankheit zu leiden. Zumal in Verbindung mit dem Befund, dass eine chronische Erkrankung und erlebter gesellschaftlicher Zusammenhalt in einem recht engen negativen Zusammenhang stehen. Tabelle 16 fast

die Hintergrundanalysen zusammen. Die Analysen zeigen, dass chronisch Kranke überproportional Frauen, Alte, Alleinerziehende, Menschen mit mittlerer Bildung und solche mit relativ geringem Einkommen sind. Selten chronisch krank sind hingegen Männer, Menschen mittleren Alters sowie Menschen, die in Partnerschaft mit Kindern leben, eine niedrige (!) Bildung haben oder zur oberen Mittelschicht gehören. Migrationshintergrund und Wohnortgröße spielen keine Rolle.

TABELLE 16: **Prozentuale Verteilung der Befragten mit und ohne chronische Krankheit nach sozioökonomischen Merkmalen**

	Chronische Krankheit: Nein	Chronische Krankheit: Ja	$\chi^2$ (df) p		Chronische Krankheit: Nein	Chronische Krankheit: Ja	$\chi^2$ (df) p
<b>Geschlecht</b>				<b>Wohnortgröße</b>			
Mann	53,2%	41,3%	17,55 (1) ***	Landgemeinde	14,1%	12,1%	2,15 (3)
Frau	46,8%	58,8%		Kleinstadt	33,9%	32,2%	
<b>Alter</b>				Mittelstadt	32,0%	35,0%	
16 – 30 Jahre	8,8%	3,5%	29,93 (2) ***	Großstadt	20,0%	20,7%	
31 – 64 Jahre	66,6%	60,0%		<b>Bildungsgrad</b>			
65+ Jahre	24,6%	36,5%		Hochschulabschluss	9,2%	8,9%	20,42 (2) ***
<b>Lebensweise</b>				Berufsausbildung	46,8%	59,2%	
Single	14,7%	15,3%	16,34 (2) ***	Niedriger	44,0%	32,0%	
In Partnerschaft ohne Kinder	15,5%	11,7%		<b>Einkommensschicht</b>			
In Partnerschaft mit Kind(ern)	57,0%	52,5%		Einkommensarme	9,1%	12,1%	10,01 (4) **
Alleinerziehend	12,8%	20,5%		Untere Mittelschicht	24,5%	28,5%	
<b>Migrationshintergrund</b>				Obere Mittelschicht	37,3%	33,3%	
Ja	21,6%	20,1%	0,43 (1)	Einkommensreiche	9,0%	5,8%	
Nein	78,4%	79,9%		Fehlende Angaben	20,1%	20,3%	

Die Tabelle zeigt die prozentuale Verteilung der Befragten aus den jeweiligen sozialen Gruppen, je nachdem, ob sie an einer chronischen Krankheit leiden oder nicht (N = 1.398). Infolge von Rundungsfehlern summieren sich Prozentwerte senkrecht nicht immer auf 100. Darüber hinaus wird jeweils das entsprechende Ergebnis eines Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstests angezeigt. Signifikanz bei zweiseitigen Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstests: \* p ≤ 0,10; \*\* p ≤ 0,05; \*\*\* p ≤ 0,01.

behandelt als gesunde Befragte, empfinden weniger Solidarität und Hilfsbereitschaft ihren Mitbürgerinnen und -bürgern gegenüber und sind weniger überzeugt, dass sich die Menschen an grundlegende soziale Regeln halten.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass chronisch kranke Menschen nicht nur schwächere soziale Beziehungen haben als gesunde Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs, sie fühlen sich auch weniger verbunden und zeigen eine schwächere Orientierung auf das Gemeinwohl. Die Ursachen hierfür sind sicherlich vielfältig; nahe liegt jedoch, dass eine dauerhafte Erkrankung so viele Ressourcen bindet, dass für die aktive Gestaltung der Gesellschaft und soziale Beziehungen weder Zeit noch Kraft bleiben. Eine stärkere Förderung dieser überaus verletzbaren Bevölkerungsgruppe kann nicht nur dazu führen, dass sie sich (wieder) besser integriert fühlt und aktiv in die Gesellschaft einbringen kann, sondern auch das Vertrauen in Institutionen wie auch das Gefühl wächst, gerecht behandelt zu werden.

### Lebensweise

Gut die Hälfte unserer Befragten (52 Prozent; vgl. Tabelle 14) lebt in einer Partnerschaft mit mindestens einem Kind. Diese Menschen bilden die Vergleichsgruppe unserer Analysen zur Untersuchung der Unterschiede zwischen verschiedenen Lebensweisen in Baden-Württemberg. So identifizieren sich Singles, die etwa ein Fünftel der Stichprobe ausmachen, zum Beispiel weniger mit dem Gemeinwesen. Dies könnte auch damit zusammenhängen, dass sie weniger an einen Ort oder eine Region gebunden sind als Menschen mit Kindern. Vergleicht man das Durchschnittsalter dieser Gruppe mit der Gesamtstichprobe, wird deutlich: Singles sind mit knapp 36 Jahren im Schnitt etwa 14 Jahre jünger. Mobilität spielt für diese Gruppe deshalb sicherlich eine größere Rolle als für andere Befragte. Darüber hinaus müssen sie sich beruflich finden und beweisen und haben auch deshalb häufig einen anderen Lebensfokus als Familien. Dazu passt auch, dass Singles schlechter auf den Dimensionen „Solidarität und Hilfsbereitschaft“ sowie „Gesellschaftliche Teilhabe“ abschneiden. Beide Dimensionen gehören zum Bereich der Gemeinwohlorientierung, der über alle Lebensweisen hinweg am stärksten in unserer Referenzgruppe der Menschen in Partnerschaft mit Kind(ern) ausgeprägt ist, auch wenn man eigentlich erwarten sollte, dass Singles etwa für politisches Engagement mehr Zeit haben als Eltern.

Insgesamt schneiden nicht nur Singles schlechter ab als unsere Vergleichsgruppe. Auch Alleinerziehende erleben einen geringeren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie machen knapp zwölf Prozent unserer Gesamtstichprobe aus und erzielen nicht nur geringere Werte auf dem Gesamtindex, sondern auch im Bereich der sozialen Beziehungen. Ähnlich wie chronisch Kranke und ältere Menschen berichten sie von weniger gefestigten und belastbaren sozialen Netzen, was zum Teil sicherlich auf die persönliche Situation zurückzuführen ist. Interessanterweise schneiden sie auch bei der Akzeptanz von Diversität schlechter ab als unsere Referenzperson. Sie akzeptieren demnach Personen mit anderen Wertvorstellungen und Lebensweisen in geringerem Ausmaß als Menschen, die in einer Partnerschaft mit Kind(ern) leben.

Besser als unsere Referenzgruppe schneiden nur Menschen ab, die ohne Kinder in einer festen Partnerschaft leben (17,2 Prozent der Befragten). Sie vertrauen stärker in andere und in Institutionen und akzeptieren Vielfalt in einem stärkeren Maß als unsere Vergleichsgruppe. Im Gegensatz dazu empfinden sie allerdings einen Mangel an Gerechtigkeit sowie der Akzeptanz sozialer Regeln.

## Migrationshintergrund

Neben den chronisch Kranken gehören Menschen mit Migrationshintergrund, die knapp ein Viertel unserer Gesamtstichprobe ausmachen (vgl. Tabelle 14), zu den besonders offensichtlichen Risikogruppen, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt angeht. Sie erleben nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt als schwächer im Vergleich zu Befragten ohne Migrationshintergrund; sie schneiden auf allen Dimensionen im Bereich der sozialen Beziehungen und der Gemeinwohlorientierung schlechter ab. Eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts bei der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund kann somit über die Stärkung von sozialen Netzen, das Vertrauen in die Mitmenschen und Möglichkeiten, diese Bevölkerungsgruppe aktiv in das gesellschaftliche und politische Leben einzubinden, erreicht werden. Auch Maßnahmen, die das Vertrauen in andere stärken, würden sich positiv auf die sozialen Beziehungen auswirken.

Interessanterweise unterscheidet sich im Vergleich zum interpersonalen Vertrauen das Vertrauen in Institutionen nicht nach dem Migrationshintergrund. Das Empfinden, gerecht behandelt zu werden, ist unter Menschen mit Migrationshintergrund sogar stärker ausgeprägt als bei unserer Vergleichsperson. Hierfür bieten sich aus unserer Sicht zwei Erklärungen an. Zum einen könnte es sein, dass Migrantinnen und Migranten das Ausmaß an Gerechtigkeit in Deutschland mit dem in ihren Herkunftsländern in Beziehung setzen und dann zu einem für Deutschland (und Baden-Württemberg) positiven Ergebnis kommen. Die zweite Erklärung basiert auf dem sogenannten Just-World-Phänomen, wie es Claudia Dalbert eingehend beschrieben hat (Dalbert 1996). Viele Menschen, insbesondere solche, die dank ihrer eigenen Arbeit ihr Leben in positiver Weise gestalten, gehen davon aus, dass es in der Welt grundsätzlich gerecht zugeht und Menschen das bekommen, was sie – auch moralisch betrachtet – verdienen. Für viele Arbeitsmigrantinnen und -migranten, wie wir sie in Baden-Württemberg finden, trifft genau dies zu. Sie haben ihr Leben in die eigenen Hände genommen und es nicht zuletzt durch harte Arbeit relativ zum anfangs Erwartbaren in positive Bahnen lenken können. Aus diesem Grund haben sie auch kein Ungerechtigkeitserleben, sondern fühlen sich vielmehr durchaus gerecht behandelt, nämlich so, wie es einem hart arbeitenden Menschen aus ihrer Sicht gebührt.

## Wohnort

Als Nächstes fassen wir die Ergebnisse zur Wohnortgröße zusammen. Unsere Referenzperson lebt in einer mittelgroßen Stadt. Dies ist insgesamt bei knapp einem Drittel der Befragten der Fall (vgl. Tabelle 14). Vergleicht man damit das Leben auf dem Land (knapp 15 Prozent) und in der Großstadt (knapp 18 Prozent), tritt eine deutliche soziale Spaltung zutage. Insgesamt wird der gesellschaftliche Zusammenhalt auf dem Land als deutlich stärker, in der Großstadt als schwächer erlebt. Dieser Befund zeigt sich auch auf Ebene der Dimensionen. Während das Vertrauen in die Mitmenschen und die Gemeinwohlorientierung – gemessen anhand von Solidarität und Hilfsbereitschaft sowie der Anerkennung sozialer Regeln – auf dem Land stärker ausgeprägt sind als bei unserer Referenzperson, geht das Großstadtleben mit geringeren sozialen Netzen, weniger Identifikation mit dem Gemeinwesen, einem geringeren Gerechtigkeitsempfinden sowie einer schwächeren Orientierung am Gemeinwohl einher. In diesem Bereich schneiden Großstädter sowohl bei der Dimension Solidarität und Hilfsbereitschaft als auch bei der Anerkennung sozialer Regeln schwächer ab. Im Gegensatz dazu finden sich kaum Unterschiede, wenn man das Leben in einer mittelgroßen Stadt mit dem in einer Kleinstadt vergleicht. Zwar fallen in der Kleinstadt die sozialen Netze etwas schwächer aus; dafür wird aber die Anerkennung sozialer Regeln als stärker erlebt. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass der

gesellschaftliche Zusammenhalt auf dem Land als stärker ausgeprägt erlebt wird als in den Städten. Besonders schwach wird er in der Großstadt erlebt. Interessant ist, dass sich die Wohnorte nur minimal hinsichtlich der Alterszusammensetzung der Bevölkerung unterscheiden. Während die Menschen in mittelgroßen Städten dem Altersdurchschnitt der Gesamtstichprobe von etwa 50 Jahren entsprechen, sind Menschen in der Klein- und Großstadt im Schnitt ungefähr 51 Jahre alt. Auf dem Land sind sie mit knapp 48 Jahren sogar geringfügig jünger. Obwohl wir also wissen, dass ältere Menschen ebenfalls einen stärkeren Zusammenhalt empfinden als unsere Referenzperson, kann das Alter per se den stark erlebten Zusammenhalt auf dem Land nicht erklären.

### Bildung

Auch im Bereich der Bildung zeigt sich eine deutliche soziale Spaltung. Die Mehrheit unserer Befragten hat angegeben, eine abgeschlossene Berufsausbildung zu haben (60 Prozent; vgl. Tabelle 14); knapp ein Drittel hat einen geringeren Bildungsstand, während 16 Prozent über einen Hochschulabschluss verfügen. Ein Blick auf Tabelle 15 genügt, um zu sehen, dass Bildung mit einem stärkeren Erleben von Zusammenhalt einhergeht. Während sich Menschen mit niedriger Bildung kaum von Befragten mit abgeschlossener Berufsausbildung unterscheiden (sie beteiligen sich zwar weniger an gesellschaftspolitischen Aktivitäten, zeigen aber eine höhere Akzeptanz von Diversität), erleben Hochschulabsolventen einen stärkeren Zusammenhalt, was sich auch in vielen Dimensionen über alle drei Bereiche hinweg niederschlägt. So vertraut diese Gruppe ihren Mitmenschen und Institutionen stärker, zeigt sich solidarischer und hilfsbereiter und nimmt mehr am gesellschaftlichen und politischen Leben teil. Darüber hinaus schneiden Menschen mit tertiärem Bildungsabschluss bei der Akzeptanz von Vielfalt viel besser ab als die Vergleichsgruppe von Menschen (nur) mit einer Berufsausbildung. Auf den Punkt gebracht bedeutet dies: Im Facharbeitermilieu gibt es ein besonders deutliches Ausgrenzungspotenzial, das auf längere Sicht den sozialen Zusammenhalt in Baden-Württemberg gefährden könnte.

### Einkommenschicht

Zum Schluss fassen wir die Ergebnisse zu den unterschiedlichen Einkommenschichten zusammen. Als Referenzgruppe dient die obere Mittelschicht, die mit knapp 34 Prozent in unserer Stichprobe vertreten ist. Eine deutliche soziale Spaltung ist auch bei diesem Gruppenvergleich gegeben und betrifft im Wesentlichen Einkommensarme (12,1 Prozent) im Vergleich zu allen anderen Einkommenschichten. Wie chronisch Kranke und Menschen mit Migrationshintergrund erleben auch Arme den gesellschaftlichen Zusammenhalt deutlich schwächer als die Vergleichsgruppe. Dies drückt sich zum einen im Bereich der sozialen Beziehungen aus: Einkommensschwache verfügen über schwächere soziale Netze und erzielen niedrigere Werte bei der Akzeptanz von Diversität als Mitglieder der oberen Mittelschicht. Auch die Anerkennung sozialer Regeln sowie die gesellschaftliche Teilhabe – beide Dimensionen gehören zur Gemeinwohlorientierung – fallen schwächer aus. Nur hinsichtlich der Verbundenheit mit dem Gemeinwesen unterscheiden sie sich nicht.

Im Gegensatz dazu haben Einkommensreiche ein stärkeres Gerechtigkeitsempfinden als unsere Referenzperson aus der oberen Mittelschicht. Auch hier scheint das Gerechte-Welt-Phänomen sozusagen pro domo von Bedeutung. Man ist reich und erlebt dies als gerecht, als moralisch verdient. Dass Einkommensreiche stärker am gesellschaftspolitischen Leben teilnehmen, hängt wohl in erster Linie mit den für ein gesellschaftliches Engagement vorhandenen größeren Ressourcen zusammen. Abgesehen von diesen beiden Dimensionen

unterscheiden sich Einkommensreiche nicht von der durchaus ja auch recht gut situierten Referenzperson. Interessant ist hingegen, dass die untere Mittelschicht ebenfalls auf zwei Dimensionen besser abschneidet als die obere Mittelschicht: Sie identifiziert sich stärker mit dem Gemeinwesen, zeigt mehr Solidarität und Hilfsbereitschaft und ist somit in gewisser Weise ein Rückgrat des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

## Fazit

Versucht man eine kurze Zusammenfassung dieser Ergebnisse, so ließe sich vielleicht formulieren, dass es bei einer Förderung des sozialen Zusammenhalts in Baden-Württemberg vor allem um die Inklusion von chronisch Kranken und Einkommensarmen, um Unterstützung für Eltern und um Geschlechtergerechtigkeit bzw. Frauenförderung gehen muss.

Des Weiteren ist auch der Faktor Bildung zentral. Zum einen würde der Zusammenhalt von mehr tertiärer Bildung in der Bevölkerung Baden-Württembergs profitieren; zum anderen sollte jedoch ein zentrales Ziel sein, die regionale Bindung Hochgebildeter zu stärken. Wie unsere Analysen zeigen, werden die meisten Aspekte des Zusammenhalts unter Hochschulabsolventen als besonders stark empfunden; die Bindung an ihr Gemeinwesen ist jedoch sehr gering. Auch wenn es um ihre sozialen Netze sowie ihr Engagement für das Gemeinwesen gut bestellt ist, verhindert die geringe Bindung an das Gemeinwesen einen insgesamt starken Beitrag von Hochgebildeten zum Zusammenhalt vor Ort. Es stellt sich die Frage, inwieweit und auf welche Weise diejenigen dabei unterstützt werden können, eine stärkere emotionale Bindung zum Wohnort zu entwickeln, die sich im Sinne von David Goodhart (2017) als „Anywheres“ bzw. „Irgendwos“ verstehen, als Menschen, die ihr Lebensglück jederzeit an einem beliebigen anderen Ort der Welt suchen können.

Ungenutzt scheint bislang das Potenzial von Singles zu sein, sich aktiver für das Gemeinwohl zu engagieren. Besonders stark wird hingegen unter älteren Menschen ab 65 der Zusammenhalt erlebt. Hier gilt es, weitere Anreize und Unterstützungsmöglichkeiten zu schaffen, damit die Gesellschaft auch in Zukunft von dieser wichtigen sozialen Gruppe als Stützpfiler für den Zusammenhalt profitieren kann. Umgekehrt bedeutet dies jedoch auch, dass der erlebte Zusammenhalt in der Gruppe der 31- bis 64-Jährigen geringer ist. Es wirkt auf den ersten Blick fast paradox, wenn man konstatieren muss, dass der arbeitende Teil der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger mit abgeschlossener Berufsausbildung und einem vergleichsweise guten Auskommen durchaus einen Risikofaktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellt, der soziale Zusammenhalt in Baden-Württemberg also nicht (nur) von den Rändern der Benachteiligten und Ausgegrenzten gefährdet ist, sondern (auch) aus der Mitte der Gesellschaft.

Vor dem Hintergrund der hier diskutierten Ergebnisse ist weiterhin die Integration von Zugewanderten vor allem in die Zivilgesellschaft zentral, denn auch die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund erlebt den Zusammenhalt durchweg schwächer als Menschen ohne Migrationsgeschichte. Dies betrifft sowohl den Bereich der sozialen Beziehungen als auch die Gemeinwohlorientierung.

Und schließlich sollte sich bei der Planung von Zusammenhalt stärkenden Maßnahmen ein Fokus auf das Leben in der Großstadt richten. Während der Zusammenhalt in Landgemeinden am stärksten ist, fällt er in der Großstadt durchweg schwach aus. Der Zusammenhalt in Großstädten kann nur gestärkt werden, indem der Anonymität großer Städte wie Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg oder Heidelberg durch die gezielte Stärkung von Nachbarschaften entgegengewirkt wird.

## 4 Ausgewählte politische Handlungsfelder zur Stärkung des Zusammenhalts

Die vorigen beiden Kapitel haben wichtige Erkenntnisse dazu geliefert, wie es um den Zusammenhalt in Baden-Württemberg bestellt ist und welche sozialen Gruppen den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Vergleich zum durchschnittlichen Bürger schwächer oder stärker empfinden. Wie kann jedoch dazu beigetragen werden, den gesellschaftlichen Zusammenhalt – auch bei den von uns identifizierten Risikogruppen – zu stärken?

Dieses Kapitel berichtet Befragungsergebnisse zu insgesamt acht politischen Handlungsfeldern, bei denen die Vermutung naheliegt, dass sie auf lokaler, regionaler und Landesebene entscheidend dazu beitragen können, wie stark oder schwach der Zusammenhalt ist. Im Einzelnen geht es um folgende Themenfelder: ehrenamtliches Engagement, Kinder und Familie, Frauen, Senioren, Pflege, medizinische Versorgung, sozioökonomische Schwäche und Geflüchtete. Nach einer deskriptiven Darstellung wird für jeden Schwerpunkt geprüft, welche sozialen Gruppen Verbesserungsbedarf bezüglich der von Politik und Verwaltung angebotenen Maßnahmen erkennen lassen. Letzteres wird auf der Basis von binären (bei Variablen mit zwei Antwortmöglichkeiten) oder geordneten (bei Variablen mit mehreren Antwortkategorien, die sich in einer Rangfolge anordnen lassen) logistischen Regressionen erkundet. Unterschiede zwischen sozialen Gruppen werden bei dieser Art von Analysen anhand sogenannter Odds-Ratios (deutsch: Chancenverhältnisse) abgebildet. In Letzteren kommt die Wahrscheinlichkeit zum Ausdruck, dass sich Veränderungen bzw. Unterschiede in Prädiktoren auch in Veränderungen in der zur Debatte stehenden abhängigen Variable (also etwa der Zufriedenheit mit politischen Handlungsmaßnahmen) niederschlagen.

In den Grafiken, die die Befunde zusammenfassen, werden die Odds-Ratios in Prozentzahlen übersetzt. Wenn also beispielsweise bei der Frage, ob genug für die Förderung von Frauen getan wird, der Balken bei der Gruppe „Frauen“ rot eingefärbt ist, nach links ragt und mit einem Zahlenwert von 51 versehen ist, so besagt dies, dass Frauen eine um 51 Prozent geringere Zustimmung zum Ausdruck bringen als die bereits im letzten Kapitel beschriebene fiktive Referenzperson. Zur Erinnerung: Unsere Referenzperson ist männlich, zwischen 31 und 64 Jahre alt, hat weder einen Migrationshintergrund noch chronische Erkrankungen, lebt in einer Partnerschaft mit Kind(ern) in einer mittelgroßen Stadt, verfügt über eine Berufsausbildung und gehört zur oberen Mittelschicht.

Die in den Grafiken aufgeführten Zahlen bedeuten wohlgermerkt nicht, dass bei Frauen die Zustimmung um – absolut betrachtet – 51 Prozentpunkte niedriger als bei der Referenzperson ist, sondern dass sie eine Zustimmung zum Ausdruck bringen, die um 51 Prozent des Werts der Vergleichsperson niedriger ist. Beispiel: Wenn die Referenzperson eine Zustimmung von 80 Prozent zum Ausdruck bringt, liegt der Wert von Frauen (für die im Diagramm ein Wert von 51 ausgewiesen ist) bei etwa 41 Prozent (= 51 Prozent von 80 Prozent) und nicht bei 29 Prozent (die sich ergeben würden, wenn man 51 von 80 subtrahiert).



## 4.1 Ehrenamt

Die deutsche Gesellschaft ist relativ stark von ehrenamtlichem Engagement geprägt. Darüber hinaus ist ehrenamtliches Engagement ein unverzichtbarer Baustein des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Laut dem Freiwilligensurvey des Deutschen Zentrums für Altersfragen haben sich in Deutschland im Jahr 2014 gut 44 Prozent der Deutschen freiwillig engagiert. In Baden-Württemberg sind es sogar noch vier Prozentpunkte mehr. Dies stimmt mit den Daten unserer Befragung überein, wonach sich gut 45 Prozent der Befragten mindestens einmal im Monat ehrenamtlich engagieren. Männer engagieren sich laut Freiwilligensurvey etwas stärker als Frauen (49,8 vs. 46,6 Prozent). In unserer Befragung ist es genau umgekehrt: Knapp 53 Prozent der Frauen und gut 47 Prozent der Männer gaben an, ehrenamtlich tätig zu sein. Fühlen sich ehrenamtlich Tätige wertgeschätzt und unterstützt?

In unserer Studie beschäftigen sich vier zentrale Fragen mit dem Policy-Feld „Ehrenamt“. Es wurde zunächst grundsätzlich danach gefragt, wie Menschen die Entwicklung der Unterstützung für ehrenamtliches Engagement wahrnehmen. Darüber hinaus sollten die Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer, die mindestens einmal im Monat ein Ehrenamt ausüben, Auskunft geben, ob sie ausreichend Wertschätzung für ihre Tätigkeit erfahren und ob sie die Unterstützung der Politik und der Verwaltung als ausreichend empfinden. Schließlich wurden diejenigen, die die Unterstützung als nicht ausreichend bewerteten, gebeten anzugeben, welche Art der Unterstützung sie vor allem benötigen würden.

Tabelle 17 dokumentiert die Befunde für dieses Handlungsfeld der Sozialpolitik. Gut die Hälfte aller Befragten (53,8 Prozent) berichtet, dass die Unterstützung seitens Politik und Verwaltung für ehrenamtliche Tätigkeit in den letzten fünf Jahren in ihren Augen unverändert geblieben ist. Allerdings empfindet auch knapp ein Fünftel der Befragten (17,5 Prozent), dass diese Unterstützung sich verschlechtert hat – genau ein Prozentpunkt mehr als die Gruppe derer, die eine Verbesserung sehen. Unter den Befragten, die ehrenamtlich aktiv sind, erleben 78,5 Prozent ausreichende Wertschätzung für ihr Engagement. Fast jeder Fünfte (17,5 Prozent) glaubt aber, dass ehrenamtlich Aktive nicht genug Anerkennung

TABELLE 17: Wahrnehmung der Lage von ehrenamtlich Tätigen

<b>Unterstützung für ehrenamtliche Tätigkeit hat sich in den letzten fünf Jahren</b>	
Verschlechtert	17,5%
Ist gleich geblieben	53,8%
Verbessert	16,5%
Keine Angabe	12,3%
<b>Ausreichende Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement*</b>	
Nein	17,5%
Ja	78,5%
Keine Angabe	4,0%
<b>Ausreichende Unterstützung von Politik für ehrenamtliche Tätigkeit*</b>	
Nein	49,2%
Ja	40,1%
Keine Angabe	10,7%

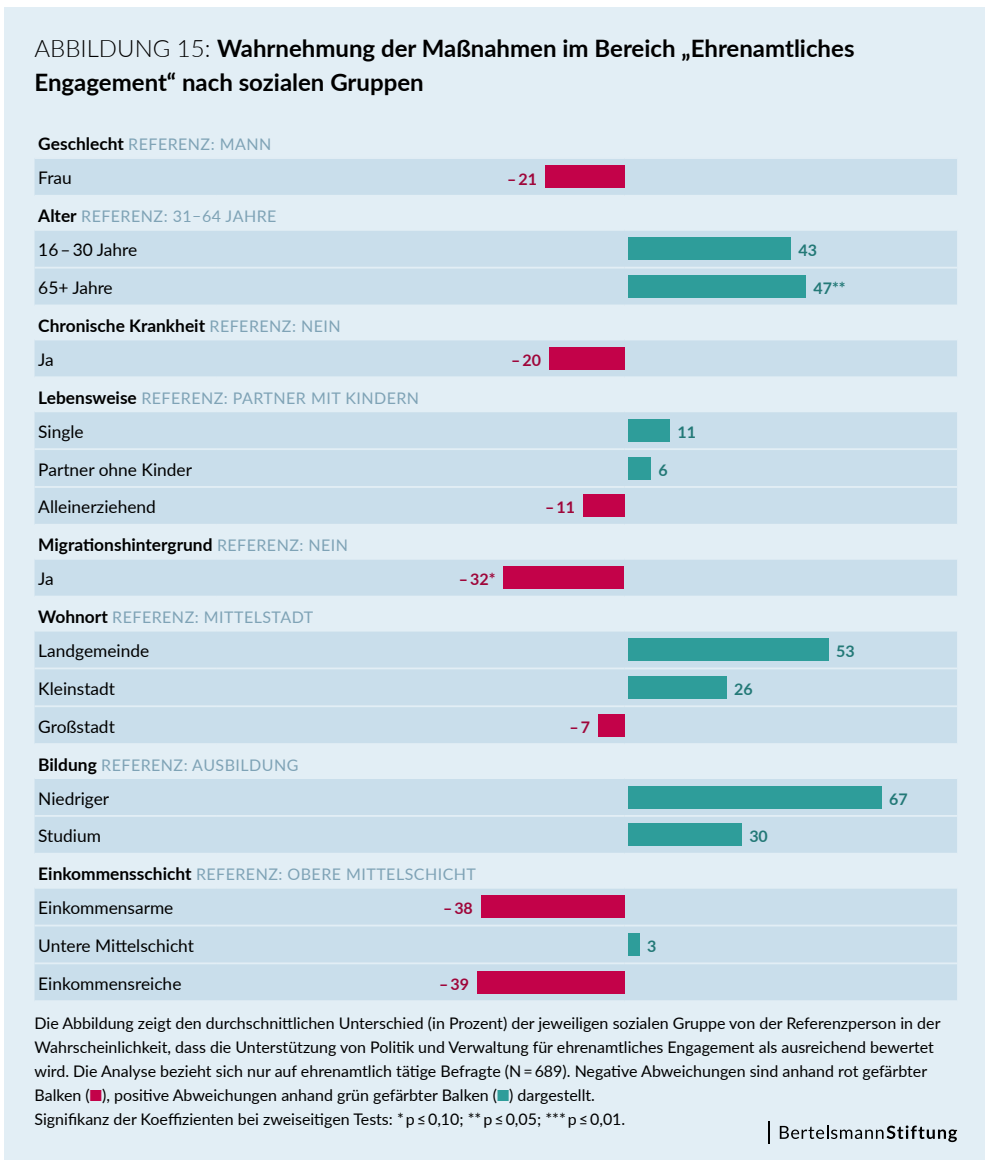
Die Tabelle zeigt die prozentuale Verteilung der Antworten auf die jeweiligen Fragen zur Lage von ehrenamtlich Tätigen.

Die Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

\* Die Frage bezieht sich nur auf ehrenamtlich tätige Personen (N = 689).

| BertelsmannStiftung

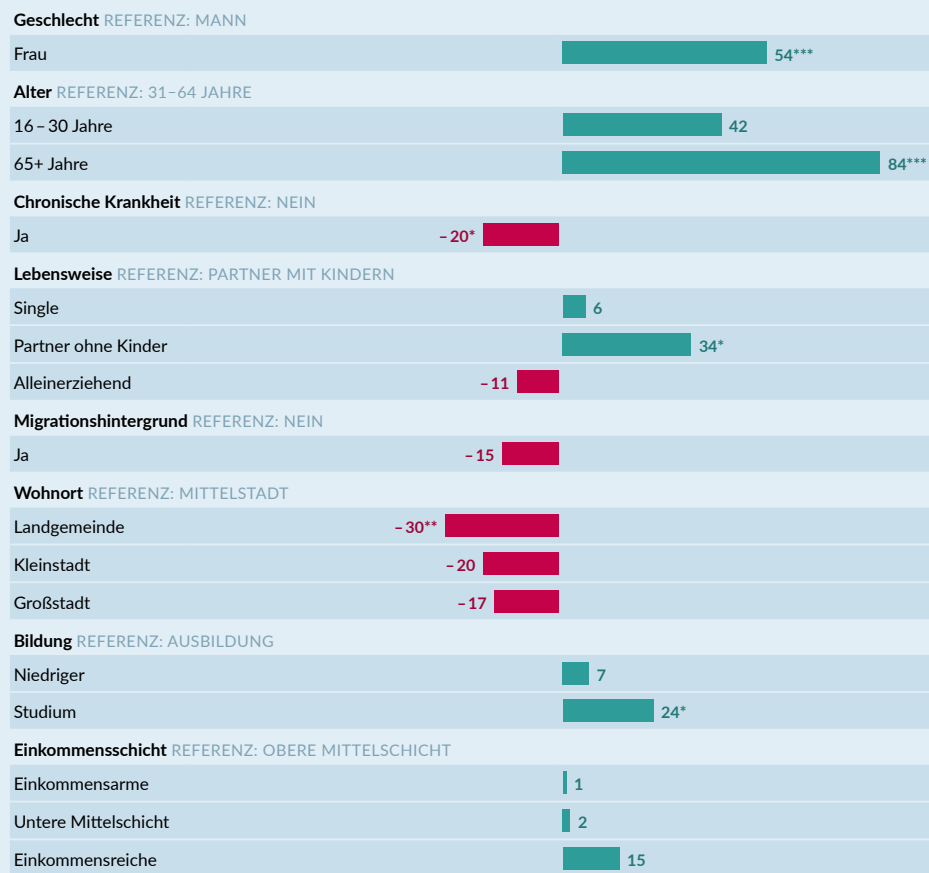
ABBILDUNG 15: Wahrnehmung der Maßnahmen im Bereich „Ehrenamtliches Engagement“ nach sozialen Gruppen



für ihre Arbeit bekommen. Es überwiegt die Meinung, dass die Unterstützung von Politik und Verwaltung für Ehrenamtliche nicht ausreichend ist: 49,2 Prozent teilen diese kritische Sicht, 40 Prozent sehen die institutionelle Unterstützung positiv.

Lässt sich der Unterschied in der Bewertung institutioneller Unterstützung auf Wahrnehmungsunterschiede zwischen bestimmten sozialen Gruppen zurückführen? Vergleicht man die bereits im vorangegangenen Kapitel beschriebenen sozialen Gruppen mit unserer Referenzperson, ergeben sich nur nach Alter und Migrationshintergrund statistisch signifikante Unterschiede (siehe Abbildung 15). Im Vergleich zur Referenzperson sind mehr Ältere der Meinung, dass ausreichend Unterstützungsangebote vorhanden sind. Ein ähnlicher Trend, der jedoch statistisch nicht signifikant ist, ergibt sich auch für jüngere Befragte. Kritischer gegenüber den Unterstützungsangeboten für ehrenamtliche Tätigkeit äußern sich die Befragten mit Migrationshintergrund. In dieser Gruppe fällt die Wahrscheinlichkeit, dass die Unterstützungsangebote als ausreichend wahrgenommen werden, im Vergleich zur Gruppe der Menschen ohne Migrationshintergrund um gut 30 Prozentpunkte geringer aus.

ABBILDUNG 16: **Wahrnehmung einer Verbesserung der Maßnahmen im Bereich „Ehrenamtliches Engagement“ nach sozialen Gruppen**



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Unterschied (in Prozent) der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson in der Wahrscheinlichkeit, dass eine Verbesserung in der Unterstützung für ehrenamtliches Engagement durch Politik und Verwaltung in den letzten fünf Jahren wahrgenommen wird. Negative Abweichungen sind anhand rot gefärbter Balken (■), positive Abweichungen anhand grün gefärbter Balken (■) dargestellt.

Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \*  $p \leq 0,10$ ; \*\*  $p \leq 0,05$ ; \*\*\*  $p \leq 0,01$ .

| BertelsmannStiftung

Interessant ist ebenfalls die Frage, welche sozialen Gruppen eine Verbesserung bzw. eine Verschlechterung in den Unterstützungsangeboten für ehrenamtliche Tätigkeit empfinden. Die Befunde sind in Abbildung 16 zusammengefasst. Die Wahrscheinlichkeit der Wahrnehmung einer positiven Veränderung ist deutlich höher bei Frauen (im Vergleich zu Männern), Älteren (im Vergleich zu Menschen mittleren Alters), Befragten in einer festen Partnerschaft ohne Kinder (im Vergleich zu Menschen in einer festen Beziehung mit Kindern) sowie bei den Hochgebildeten. Eine wahrgenommene Verschlechterung zeichnet sich bei chronisch Kranken und Menschen auf dem Land ab.

Die deutlichsten Unterschiede in der Bewertung der Verbesserung/Verschlechterung der Unterstützung des Ehrenamts finden sich nach Altersgruppen. Im Gegensatz zu den Gruppen der Jungen und Älteren, bei denen die Anteile derjenigen, die eine Verbesserung sehen (17 bzw. 28 Prozent), höher ausfallen als die jeweiligen Anteile, die eine Verschlechterung berichten (8,6 bzw. 14,9 Prozent), ist das Bild bei Personen mittleren Alters umgekehrt. In der letzteren Gruppe sind 19 Prozent der Meinung, dass sich die Unterstützung für das Ehrenamt verbessert hat – im Vergleich zu 27 Prozent, die eine Verschlechterung sehen.

Insgesamt kann man wohl festhalten, dass es in der Wahrnehmung der Baden-Württembergern und Baden-Württembergern an Unterstützung der Politik für das Ehrenamt in stärkerem Maße mangelt als an allgemeiner Wertschätzung für ehrenamtliche Tätigkeit. Die 335 Befragten, die die institutionelle Unterstützung für ihr ehrenamtliches Engagement als nicht ausreichend empfanden, formulierten sehr konkrete Forderungen. Die große Mehrheit davon ist nicht symbolischer Natur (nur 22 Befragte wünschen sich mehr gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung für ihr Engagement). Es handelt sich in erster Linie um die folgenden greifbaren Maßnahmen (in absteigender Reihenfolge):

- Finanzielle Vergütung, Aufwandsentschädigung, steuerliche Vorteile, Erstattung von Fahrt- und Reisekosten, Versicherung (102 Nennungen)
- Urkunden, Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit als berufliches Praktikum oder als berufliche Weiterbildung, Freistellung durch den Arbeitgeber (59 Nennungen)
- Technische Unterstützung, Hilfs- und Ausstattungsmittel (49 Nennungen)
- Fort- und Weiterbildung, Schulungen, Seminare (34 Nennungen)
- Mehr Möglichkeiten zur Mitsprache und Mitentscheidung (24 Nennungen)
- Mehr gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung (22)
- Mehr Mitwirkende (19)
- Weniger Bürokratie (15)
- Sonstiges (11)

## 4.2 Kinder und Familie

In diesem Abschnitt steht die Lage von Familien und Kindern im Mittelpunkt. Mithilfe von vier Fragen wurden die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs um ihre Ein-

TABELLE 18: Wahrnehmung der Lage von Kindern und Familien

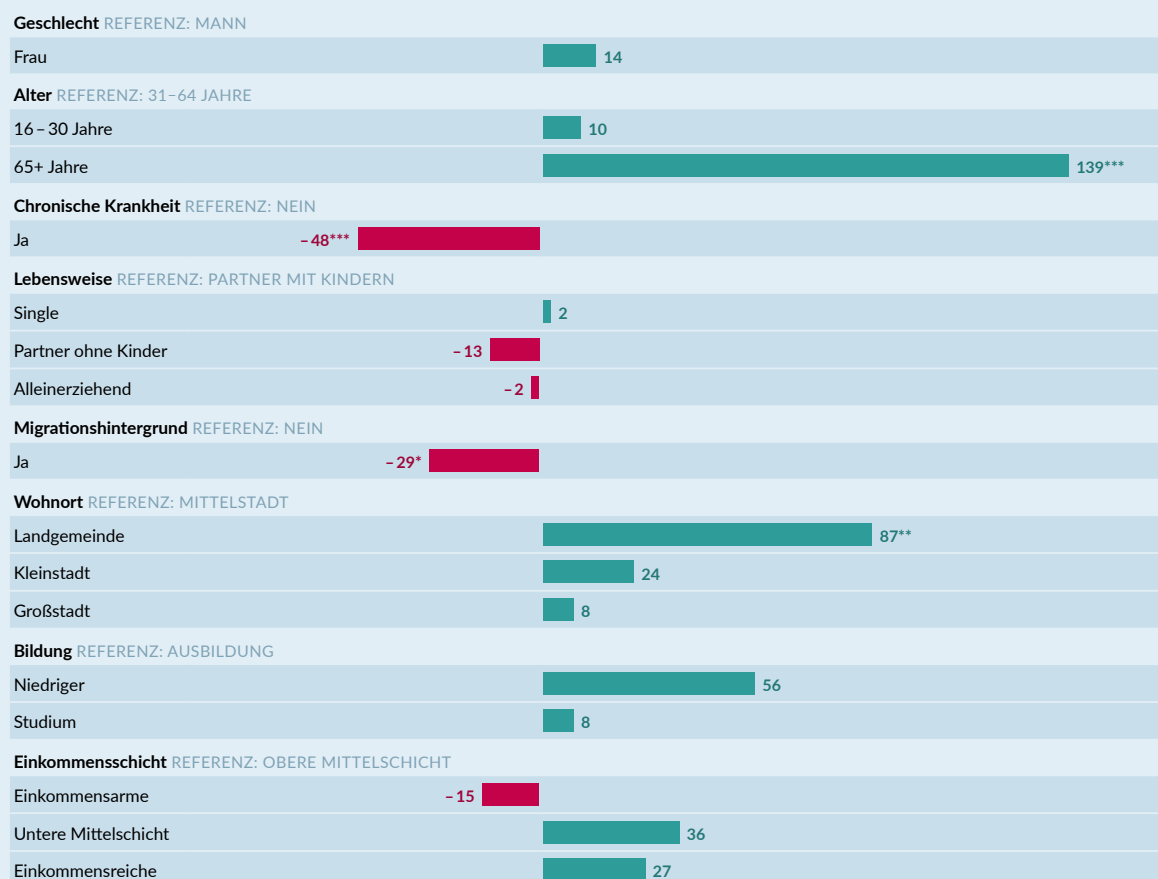
<b>Ungern als Nachbarn: Familien mit Kindern</b>	
Nein	96,4%
Ja	3,1%
Keine Angabe	0,5%
<b>Wohngegend für Kinder ein guter Ort, um aufzuwachsen</b>	
Nein	4,9%
Ja	93,9%
Keine Angabe	1,2%
<b>Lage für Familien mit Kindern hat sich in den letzten fünf Jahren</b>	
Verschlechtert	10,3%
Ist gleich geblieben	50,9%
Verbessert	29,2%
Keine Angabe	9,6%
<b>Unterstützungsangebote für Familien mit Kindern in Wohngegend ausreichend</b>	
Nein	17,2%
Ja	63,9%
Keine Angabe	18,9%

Die Tabelle zeigt die prozentuale Verteilung der Antworten auf die jeweiligen Fragen zur Lage von Kindern und Familien. Die Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

schätzung zu diesem Themengebiet gebeten. Erfragt wurde, ob Familien mit Kindern in der eigenen Nachbarschaft akzeptiert werden, ob die eigene Wohngegend als ein guter Ort für das Aufwachsen von Kindern eingeschätzt wird und ob es ausreichend Unterstützungsangebote für diese gesellschaftliche Gruppe in der eigenen Wohngegend gibt. Darüber hinaus wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob sich ihrer Meinung nach die Lage für Familien in den letzten fünf Jahren verändert hat. In Tabelle 18 sind die Fragen sowie die Antwortverteilungen zusammengefasst. In unserer Studie haben insgesamt knapp 64 Prozent der Befragten angegeben, Kinder zu haben.

Insgesamt ist die Bevölkerung Baden-Württembergs sehr kinder- und familienfreundlich eingestellt. Nur drei Prozent der Befragten geben an, Familien mit Kindern ungern als Nachbarn zu haben. Außerdem sind sich mit knapp 94 Prozent fast alle einig, dass die eigene Wohngegend ein guter Ort ist, um Kinder aufwachsen zu lassen. Diese positive Einstellung spiegelt sich auch bei der Einschätzung wider, wie sich die grundsätzliche Lage von Familien in den letzten fünf Jahren entwickelt hat. Knapp 30 Prozent der Befragten glauben,

ABBILDUNG 17: Wahrnehmung der Maßnahmen im Bereich „Kinder und Familien“ nach sozialen Gruppen



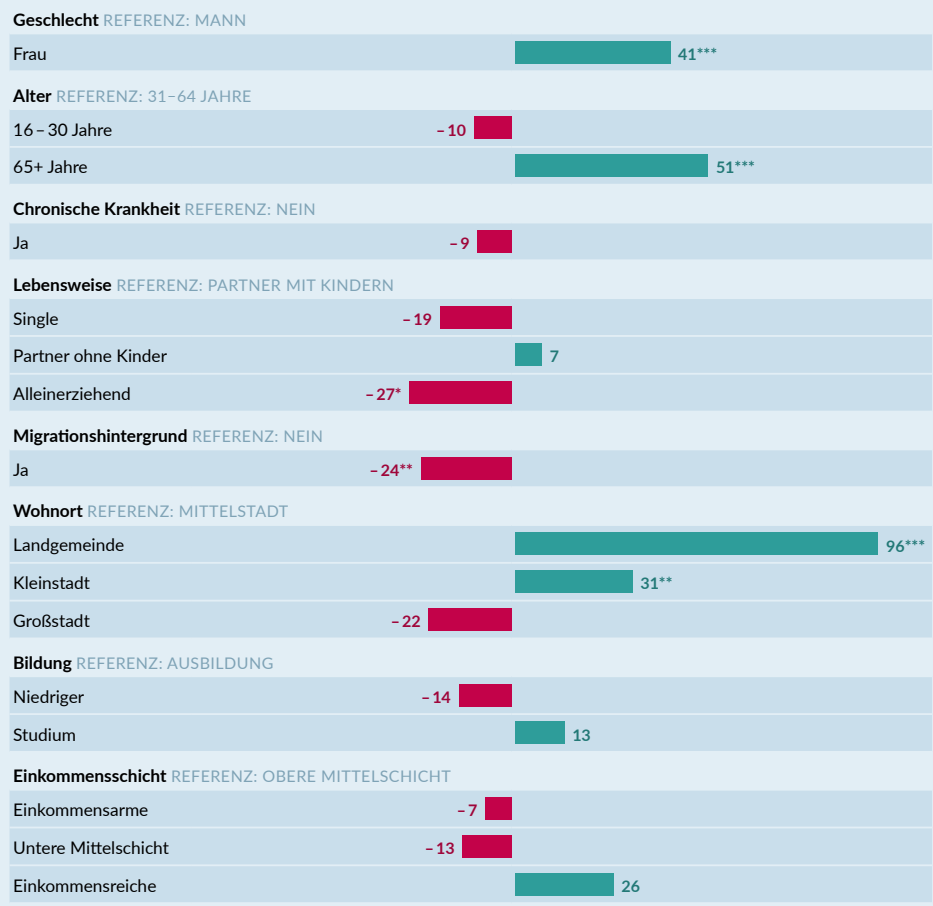
Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Unterschied (in Prozent) der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson in der Wahrscheinlichkeit, dass die Unterstützungsangebote für Familien mit Kindern in der eigenen Wohngegend als ausreichend bewertet werden. Negative Abweichungen sind anhand rot gefärbter Balken (■), positive Abweichungen anhand grün gefärbter Balken (■) dargestellt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \*  $p < 0,10$ ; \*\*  $p < 0,05$ ; \*\*\*  $p < 0,01$ .

dass es Verbesserungen gegeben hat, etwa jeder Zweite hat keine Veränderung wahrgenommen. Zwar empfinden nur etwa zehn Prozent eine Verschlechterung der Lage für Familien mit Kindern in den letzten Jahren. Allerdings halten gut 17 Prozent die Unterstützungsangebote für Familien mit Kindern in der jeweiligen Wohngegend für nicht ausreichend.

Wie lässt sich dieses Ergebnis erklären? Hierzu untersuchen wir erneut, wie sich die bereits im vorangegangenen Kapitel diskutierten sozialen Gruppen von unserer Referenzperson hinsichtlich dieser Frage unterscheiden. Abbildung 17 fasst die Ergebnisse zusammen.

Bedeutame Unterschiede sind nach Alter, Gesundheitszustand, Migrationshintergrund und Wohnortgröße zu erkennen. Zum einen sind es Bürgerinnen und Bürger im Rentenalter, die die Angebote für Eltern mit Kindern als in besonderem Maße ausreichend einschätzen. Dieses Ergebnis steht im Gegensatz zum Ergebnis für Menschen im Alter von 31 bis 64 Jahre, also genau in der Lebensphase, in der eigene Kinder großgezogen werden. Dass

ABBILDUNG 18: Wahrnehmung einer Verbesserung der Maßnahmen im Bereich „Kinder und Familien“ nach sozialen Gruppen



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Unterschied (in Prozent) der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson in der Wahrscheinlichkeit, dass eine Verbesserung in der Lage für Familien mit Kindern in der eigenen Wohngegend in den letzten fünf Jahren wahrgenommen wird. Negative Abweichungen sind anhand rot gefärbter Balken (■), positive Abweichungen anhand grün gefärbter Balken (■) dargestellt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \* p ≤ 0,10; \*\* p ≤ 0,05; \*\*\* p ≤ 0,01.

diese Bevölkerungsgruppe die Unterstützungsangebote nicht im gleichen Maß als ausreichend einschätzt wie die ältere Bevölkerung, ist nicht verwunderlich, denn sie ist am stärksten von der alltäglichen Belastung betroffen, Familie und Beruf unter den sprichwörtlichen Hut zu bekommen. Ähnlich stark in ihrem Alltag belastet sind chronisch kranke Menschen, weshalb es nicht überrascht, dass sie die Unterstützungsangebote ebenfalls als weniger ausreichend einschätzen. Anders sieht es aus, wenn man die Ergebnisse zum Wohnort betrachtet. Im Vergleich zum Leben in einer mittelgroßen Stadt werden auf dem Land und in der Kleinstadt die Unterstützungsangebote für Familien mit Kindern in höherem Maße als ausreichend eingeschätzt.

Da knapp 30 Prozent der Befragten angegeben haben, dass sich nach ihrer Meinung die Lage von Familien mit Kindern in den vergangenen fünf Jahren verbessert hat, wollen wir zum Schluss analysieren, um welche gesellschaftlichen Gruppen es sich hierbei handelt. Die Ergebnisse sind in Abbildung 18 dargestellt. Nicht nur Frauen, sondern auch ältere Befragte ab 65 Jahre sowie Menschen, die in Kleinstädten und auf dem Land leben, schätzen die Lage im Vergleich zu unserer Referenzperson als verbessert ein. Alleinerziehende schätzen die Lage für Familien mit Kindern hingegen negativer ein als Menschen in Partnerschaft mit Kindern. Dasselbe gilt für Menschen mit Migrationshintergrund. Am stärksten divergiert die Einschätzung nach Wohnortgröße: In Landgemeinden sind 47 Prozent der Meinung, dass sich die Lage für Familien mit Kindern verbessert hat, in Kleinstädten sind es 38 Prozent, in Mittelstädten und Großstädten hingegen nur 31 bzw. 29 Prozent.

Baden-Württemberg ist wie gesagt sehr kinder- und familienfreundlich eingestellt. Die Ergebnisse der Befragung lassen darüber hinaus darauf schließen, dass auch die Unterstützungsangebote für diese gesellschaftliche Gruppe in weiten Teilen der Bevölkerung als ausreichend angesehen werden. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass nur zehn Prozent der Befragten angeben, dass sich die Lage von Familien in den letzten Jahren verschlechtert hat.

### 4.3 Frauen

Ein drittes für die Ausrichtung von Sozialpolitik bedeutsames Themenfeld ist die Lage von Frauen in unserer Gesellschaft. Hierzu wurden sechs Fragen gestellt, die in Tabelle 19 zusammengefasst sind. Neben zwei Fragen zur Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft beschäftigen sich drei Fragen mit der Belästigung von bzw. Gewalt gegen Frauen. Mithilfe der letzten Frage wurden die Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer gebeten einzuschätzen, ob sie die Unterstützungsangebote für Frauen als ausreichend empfinden oder nicht.

Gefragt nach der Wahrnehmung von Benachteiligung von Frauen in Baden-Württemberg, glauben nur gut fünf Prozent der Bürgerinnen und Bürger, dass dies überhaupt nicht der Fall sei. Knapp 20 Prozent schätzen hingegen, dass Frauen stark, und weitere 56 Prozent, dass sie etwas benachteiligt sind. Vor diesem Hintergrund glaubt nur knapp jede(r) Dritte (31,4 Prozent), dass die Politik genug gegen Frauendiskriminierung tut.

TABELLE 19: **Wahrnehmung der Lage von Frauen**

<b>Werden Frauen in unserer Gesellschaft benachteiligt?</b>	
Stark	19,7%
Etwas	56,2%
Kaum	17,7%
Überhaupt nicht	5,3%
Keine Angabe	1,1%
<b>Politik tut gegen Benachteiligung von Frauen</b>	
Nicht genug	63,3%
Genug	31,4%
Keine Angabe	5,4%
<b>Belästigung von Frauen in Wohngegend</b>	
Nie	53,9%
Selten	36,3%
Häufig	3,1%
Keine Angabe	6,7%
<b>Gewalt gegen Frauen in Wohngegend</b>	
Nein	79,4%
Ja	7,9%
Keine Angabe	12,7%
<b>Befragter kennt persönlich Frauen, betroffen von Gewalt*</b>	
Nein	42,3%
Ja	57,4%
Keine Angabe	0,3%
<b>Unterstützungsangebote für belästigte Frauen</b>	
Nicht ausreichend	42,0%
Ausreichend	22,9%
Keine Angabe	35,1%

Die Tabelle zeigt die prozentuale Verteilung der Antworten auf die jeweiligen Fragen zur Lage von Frauen.

Die Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

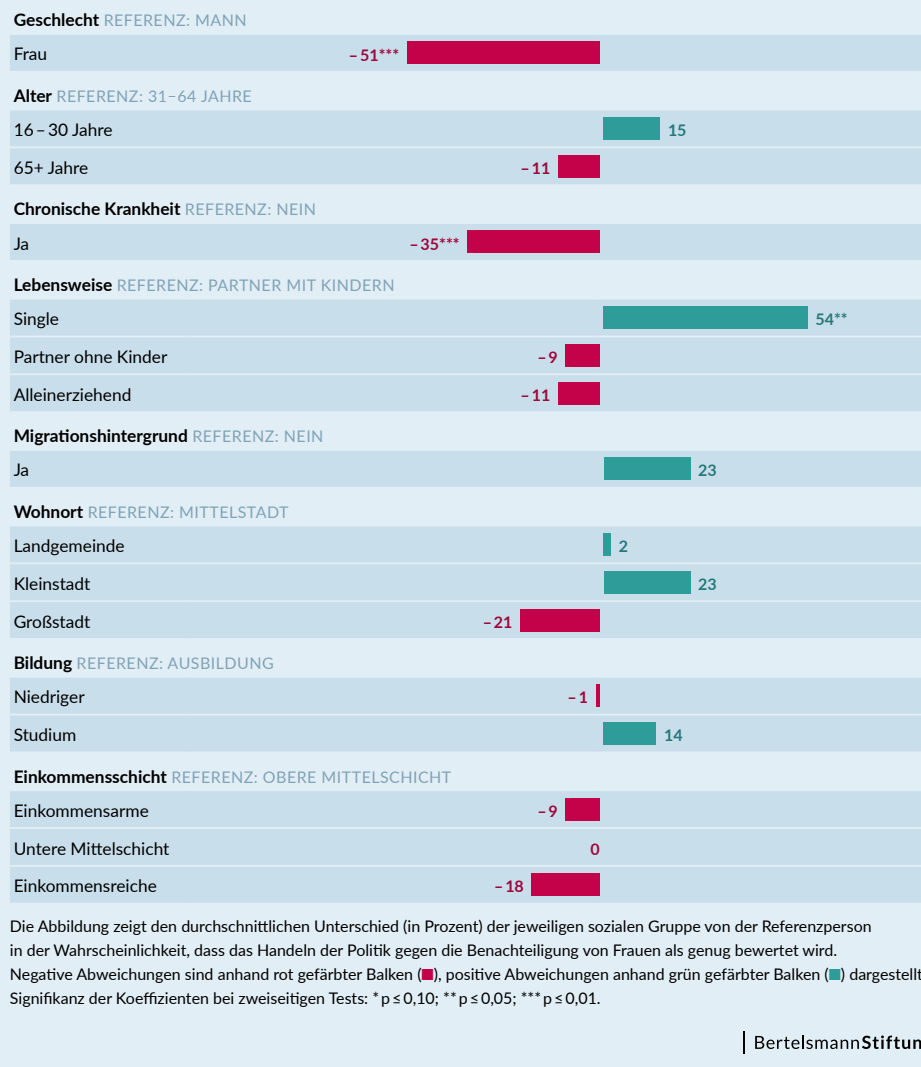
\* Die Frage bezieht sich nur auf Personen, die über Gewalt gegen Frauen in ihrer Wohngegend Bescheid wissen.

| BertelsmannStiftung

Wer sind diese Menschen? Bedeutsame Unterschiede lassen sich nach Geschlecht, chronischer Erkrankung und Lebensweise ausmachen (siehe Abbildung 19). Die Mehrheit der Befragten beiderlei Geschlechts ist der Meinung, dass die Maßnahmen der Politik zur Beendigung von Frauendiskriminierung nicht ausreichen; dabei ist diese Mehrheit unter Frauen deutlich größer als unter Männern. Fast drei Viertel der Frauen (knapp 74 Prozent) sind der Meinung, dass die Maßnahmen der Politik in diesem Bereich nicht ausreichen; bei den Männern sind es hingegen nur 57 Prozent. Auch Menschen, die an einer chronischen Erkrankung leiden, stimmen überwiegend der Aussage zu, dass Frauenförderungsmaßnahmen der Politik nicht ausreichen. Im Gegensatz dazu glauben Singles im Vergleich zu Menschen, die in Partnerschaft mit Kindern leben, in größerem Ausmaß, dass genug für benachteiligte Frauen getan wird.

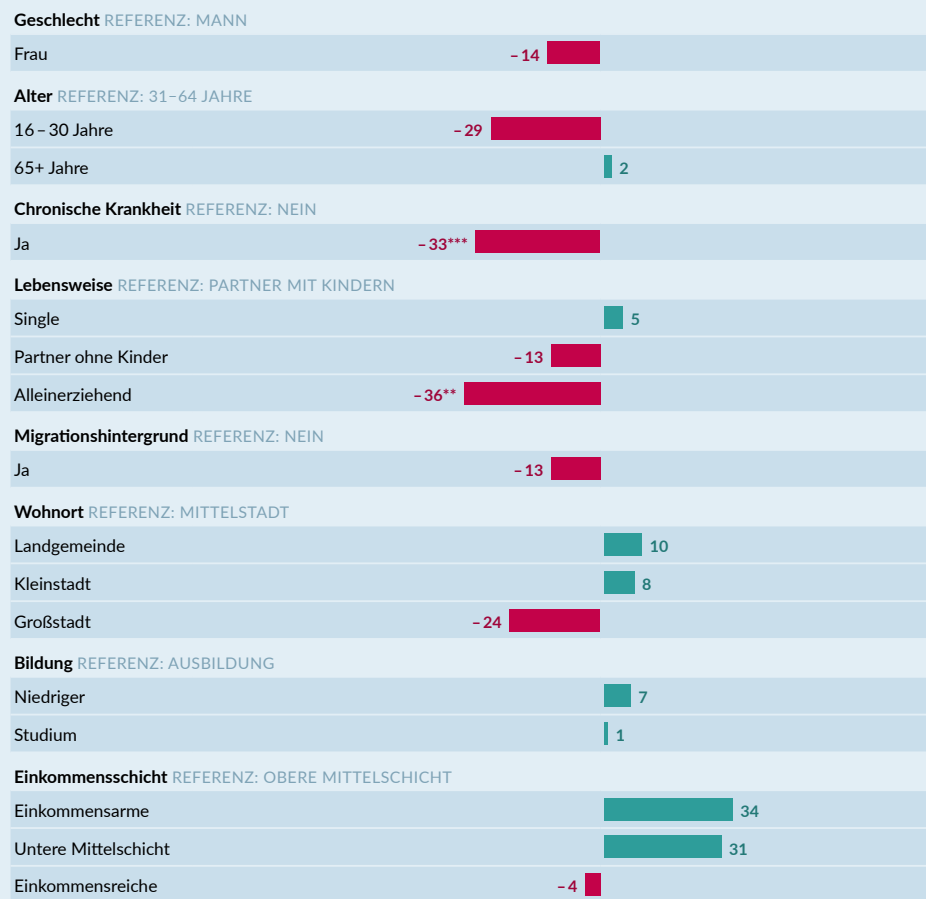


ABBILDUNG 19: **Wahrnehmung der Maßnahmen im Bereich „Frauen“ nach sozialen Gruppen**



Aufhorchen lassen die Befunde zur Belästigung von bzw. Gewalt gegen Frauen. Zwar glaubt nur eine Minderheit von knapp acht Prozent (vgl. Tabelle 19), dass es Gewalt gegen Frauen in der eigenen Wohngegend gibt. Beim Thema Belästigung sieht die Einschätzung jedoch schon etwas anders aus. Zwar ist auch hier die Mehrheit (53,9 Prozent) davon überzeugt, dass dies niemals in ihrer Wohngegend geschieht; knapp 40 Prozent geben jedoch an, dass dies ihrer Meinung nach zumindest selten geschehe. Daher überrascht es auch nicht, dass 42 Prozent der Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer die vorhandenen Unterstützungsangebote für belästigte Frauen als nicht ausreichend einschätzen. Ein Blick auf Abbildung 20 verdeutlicht, dass im Vergleich zur Referenzperson besonders Menschen mit chronischer Erkrankung sowie Alleinerziehende die Unterstützung als zu gering einschätzen.

ABBILDUNG 20: Wahrnehmung der Unterstützungsangebote im Bereich „Frauen“ nach sozialen Gruppen



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Unterschied (in Prozent) der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson in der Wahrscheinlichkeit, dass die Unterstützungsangebote für Frauen, die Gewalt erfahren, als ausreichend bewertet werden. Negative Abweichungen sind anhand rot gefärbter Balken (■), positive Abweichungen anhand grün gefärbter Balken (■) dargestellt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \*  $p \leq 0,10$ ; \*\*  $p \leq 0,05$ ; \*\*\*  $p \leq 0,01$ .

| BertelsmannStiftung

Im Vergleich zur Diskriminierung von Frauen, die nach wie vor als ein relevantes gesellschaftliches Problem betrachtet wird, scheint die Belästigung von und Gewalt gegen Frauen weiterhin partiell tabuisiert zu sein. Es bleibt ein brisantes Thema der Sozialpolitik bzw. des Zusammenlebens von Menschen ganz allgemein. Auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es zentral, wie die zum Teil starken Geschlechtsunterschiede im Erleben sozialen Zusammenhalts (vgl. Kapitel 3) deutlich machen.

## 4.4 Senioren

Ein weiterer Schwerpunkt der Sozialpolitik betrifft Senioren. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der Menschen von mindestens 65 Jahren laut statistischem Landesamt knapp 20 Prozent an der baden-württembergischen Gesamtbevölkerung (2017). Da sich der Anteil Älterer an der Landesbevölkerung bis 2030 schätzungsweise auf 30 Prozent erhöhen wird, ist es besonders wichtig, die Bedürfnisse dieser Gruppe im Blick zu haben. Um zu erkunden, wie es um die Lage älterer Menschen bestellt ist, wurden den Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmern drei Fragen gestellt. Dabei wurde in Erfahrung gebracht, inwieweit die Befragten ihre Wohngegend als einen guten Ort für ältere Menschen einschätzen, wie sich die Lage für ältere Menschen in der eigenen Wohngegend in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat und ob die Unterstützungsangebote für ältere Menschen als ausreichend angesehen werden. Tabelle 20 fasst die Befunde zusammen.

TABELLE 20: **Wahrnehmung der Lage von Senioren**

<b>Wohngegend für ältere Menschen</b>	
Kein guter Ort	13,4%
Guter Ort	83,4%
Keine Angabe	3,2%
<b>Lage für ältere Menschen in Wohngegend hat sich in den letzten fünf Jahren</b>	
Verschlechtert	9,1%
Ist gleich geblieben	55,3%
Verbessert	26,9%
Keine Angabe	8,8%
<b>Unterstützungsangebote für ältere Menschen</b>	
Nicht ausreichend	23,4%
Ausreichend	61,9%
Keine Angabe	14,7%

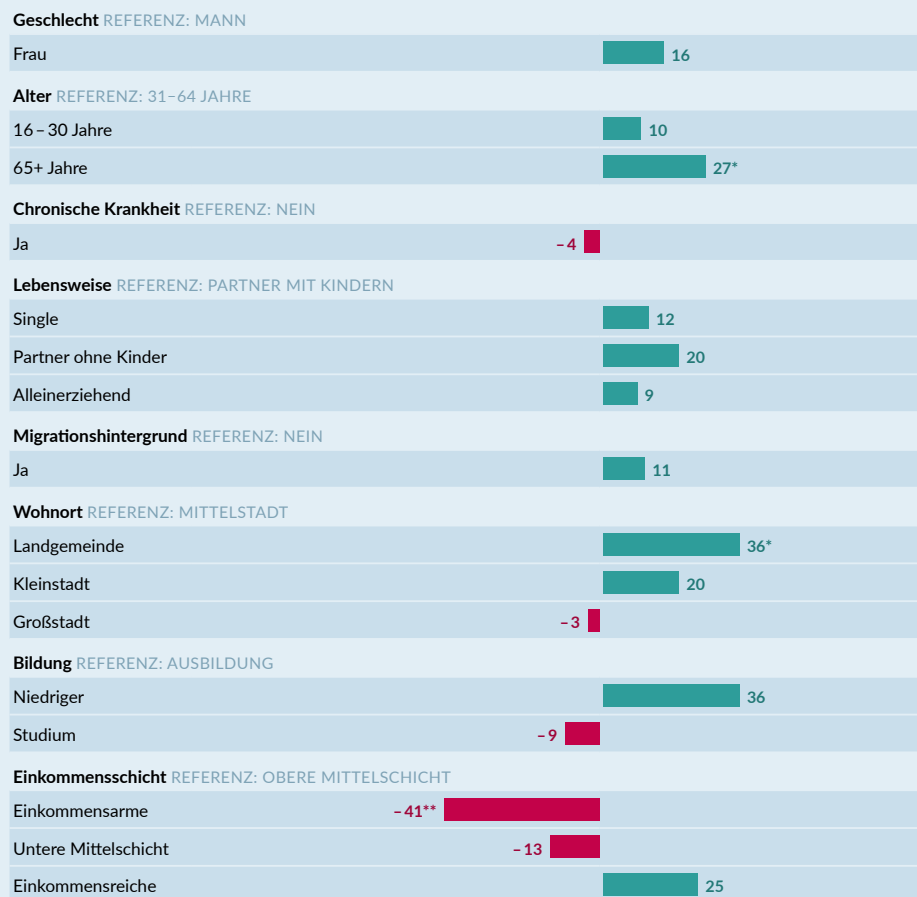
Die Tabelle zeigt die prozentuale Verteilung der Antworten auf die jeweiligen Fragen zur Lage von Senioren. Die Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

| BertelsmannStiftung

Grundsätzlich lassen unsere Befragungsergebnisse darauf schließen, dass beim Thema Senioren Optimismus herrscht. Die eigene Wohngegend wird von knapp 84 Prozent der Befragten als geeignet für ältere Menschen betrachtet. Darüber hinaus empfinden nur gut neun Prozent eine Verschlechterung der Lage älterer Menschen in ihrem eigenen Wohnumfeld – knapp 27 Prozent sehen sogar eine Verbesserung. Überdurchschnittlich stark wird diese Verbesserung in der Gruppe der über 65-Jährigen selbst gesehen (vgl. Abbildung 21) sowie von Menschen, die auf dem Land leben. Lediglich unter Einkommensarmen ist diese Einschätzung seltener gegeben. Nur 24 Prozent der Einkommensarmen sehen eine Verbesserung der Lage von Senioren; in der unteren und oberen Mittelschicht sind es 30 bzw. 29 Prozent, während 36 Prozent der Einkommensreichen eine Verbesserung berichten.

Zu dieser positiven Einschätzung passt, dass knapp zwei Drittel der Befragten die Unterstützungsangebote für ältere Menschen als ausreichend erachten. Auch hier sind es erneut die Senioren selbst, die dieser Aussage sogar noch stärker zustimmen als die Vergleichsgruppe der Menschen im berufstätigen Alter zwischen 31 und 64 Jahren. Interessant ist, dass jüngere Befragte die Unterstützungsangebote in geringerem Maß als ausreichend

ABBILDUNG 21: Wahrnehmung einer Verbesserung der Maßnahmen im Bereich „Senioren“ nach sozialen Gruppen

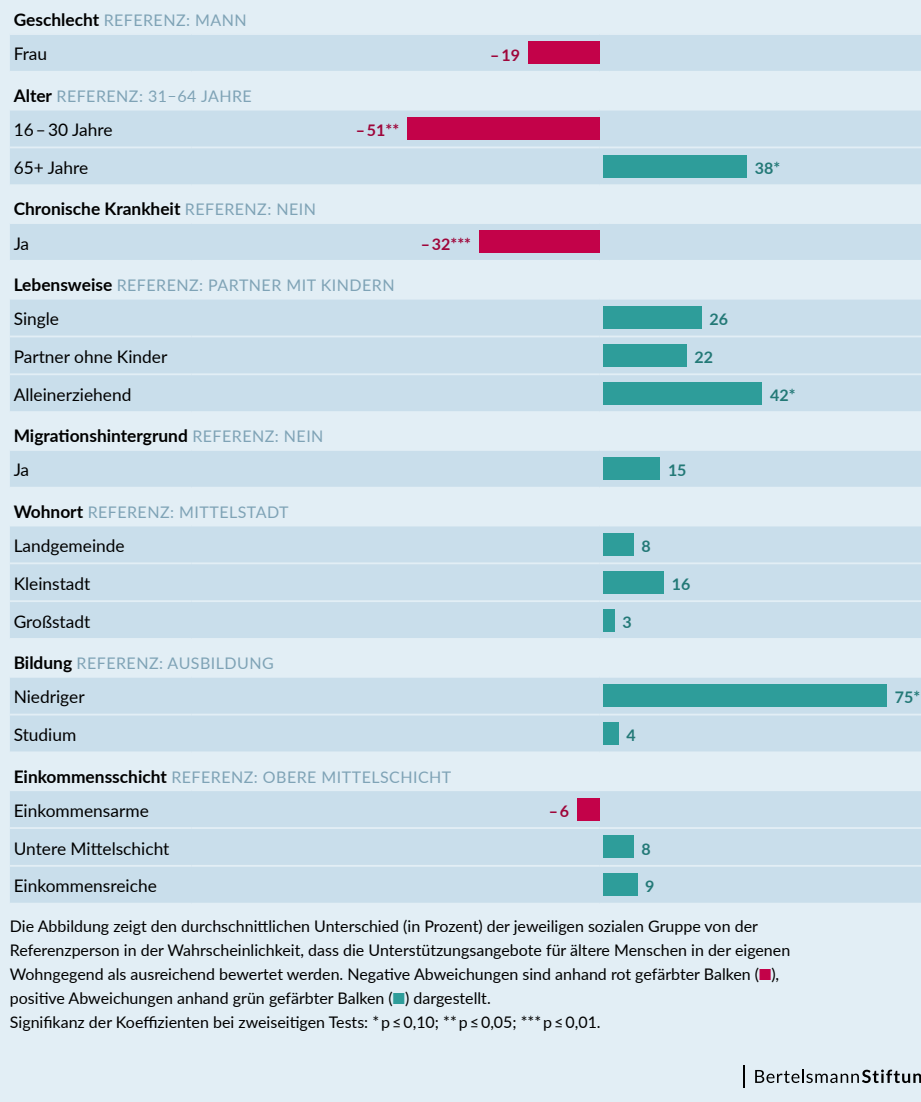


Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Unterschied (in Prozent) der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson in der Wahrscheinlichkeit, dass eine Verbesserung in der Lage für ältere Menschen in der eigenen Wohngegend in den letzten fünf Jahren wahrgenommen wird. Negative Abweichungen sind anhand rot gefärbter Balken (■), positive Abweichungen anhand grün gefärbter Balken (■) dargestellt.  
 Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \* p ≤ 0,10; \*\* p ≤ 0,05; \*\*\* p ≤ 0,01.

| BertelsmannStiftung

bewerten. Hier herrscht also eine Diskrepanz zwischen Jungen und Alten, wobei diejenigen, um die es geht, zufriedener mit dem Angebot sind. Abbildung 22 verdeutlicht den Zusammenhang. Aus dem Schaubild geht ebenfalls hervor, dass auch Alleinerziehende und Niedriggebildete vergleichsweise stärker der Meinung sind, dass es ausreichend Unterstützungsangebote für Senioren gibt, chronisch Kranke hingegen weniger stark davon überzeugt sind.

ABBILDUNG 22: **Wahrnehmung der Unterstützungsangebote im Bereich „Senioren“ nach sozialen Gruppen**



Man darf vielleicht das Fazit wagen, dass das Thema Generationengerechtigkeit mit Blick auf ältere Menschen jedenfalls aktuell kein Brennpunktthema der Sozialpolitik in Baden-Württemberg ist. Erfreulich ist, dass die Älteren selbst zufriedener mit ihrer eigenen Lage und den auf sie zugeschnittenen Angeboten sind als manch andere soziale Gruppe in Baden-Württemberg.

## 4.5 Pflege

Jenseits der Lage von Senioren ist die Betreuung von Pflegebedürftigen, einer Bevölkerungsgruppe, die teilweise mit der Gruppe der älteren Menschen überlappt, ein wichtiger Schwerpunkt der baden-württembergischen Sozialpolitik. Im Jahr 2015 waren mit insgesamt 328.297 Menschen drei Prozent der Bevölkerung in diesem südwestlichen Bundesland pflegebedürftig, von denen knapp drei Viertel (72 Prozent) zu Hause gepflegt wurden (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2017). In unserer Befragung haben knapp 45 Prozent der Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer Pflegebedürftige im eigenen Umfeld. Es wurde erfasst, wie die Versorgung von Pflegebedürftigen in der Wohngegend der Befragten eingeschätzt wird und wie sich die Qualität der Pflege in den letzten fünf Jahren entwickelt hat. Des Weiteren wurde erhoben, wie Menschen mit Pflegebedürftigen im persönlichen Umfeld die Qualität der Pflege einschätzen. Tabelle 21 dokumentiert die Befunde.

TABELLE 21: **Wahrnehmung der Lage von Pflegebedürftigen**

<b>Pflegebedürftige werden in Wohngegend versorgt</b>	
Überhaupt nicht gut / weniger gut	14,8%
Gut / sehr gut	70,7%
Keine Angabe	14,5%
<b>Qualität der Pflege hat sich in den letzten fünf Jahren</b>	
Verschlechtert	9,7%
Ist gleich geblieben	56,5%
Verbessert	14,5%
Keine Angabe	19,2%
<b>Vorhandensein von Pflegebedürftigen</b>	
Nein	55,3%
Ja, darunter*:	44,7%
– im eigenen Haushalt	14,0%
– in der Familie	57,7%
– im Freundeskreis	37,8%
– andere, in der Nachbarschaft	5,5%
<b>Qualität der Pflege**</b>	
Überhaupt nicht gut / weniger gut	33,0%
Gut / sehr gut	62,1%
Keine Angabe	4,9%

Die Tabelle zeigt die prozentuale Verteilung der Antworten auf die jeweiligen Fragen zur Lage von Pflegebedürftigen. Die Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

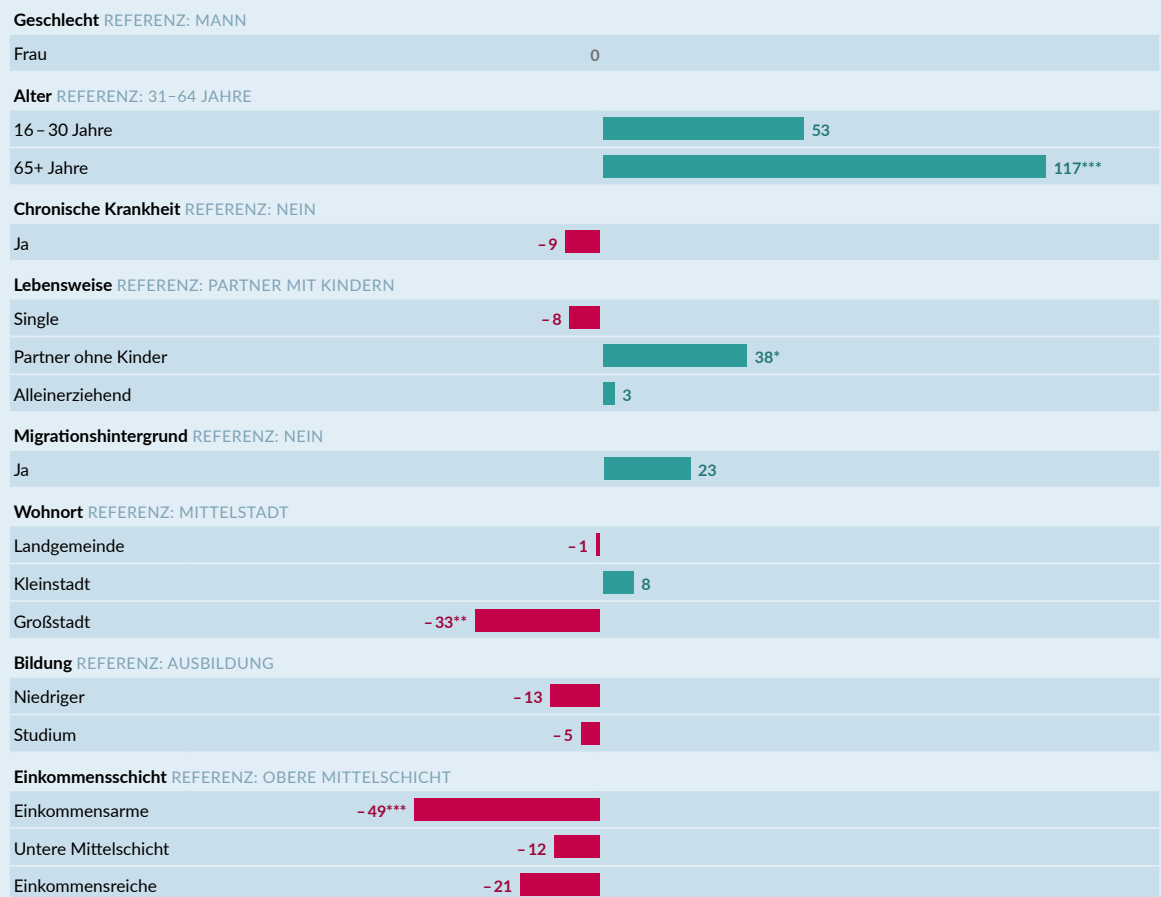
\* Mehrfachnennung möglich

\*\*Die Frage bezieht sich auf Personen, die Pflegebedürftige haben bzw. kennen (N = 665).

| BertelsmannStiftung

Die deskriptiven Ergebnisse zeichnen ein differenziertes Bild, je nachdem, ob die befragte Person selbst Erfahrungen mit Pflegebedürftigen gemacht hat oder nicht. Grundsätzlich sind über 70 Prozent aller Befragten der Auffassung, dass Pflegebedürftige in der eigenen Wohngegend gut oder sehr gut versorgt werden. Nur 15 Prozent sehen das weniger oder überhaupt nicht so. Gefragt nach Veränderungen in der Qualität der Pflege, glauben nur knapp zehn Prozent der Befragten, dass diese sich in den letzten fünf Jahren verschlechtert hat. Mehr als jede(r) zweite Befragte sieht keine Veränderungen, knapp 15 Prozent geben sogar an, eine Verbesserung zu spüren. Wie Abbildung 23 veranschaulicht, sind es in erster

ABBILDUNG 23: **Wahrnehmung einer Verbesserung der Qualität im Bereich „Pflege“ nach sozialen Gruppen**



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Unterschied (in Prozent) der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson in der Wahrscheinlichkeit, dass eine Verbesserung in der Lage für Pflegebedürftige in der eigenen Wohngegend in den letzten fünf Jahren wahrgenommen wird. Negative Abweichungen sind anhand rot gefärbter Balken (■), positive Abweichungen anhand grün gefärbter Balken (■) dargestellt.

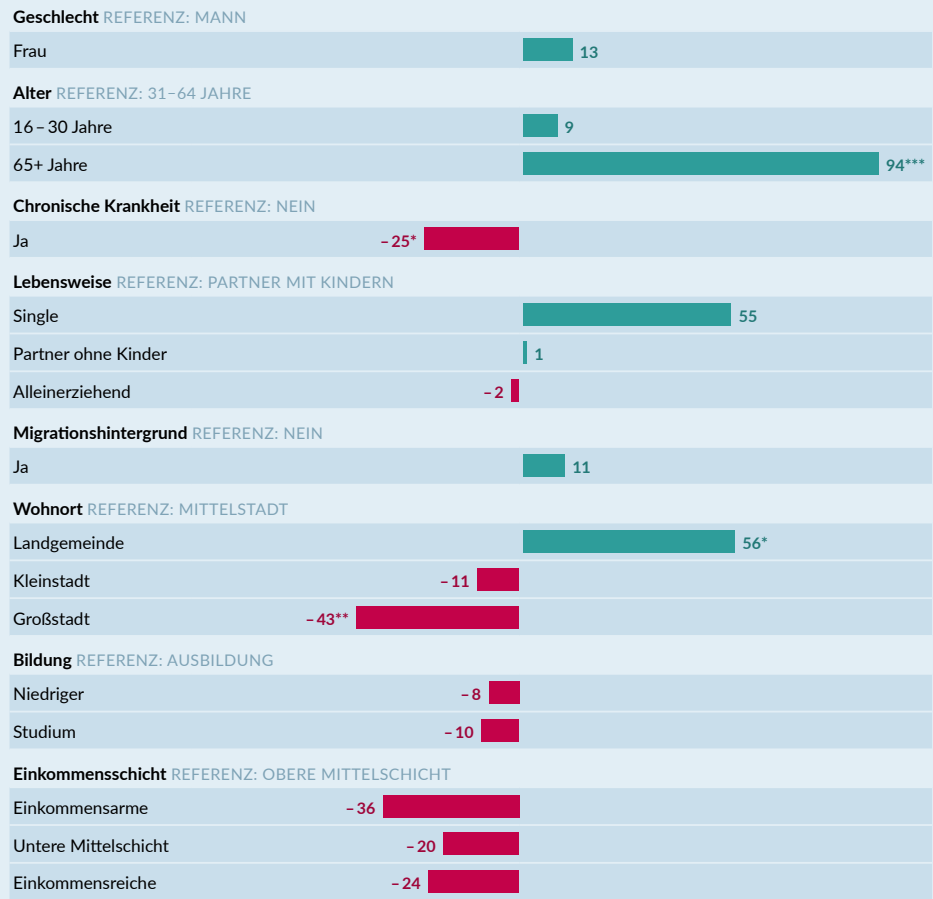
Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \*  $p < 0,10$ ; \*\*  $p < 0,05$ ; \*\*\*  $p < 0,01$ .

| BertelsmannStiftung

Linie die älteren Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die eine überdurchschnittliche Verbesserung der Pflegequalität in den vergangenen fünf Jahren erleben. Fast 25 Prozent der über 64-Jährigen sehen eine Verbesserung in der Pflege in den letzten fünf Jahren, bei den bis 30-Jährigen sind es 19 Prozent, bei Menschen mittleren Alters hingegen nur 14 Prozent. Da die Altersgruppe ab 65 auch häufiger auf Pflege angewiesen ist als jüngere Menschen, lässt dies hoffen, dass das erlebte Plus an Qualität tatsächlich dort ankommt, wo es gebraucht wird. Auch Menschen in Partnerschaft ohne Kinder nehmen die Verbesserung stärker wahr als die Referenzgruppe. Weniger Verbesserung wird von Großstädtern und Einkommensarmen erlebt.

Die Mehrheit der Befragten (55,3 Prozent) hat allerdings keine aktuellen Erfahrungen mit Pflegebedürftigen. Im Folgenden widmen wir uns deshalb den knapp 45 Prozent der Befragten, die derzeit Pflegebedürftige im eigenen Umfeld haben. Interessant ist, dass knapp 60 Prozent der Menschen, die Erfahrungen mit Pflegebedürftigkeit haben, diese zwar überwiegend in der eigenen Familie (57,7 Prozent), jedoch nur selten im eigenen Haushalt (14 Prozent) erleben.

ABBILDUNG 24: **Wahrnehmung der Qualität im Bereich „Pflege“ nach sozialen Gruppen**



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Unterschied (in Prozent) der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson in der Wahrscheinlichkeit, dass die Qualität der Pflege als gut oder sehr gut bewertet wird. Die Analyse bezieht sich nur auf Befragte, die Pflegebedürftige im eigenen Personenkreis haben (N=665). Negative Abweichungen sind anhand rot gefärbter Balken (■), positive Abweichungen anhand grün gefärbter Balken (■) dargestellt.  
 Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \* p ≤ 0,10; \*\* p ≤ 0,05; \*\*\* p ≤ 0,01.

| BertelsmannStiftung

In dieser Teilgruppe der Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer wird die Qualität der Pflege weniger positiv wahrgenommen als in der Gesamtbevölkerung: Nur gut 62 Prozent (im Vergleich zu gut 70 Prozent in der Gesamtbevölkerung) halten die Qualität für gut oder sehr gut. Die Erfahrung mit Pflege ist somit ein relevanter Faktor für die Qualitätsbeurteilung, was wenig verwunderlich ist. Fraglich ist jedoch, ob es Gruppenunterschiede in diesen Einschätzungen gibt.

Ein Blick auf Abbildung 24 zeigt, dass sich Unterschiede in der Wahrnehmung der Qualität der Pflege nach Alter, chronischer Erkrankung und Wohnortgröße ergeben. Überdurchschnittlich positiv wird auch hier die Qualität der Pflege von alten Menschen bewertet; chronisch Kranke erzielen im Gegensatz dazu unterdurchschnittliche Werte. Außerdem wird Pflege in Landgemeinden positiver, in Großstädten negativer als in mittelgroßen Städten bewertet, die als Referenzkategorie dienen.



In der Zusammenschau mag man schlussfolgern, dass die Qualität der Pflege überraschenderweise in der Gruppe der älteren Menschen positiver bewertet wird als in anderen Altersgruppen. Um eine Art Angstthema handelt es sich tendenziell bei Großstädtern und Einkommensarmen; grundsätzlich scheint es sich aber zumindest in Baden-Württemberg aktuell um (noch) kein wirkliches Brennpunktthema zu handeln.

## 4.6 Medizinische Versorgung

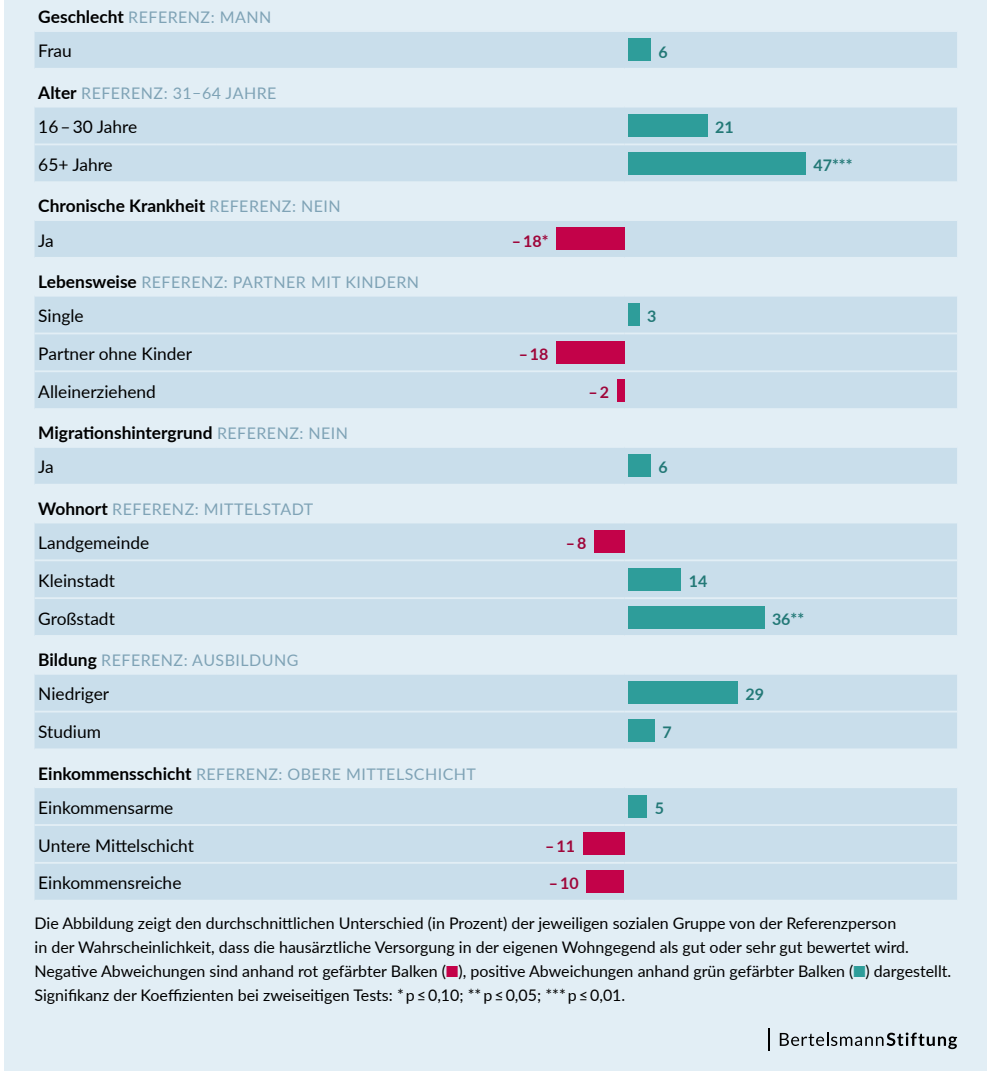
Neben der Betreuung von Pflegebedürftigen ist die allgemeine medizinische Versorgung ein ebenso wichtiger Schwerpunkt der Sozialpolitik. Wie ist es um die medizinische Versorgung der Bevölkerung in Baden-Württemberg bestellt? Um dies herauszufinden, wurde erfragt, ob die Befragten innerhalb von 30 Minuten ein Krankenhaus erreichen können, wie sich die ärztliche Versorgung in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat und wie gut die hausärztliche Versorgung in der Wohngegend bzw. die fachärztliche Versorgung in der Region eingeschätzt wird. Darüber hinaus wurde auch die Digitalisierung des Gesundheitswesens thematisiert. Die Befragten wurden gebeten einzuschätzen, ob sie durch die Digitalisierung eine Verbesserung oder eine Verschlechterung der Situation für die Patienten und Patientinnen erwarten. Tabelle 22 fasst die Befunde zusammen.

TABELLE 22: **Wahrnehmung der Lage der medizinischen Versorgung**

<b>Erreichbarkeit von Krankenhäusern innerhalb 30 Minuten</b>	
Nein	3,2%
Ja	96,5%
Keine Angabe	0,3%
<b>Ärztliche Versorgung hat sich in den letzten fünf Jahren</b>	
Verschlechtert	21,2%
Ist gleich geblieben	63,6%
Verbessert	12,9%
Keine Angabe	2,4%
<b>Hausärztliche Versorgung in Wohngegend</b>	
Überhaupt nicht gut / weniger gut	21,1%
Gut / sehr gut	77,0%
Keine Angabe	1,9%
<b>Fachärztliche Versorgung in Region</b>	
Überhaupt nicht gut / weniger gut	23,4%
Gut / sehr gut	74,5%
Keine Angabe	2,2%
<b>Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung</b>	
Von Nachteil	19,2%
Von Vorteil	36,1%
Kann nicht einschätzen	44,7%
Keine Angabe	0,0%

Die Tabelle zeigt die prozentuale Verteilung der Antworten auf die jeweiligen Fragen zur Lage der medizinischen Versorgung. Die Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

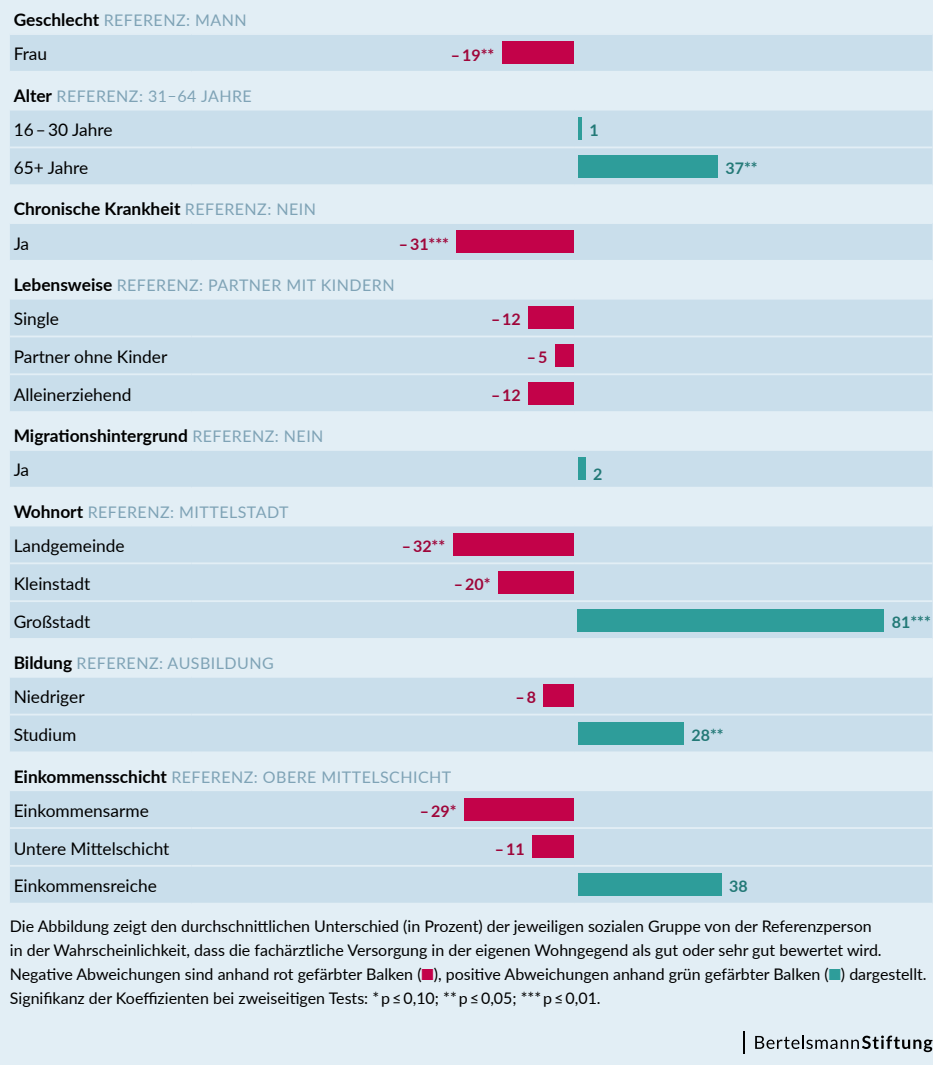
**ABBILDUNG 25: Wahrnehmung der Qualität im Bereich „Hausärztliche Versorgung“ nach sozialen Gruppen**



Krankenhäuser sind für die große Mehrheit der Befragten von ihrem Wohnort aus schnell erreichbar. Nur 3,2 Prozent berichten, einen längeren Anfahrtsweg als 30 Minuten zu haben. Allerdings hat gut ein Fünftel der Befragten eine Verschlechterung der ärztlichen Versorgung in den letzten fünf Jahren wahrgenommen. Ebenso viele Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs sehen teils gravierende Mängel in der hausärztlichen Versorgung vor Ort. Immerhin wird die hausärztliche Versorgung in der eigenen Wohngegend jedoch von 77 Prozent als gut oder sogar sehr gut bewertet. Wie Abbildung 25 veranschaulicht, gibt es bei dieser Einschätzung nur wenige Unterschiede nach sozialen Gruppen. Während ältere Befragte und Großstädter die hausärztliche Versorgung etwas besser bewerten als Menschen mittleren Alters und Personen, die in mittelgroßen Städten leben, fällt die Bewertung unter chronisch Kranken etwas schlechter aus als bei gesunden Befragten.

Bei der fachärztlichen Versorgung zeigt sich zunächst ein ähnliches Bild wie bei der Frage nach den Hausärzten. Gut 23 Prozent der Befragten sehen eine Mangelversorgung, knapp 75 Prozent empfinden die Versorgung als gut oder sogar sehr gut. Interessant ist jedoch,

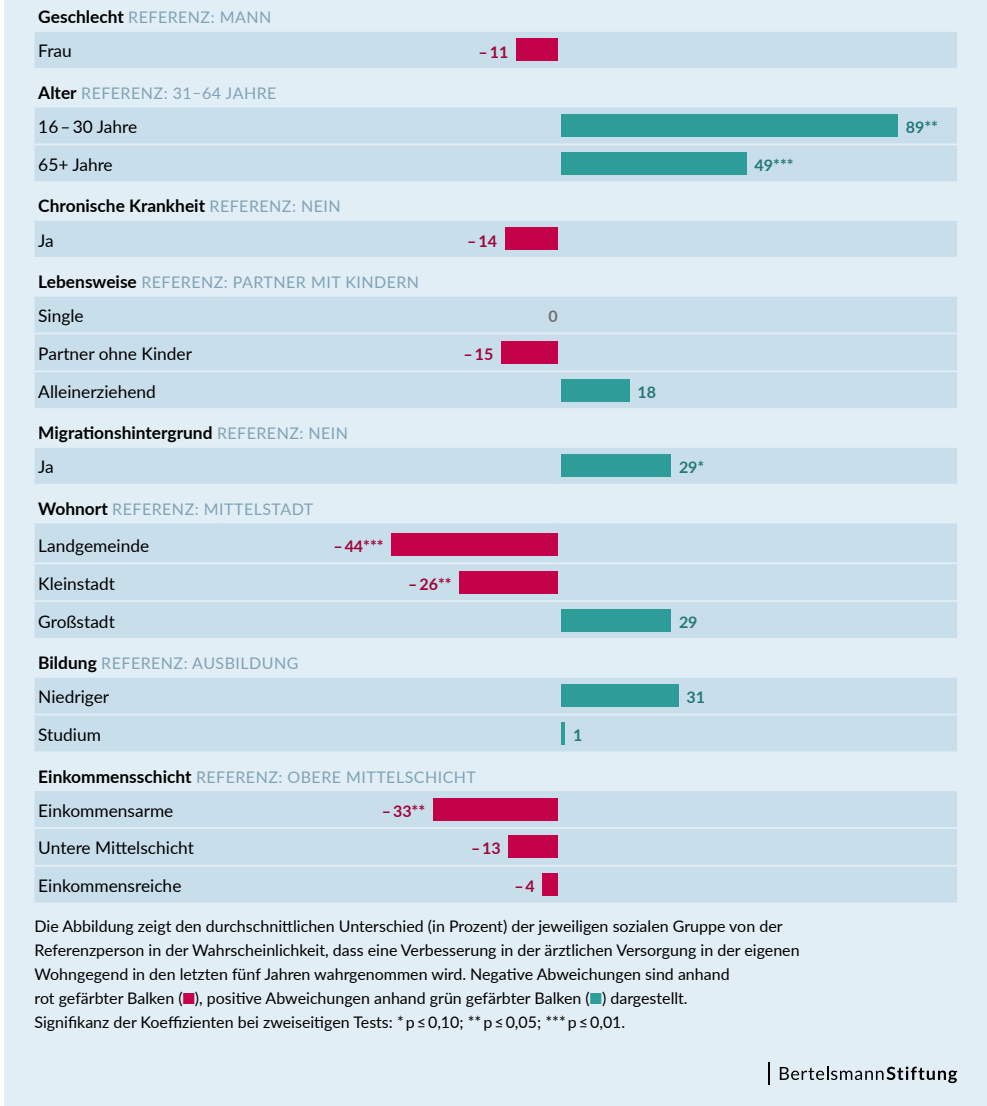
ABBILDUNG 26: **Wahrnehmung der Qualität im Bereich „Fachärztliche Versorgung“ nach sozialen Gruppen**



dass deutlich mehr soziale Gruppen von diesen durchschnittlichen Befragungsergebnissen abweichen, als dies für die hausärztliche Versorgung der Fall war, wie Abbildung 26 verdeutlicht. Neben den chronisch Kranken sind auch Frauen und Einkommensarme weniger von einer guten fachärztlichen Versorgung überzeugt als Gesunde, Männer und Menschen aus der oberen Mittelschicht. Nach wie vor sind die älteren Befragten optimistischer als die anderen Altersgruppen in der Befragung. Dies gilt auch für Menschen mit abgeschlossenem Hochschulstudium.

Besondere Beachtung sollten die Befunde zum Wohnort erhalten. Im Vergleich zu mittelgroßen Städten wird die fachärztliche Versorgung in Großstädten viel positiver eingeschätzt; auf dem Land hingegen sind signifikant weniger Menschen von einer guten Versorgung überzeugt. Die Grafik macht die dadurch entstehende Diskrepanz zwischen Stadt und Land sehr deutlich und veranschaulicht den seit Jahren andauernden, sich verstärkenden Ärztemangel auf dem Land. Wirft man dann noch einen Blick auf die Frage, für wen sich die ärztliche Versorgung in den letzten fünf Jahren über- oder unterdurchschnittlich stark

ABBILDUNG 27: Wahrnehmung einer Verbesserung der Qualität im Bereich „Ärztliche Versorgung“ nach sozialen Gruppen



verbessert hat, bestätigt sich die Diskrepanz zwischen verschiedenen sozialen Gruppen (siehe Abbildung 27). Neben Menschen mit Migrationshintergrund nehmen Junge und Alte eine stärkere Verbesserung wahr als Befragte zwischen 31 und 64 Jahren: Die Jungen sehen zu 22 Prozent eine Verbesserung der medizinischen Versorgung, bei den Älteren sind es 15 Prozent, bei Menschen mittleren Alters hingegen nur zehn Prozent. Weniger positiv wird die Entwicklung von Menschen auf dem Land und in Kleinstädten im Vergleich zu mittelgroßen Städten gesehen. Auch Einkommensarme haben eine negative Einschätzung.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass es um die medizinische Versorgung in Baden-Württemberg – einem wohlhabenden Bundesland – insgesamt gut bestellt zu sein scheint. Besonders ältere Menschen und Großstädter sind zufrieden; als schwieriger wird die Situation von chronisch Kranken wahrgenommen. Mit Blick auf die Fachärzte zeichnet sich jedoch ein gewisses Problem am Horizont ab, das sich durch die jetzt schon starke Diskrepanz bei der Wahrnehmung der Versorgung auf dem Land und in der Großstadt zeigt.

Schließlich werfen wir noch einen Blick auf die Frage, inwieweit eine zunehmende Digitalisierung des Gesundheitssystems bei der Erhöhung der Qualität der medizinischen Versorgung behilflich sein kann. An der Antwortverteilung wird deutlich, dass dieses recht neue Thema noch nicht überall in der Bevölkerung angekommen ist. Zwar sieht nur gut jeder dritte Befragte Vorteile in einer fortschreitenden Digitalisierung und 19 Prozent rechnen sogar eher mit Nachteilen; allerdings kann sich fast die Hälfte der Befragten (44,7 Prozent) keine klare Meinung hierzu bilden.

## 4.7 Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage

Zu den Hauptthemenfeldern der Sozialpolitik zählt auch die klassische sozioökonomische Schichtung der Gesellschaft. In Kapitel 3 wurde eine objektive Aufteilung der Stichprobe in vier Einkommensschichten anhand des monatlichen Haushaltsäquivalenzeinkommens der Befragten vorgenommen. Doch wenn jemand nach objektiven Kriterien als Gutverdiener gilt, bedeutet dies nicht automatisch, dass diese Person die eigene wirtschaftliche Lage ebenfalls positiv einschätzt. Deswegen wurde die wirtschaftliche Situation der Befragten auch anhand eines subjektiven Indikators erfasst, der für die hier vorgelegten Analysen als Grundlage dient.

Da neun von zehn Befragten die eigene wirtschaftliche Situation als positiv betrachten, ist der Anteil von Befragten, die die eigene Wirtschaftslage in Baden-Württemberg als schwierig empfinden, eher gering (siehe Tabelle 23): Knapp zehn Prozent berichten von einer schlechten bzw. sehr schlechten sozioökonomischen Lage; objektiv gehören jedoch gut zwölf Prozent zur einkommensarmen Bevölkerung, die weniger als 60 Prozent des Medianwerts des Haushaltsäquivalenzeinkommens verdient (vgl. Tabelle 14)

TABELLE 23: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage

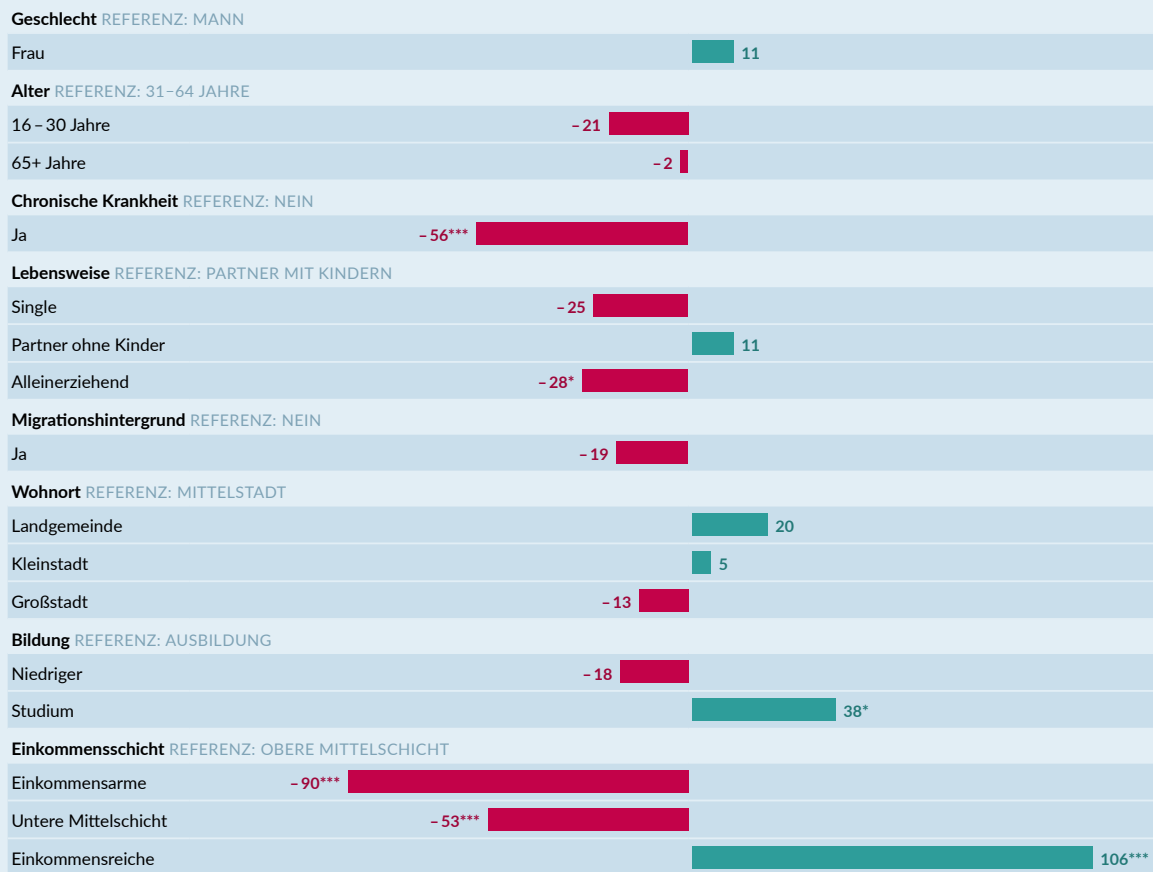
Gegenwärtige wirtschaftliche Lage	
Sehr schlecht / eher schlecht	9,8 %
Eher gut / sehr gut	89,8 %
Keine Angabe	0,4 %

Die Tabelle zeigt die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage zur Selbsteinschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage.

| BertelsmannStiftung

Wer sieht seine eigene wirtschaftliche Lage besonders positiv? Welche soziale Gruppe schätzt sie negativer ein? Wie Abbildung 28 veranschaulicht, ergeben sich deutliche Unterschiede nach chronischer Erkrankung, Bildung und – trivialerweise – Einkommensschicht. Der Anteil von Menschen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut bezeichnen, ist niedriger unter Befragten, die an einer chronischen Erkrankung leiden, höher hingegen unter Menschen mit einem Hochschulabschluss. Besonders stark sind die Unterschiede – wie nicht anders zu vermuten – nach Einkommensschicht. Im Vergleich zu Mitgliedern der oberen Mittelschicht schätzen ganz besonders Einkommensarme, aber auch Befragte aus der unteren Mittelschicht ihre eigene wirtschaftliche Lage weniger positiv ein, Einkommensreiche hingegen besser.

ABBILDUNG 28: Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Lage nach sozialen Gruppen



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Unterschied (in Prozent) der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson in der Wahrscheinlichkeit, dass die eigene gegenwärtige wirtschaftliche Lage als eher gut oder sehr gut bewertet wird. Negative Abweichungen sind anhand rot gefärbter Balken (■), positive Abweichungen anhand grün gefärbter Balken (■) dargestellt.  
 Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \* p ≤ 0,10; \*\* p ≤ 0,05; \*\*\* p ≤ 0,01.

| BertelsmannStiftung

Wenngleich der Prozentsatz derer, die von einer schwierigen wirtschaftlichen Lage berichten, in Baden-Württemberg – auch mit Blick auf einen deutschlandweiten Vergleich – relativ gering ist, so gibt es doch auch hier Risikogruppen, die vom allgemeinen Wohlstand abgekoppelt sind, nämlich chronisch Kranke sowie – offensichtlich – Menschen mit geringerem Einkommen. Arme und Kranke sollten in Zukunft mehr Aufmerksamkeit erfahren. Auch die Förderung von Bildung sollte hierbei eine Rolle spielen, ist Bildung doch neben dem – trivialen – objektiven Reichtum der einzige Indikator für eine positive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage.

#### 4.8 Geflüchtete

Geflüchtete haben sich in den vergangenen Jahren (wieder) zu einem weiteren Schwerpunkt der Sozialpolitik in ganz Deutschland entwickelt. Im Jahr 2018 machten Geflüchtete 2,2 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland aus. In Baden-Württemberg lag der Anteil mit 1,8 Prozent und 202.725 Schutzsuchenden somit unter dem Bundesdurchschnitt. In unserer Umfrage wurde in Erfahrung gebracht, ob die Befragten große Probleme mit

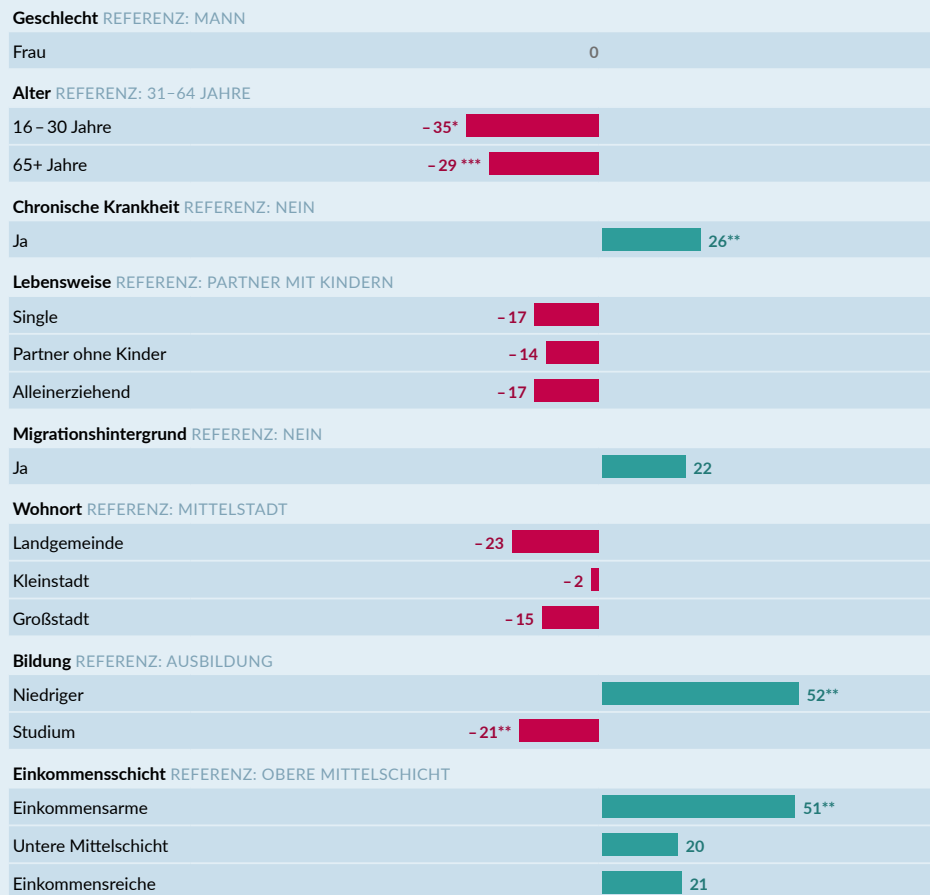
TABELLE 24: Wahrnehmung von Problemen mit Flüchtlingen

Große Probleme mit Flüchtlingen in Wohngegend	
Stimmt gar nicht / stimmt wenig	81,6%
Teils-teils	11,6%
Stimmt ziemlich / stimmt völlig	5,9%
Keine Angabe	1,0%

Die Tabelle zeigt die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage zu Problemen mit Flüchtlingen in der eigenen Wohngegend. Die Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 29: Wahrnehmung von Problemen mit Geflüchteten in der eigenen Wohngegend nach sozialen Gruppen



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Unterschied (in Prozent) der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson in der Wahrscheinlichkeit der Zustimmung zur Aussage, dass es große Probleme mit Flüchtlingen in der eigenen Wohngegend gibt. Negative Abweichungen sind anhand rot gefärbter Balken (■), positive Abweichungen anhand grün gefärbter Balken (■) dargestellt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \*  $p \leq 0,10$ ; \*\*  $p \leq 0,05$ ; \*\*\*  $p \leq 0,01$ .

| BertelsmannStiftung

Flüchtlingen in der Wohngegend erleben. Erfreulicherweise trifft dies auf die große Mehrheit (81,6 Prozent) nicht zu. Nur 5,9 Prozent der Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer berichten über große Probleme mit Flüchtlingen in der eigenen Wohngegend. Einen Überblick gibt Tabelle 24.

Die Frage ist, ob es Unterschiede in dieser Wahrnehmung nach sozialen Gruppen gibt. Abbildung 29 veranschaulicht die doch sehr klaren Tendenzen. Im Vergleich zu Menschen mittleren Alters sehen jüngere und ältere Befragte deutlich seltener große Probleme mit Geflüchteten in der eigenen Wohngegend. Auch ein tertiärer Bildungsabschluss führt dazu, dass die Situation weniger negativ eingeschätzt wird. Im Gegensatz dazu sind es Menschen mit chronischer Erkrankung, einem niedrigen Bildungsabschluss und die Einkommensschwachen, die stärker dazu tendieren, große Probleme mit Geflüchteten zu sehen. Ob es sich hier um die Manifestation einer Konkurrenzsituation, den Ausdruck eines symbolischen Bedrohungserlebens oder um so etwas wie Wohlstandschauvinismus handelt – auch Einkommensschwachen in Baden-Württemberg geht es in der Regel deutlich besser als Geflüchteten –, muss an dieser Stelle dahingestellt bleiben.

#### 4.9 Fazit – Welche Merkmale haben hinsichtlich der politischen Handlungsfelder den größten Einfluss?

In diesem Kapitel haben wir unterschiedliche politische Handlungsfelder vorgestellt, die als Schwerpunkte der Sozialpolitik das Potenzial haben könnten, zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen. Ob es Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie dies tatsächlich tun, werden wir in Kapitel 5 genauer untersuchen. Aufgabe des vorliegenden Kapitels war es, die einzelnen Themenfelder, nämlich ehrenamtliches Engagement, Kinder und Familie, Frauen, Senioren, Pflege, medizinische Versorgung, die eigene wirtschaftliche Lage (Armutsrisiko) und die Integration von Geflüchteten, genauer unter die Lupe zu nehmen. Hierzu haben wir zunächst Ergebnisse aus unserer Befragung für jeden der acht Schwerpunkte beschreibend dargestellt. Anschließend wurde für jedes Handlungsfeld geprüft, ob bestimmte soziale Gruppen staatliche Aktivitäten in den jeweiligen Handlungsfeldern unterschiedlich bewerten. Analog zu unseren Analysen in Kapitel 3 haben wir somit untersucht, ob sich auch hinsichtlich politisch relevanter Handlungsfelder eine gewisse soziale Spaltung entlang der acht unterschiedlichen sozialen Gruppen (vgl. Tabelle 14) erkennen lässt. Verglichen haben wir wieder mit unserer fiktiven männlichen Referenzperson, die zwischen 31 und 64 Jahre alt ist, weder einen Migrationshintergrund noch chronische Erkrankungen hat, in einer Partnerschaft mit Kind(ern) in einer mittelgroßen Stadt lebt, über eine Ausbildung verfügt und zur oberen Mittelschicht gehört. Dabei weichen die jeweiligen Gruppen je nach Handlungsfeld und dort gestellter Frage unterschiedlich stark von dieser fiktiven Person ab – positiv wie negativ.

Zum Abschluss des Kapitels systematisieren wir unsere Befunde noch einmal nach den untersuchten sozialen Gruppen. Tabelle 25 gibt einen Überblick. Bedeutsame Unterschiede zu unserer Referenzperson sind mit einem Plus- bzw. Minuszeichen gekennzeichnet, je nachdem, ob die erzielten Werte höher oder niedriger ausfallen. Im Folgenden fassen wir die Ergebnisse zu den einzelnen Gruppenmerkmalen kurz zusammen.



TABELLE 25: Zusammenfassung der Unterschiede zwischen sozialen Gruppen bezüglich ausgewählter politischer Handlungsfelder

	Ehrenamt Unter- stützung ausreichend	Familien Unter- stützung ausreichend	Frauen Politik tut genug gegen Benach- teiligung	Senioren Unter- stützung ausreichend	Pflege Qualität gut / sehr gut	Fachärzte Versorgung gut / sehr gut	Wirtsch. Lage Einschätzung gut / sehr gut	Geflüchtete Geringe Probleme in Wohngegend
<b>Geschlecht</b> REFERENZ: MANN								
Frau			-				-	
<b>Alter</b> REFERENZ: 31-64 JAHRE								
16 - 30 Jahre				-				+
65+ Jahre	+	+		+	+	+		+
<b>Chronische Krankheit</b> REFERENZ: NEIN								
Ja		-	-	-	-	-	-	-
<b>Lebensweise</b> REFERENZ: PARTNER MIT KINDERN								
Single			+					
Partner ohne Kinder								
Alleinerziehend				+			-	
<b>Migrationshintergrund</b> REFERENZ: NEIN								
Ja	-	-						
<b>Wohnort</b> REFERENZ: MITTELSTADT								
Landgemeinde		+			+	-		
Kleinstadt						-		
Großstadt					-			
<b>Bildung</b> REFERENZ: AUSBILDUNG								
Niedriger				+				
Studium						+	+	+
<b>Einkommenschicht</b> REFERENZ: OBERE MITTELSCHICHT								
Einkommensarme						-	-	-
Untere Mittelschicht							-	
Einkommensreiche							+	

Die Tabelle fasst die Ergebnisse aus den durchgeführten logistischen Regressionsanalysen zur Untersuchung der Unterschiede zwischen den betrachteten sozialen Gruppen bezüglich der wahrgenommenen Lage der jeweiligen Handlungsfelder der Sozialpolitik zusammen. Signifikante Abstände der jeweiligen sozialen Gruppen zur Referenzperson sind mit einem + bzw. - gekennzeichnet, je nachdem, ob die Wahrscheinlichkeit einer positiven Wahrnehmung höher oder niedriger ausfällt.

## Geschlecht

Frauen und Männer unterscheiden sich kaum in der Einschätzung der ausgewählten Handlungsfelder. Frauen sind allerdings weniger stark der Meinung, dass die Politik genug gegen die Belästigung von Frauen tut. Außerdem schätzen sie die Versorgung mit Fachärzten in ihrer Gegend als weniger gut ein.

## Alter

Ältere Befragte ab 65 Jahren stehen der überwiegenden Anzahl von Handlungsfeldern überdurchschnittlich positiv gegenüber. Besonders die Unterstützungsangebote für Ehrenamtliche, Familien mit Kindern und ihre eigene Altersgruppe, die Senioren, sehen sie positiver als die jeweiligen Vergleichsgruppen. Außerdem sehen sie weniger Probleme mit Geflüchteten als die jungen und mittelalten Befragten. Besonders interessant ist, dass sie auch die Qualität der Pflege und die Versorgung mit Fachärzten überdurchschnittlich gut bewerten. Dies ist insofern relevant, als Senioren häufiger als viele andere Menschen Pflege und Fachärzte in Anspruch nehmen (müssen). Ihre Zufriedenheit ist deshalb ein besonders positives Ergebnis.

## Chronische Krankheit

Auch in Bezug auf unterschiedliche sozialpolitische Handlungsfelder sind chronisch kranke Menschen eine zentrale Risikogruppe. Einzig beim Ehrenamt unterscheiden sie sich nicht von der Auffassung von gesunden Befragten. In allen anderen Bereichen sind sie skeptischer eingestellt. Hervorzuheben ist, dass sie ihre eigene wirtschaftliche Lage weniger positiv einschätzen als andere Befragte und mehr Probleme mit Geflüchteten berichten.

## Lebensweise

Die persönliche Lebensweise der Menschen in Baden-Württemberg hat nur wenig Einfluss darauf, wie die acht Handlungsfelder wahrgenommen werden. Im Vergleich zu Befragten, die in Partnerschaft mit Kindern leben, sehen Singles es stärker so, dass die Politik genug gegen die Belästigung von Frauen tut. Für Alleinerziehende gilt dies in Bezug auf Unterstützungsangebote für Senioren. Im Vergleich zur Referenzperson schätzen sie außerdem ihre eigene wirtschaftliche Lage – wohl den objektiven Umständen entsprechend – etwas schlechter ein.

## Migrationshintergrund

Menschen mit Migrationshintergrund unterscheiden sich nur in zwei Bereichen von Befragten ohne Migrationsgeschichte. Sie glauben weniger stark, dass die Unterstützung für das Ehrenamt sowie für Familien mit Kindern ausreichend ist. Womöglich entspricht auch dies den realen Gegebenheiten von Migrantinnen und Migranten, weil die Politik ihre Unterstützungsangebote in diesen beiden Bereichen nicht auf diese Bevölkerungsgruppe ausrichtet.

## Wohnort

Auch die persönliche Wohnsituation hat nur wenig Einfluss auf die Bewertung der untersuchten sozialpolitischen Handlungsfelder. Im Vergleich zur mittelgroßen Stadt wird auf dem Land die Unterstützung für Familien ebenso wie die Qualität der Pflege etwas posi-

tiver bewertet. Diese wird in der Großstadt vergleichsweise schlechter empfunden – hier zeigt sich eine relativ deutliche soziale Spaltung zwischen Stadt und Land. Diese ergibt sich umgekehrt auch für die fachärztliche Versorgung. Während diese Versorgung im Vergleich zur mittelgroßen Stadt in Großstädten überdurchschnittlich positiv bewertet wird, nehmen Kleinstädte und Landgemeinden eine vergleichsweise geringe Versorgung wahr. Dieses Muster hat sich zwar noch nicht auf die hausärztliche Versorgung übertragen, lässt aber vermuten, dass sich die anhaltenden Probleme des Ärztemangels auf dem Land über kurz oder lang auch auf den hausärztlichen Bereich ausweiten werden. Hier dürfte ein zügiges Gegensteuern dringlich sein.

### Bildung

Bildung ist ein im Hinblick auf einige der acht Handlungsfelder interessantes Thema. Im Vergleich zu Menschen mit einer Berufsausbildung bewerten nämlich sowohl höher als auch niedriger Gebildete politisch veranlasste Aktivitäten in einigen Handlungsfeldern positiver. Ein tertiärer Bildungsabschluss geht mit einer positiveren Bewertung der fachärztlichen Versorgung sowie – wenig überraschend – der eigenen wirtschaftlichen Lage einher. Außerdem sieht diese Gruppe die Probleme mit Geflüchteten in der Wohngegend als weniger groß an. Menschen, die keine Ausbildung erhalten haben, schätzen die Unterstützung für Senioren etwas positiver ein als die Vergleichsgruppe. Gleichzeitig schätzen sie die Probleme mit Geflüchteten in der eigenen Wohngegend als größer ein. Bezüglich dieses Handlungsfelds ergibt sich somit eine deutliche soziale Spaltung zwischen höher und niedriger gebildeten Menschen.

### Einkommensschicht

Auch je nach Einkommen unterscheidet sich die Einschätzung hinsichtlich der untersuchten Handlungsfelder nur begrenzt. Im Vergleich zur oberen Mittelschicht (hier definiert als 100 bis 200 Prozent des mittleren Einkommens) schätzen Einkommensarme die fachärztliche Versorgung als weniger gut ein. Außerdem sehen sie überdurchschnittlich große Probleme mit Geflüchteten in ihrer Wohngegend. Eine deutliche soziale Spaltung ergibt sich bei der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Im Vergleich zur oberen Mittelschicht fällt diese bei Einkommensreichen deutlich positiver, bei Einkommensarmen und der unteren Mittelschicht deutlich negativer aus. Dieser Befund ist jedoch wenig überraschend; er besagt im Grunde nur, dass Menschen ihre eigene wirtschaftliche Lage in der Tat nach objektiven Gegebenheiten, nämlich dem eigenen Einkommenssegment einschätzen.

### Zusammenfassung

Im Gesamtüberblick lässt sich sagen, dass sich nur wenige der acht sozialen Gruppen hinsichtlich der Bewertung der sozialpolitischen Handlungsfelder stark unterscheiden. Während Senioren grundsätzlich etwas positiver eingestellt sind, bilden chronisch Kranke auch hier eine Risikogruppe. Erwähnenswert ist die relativ deutliche soziale Spaltung in Bezug auf Pflege und Fachärzte. Während die Pflege auf dem Land als deutlich besser wahrgenommen wird als in der Großstadt, ist es bei der fachärztlichen Versorgung umgekehrt. Hier mangelt es offenbar sowohl auf dem Land als auch in Kleinstädten im Vergleich zu mittelgroßen Städten und Großstädten an einem ausreichenden Angebot.

## 5 Wie lässt sich Zusammenhalt in Baden-Württemberg stärken?

---

Der hier vorgelegte Bericht hat den sozialen Zusammenhalt in Baden-Württemberg auf regionaler und Bundeslandebene im Jahr 2019 untersucht. Neben dem Istzustand auf dem Gesamtindex sowie den neun Dimensionen von Zusammenhalt konnten wir anhand einer Rückschau auf Ergebnisse aus einer Repräsentativbefragung von 2017 zudem feststellen, wie sich der Zusammenhalt in den vergangenen beiden Jahren entwickelt hat (Kapitel 2). Darüber hinaus hat uns interessiert, ob verschiedene soziale Gruppen sich darin unterscheiden, wie sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahrnehmen. Um mögliche soziale Spaltungen in Baden-Württemberg aufzuspüren, haben wir deshalb untersucht, ob es Unterschiede im Erleben des Zusammenhalts nach Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand, Lebensweise, Migrationshintergrund, Wohnortgröße, Bildungsgrad oder Einkommensschicht gibt (Kapitel 3). Die Ergebnisse können dabei helfen, Risikogruppen zu identifizieren, um so geeignete Unterstützungsmaßnahmen zu entwickeln.

Bestimmte Gruppen und Handlungsfelder stehen ohnehin im Fokus der baden-württembergischen Sozialpolitik. Hierzu gehören das Ehrenamt, Kinder und Familie, Frauen, Senioren, der Bereich der Pflege, die medizinische Versorgung, die wirtschaftliche Lage der Menschen sowie das Thema Flucht. Diese acht Handlungsfelder haben wir anhand der diesem Bericht zugrunde liegenden Befragungsdaten zunächst evaluiert und dann ebenfalls darauf untersucht, inwieweit die oben beschriebenen sozialen Gruppen sich darin unterscheiden, wie sie die Unterstützung, Versorgung, Qualität oder Situation je nach Handlungsfeld einschätzen (Kapitel 4). Mit dieser Istzustand-Analyse haben wir jedoch noch nicht erfahren, ob die Handlungsfelder tatsächlich relevant für einen starken Zusammenhalt sind. Bisher handelt es sich um gut begründete Annahmen; ihre Überprüfung steht jedoch noch aus. Sie ist Gegenstand dieses Kapitels.

Im Folgenden versuchen wir, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche politischen Handlungsfelder mit starkem oder schwachem gesellschaftlichem Zusammenhalt in Baden-Württemberg zusammenhängen. Dazu haben wir Regressionsanalysen durchgeführt, in denen der Zusammenhalt anhand der Wahrnehmung ausgewählter politischer Maßnahmen vorhergesagt wird. Hierfür haben wir stellvertretend ein bis zwei Maßnahmen pro Handlungsfeld ausgewählt. Tabelle 26 fasst die Ergebnisse zusammen. Dargestellt sind die standardisierten Regressionskoeffizienten. Zwar sind einige der Zusammenhänge signifikant; dies hat jedoch teilweise mit der großen Anzahl von 1.398 befragten Personen in dieser Studie zu tun, denn bei großen Stichproben werden als Folge mathematisch-statistischer Gesetzmäßigkeiten oft auch geringe Einflüsse auf die vorherzusagende Variable signifikant. Eine Signifikanz bedeutet zunächst nur, dass ein analysierter Zusammenhang nicht per Zufall zustande gekommen sein dürfte, sondern dass ihm eine inhaltliche Systematik zugrunde liegt. Diese Aussage treffen statistische Tests von ihrer grundsätzlichen Anlage her umso häufiger, je größer die Stichprobe einer Studie ist. Ein statistisch signifikanter Effekt ist dabei keineswegs automatisch inhaltlich bedeutsam. Man muss diese inhaltliche Bedeut-

samkeit immer separat bewerten. In diesem Sinne konzentrieren wir uns hier ausschließlich auf Ergebnisse, die einen standardisierten Koeffizienten von mindestens 0,10 haben. Diese sind in der Tabelle fett markiert. Im Anhang finden sich außerdem die Ergebnisse zu weiteren Regressionsanalysen, in denen die neun Dimensionen von Zusammenhalt anhand der Wahrnehmung der zehn Maßnahmen vorhergesagt werden (siehe Tabelle 32). Eine umfassende Diskussion dieser Analysen würde den Bericht jedoch überfrachten. Deshalb werden an dieser Stelle nur die wichtigsten Ergebnisse berichtet.

Die durchgeführten Regressionsanalysen konnten insgesamt drei relevante politische Maßnahmen identifizieren, die in einem Zusammenhang mit der Stärke des sozialen Zusammenhalts in Baden-Württemberg stehen: Je positiver die Unterstützung für Familien und je positiver die eigene wirtschaftliche Lage bewertet wurde, umso stärker ist auch der erlebte Zusammenhalt bei den Befragten. Ähnliches gilt für den Bereich „Flucht“: Je geringer die Probleme mit Flüchtlingen in der eigenen Wohngegend erlebt werden, umso stärker fällt der Zusammenhalt aus. Diese Ergebnisse lassen darauf schließen, dass für einen starken Zusammenhalt in Baden-Württemberg drei sozialpolitische Handlungsfelder zentral sind, nämlich die Unterstützung von Familien, eine solide wirtschaftliche Lage (Armutsprävention) und die Integration von Geflüchteten.

Allerdings wäre es voreilig, diese Handlungsfelder isoliert zu betrachten. Die Unterstützung für Familien mit Kindern umfasst zum Beispiel viele Themen, die sich teilweise auch in anderen Handlungsfeldern wiederfinden. Neben einer gut ausgebauten Kinderbetreuung gehören auch eine verlässliche medizinische Versorgung mit Früherkennung und Frühfördermaßnahmen sowie qualitativ hochwertige schulische und außerschulische Bildungsangebote dazu. Denkt man noch einen Schritt weiter, umfasst die Unterstützung von Familien mit Kindern auch die Förderung von Frauen, indem Möglichkeiten geschaffen werden, Familie und Beruf zu vereinbaren. Zwar stehen die politischen Maßnahmen aus dem Bereich „Frauenförderung“ in keinem signifikanten Zusammenhang mit dem Gesamtindex Zusammenhalt, wohl aber auf dimensionaler Ebene (vgl. Tabelle 32 im Anhang). Zum einen stärken sie das Gerechtigkeitsempfinden (Dimension 2.3), denn die Menschen fühlen sich gerechter behandelt, wenn sie glauben, die Politik tue etwas gegen die Benachteiligung von Frauen. Zum anderen finden wir einen Effekt bei der Akzeptanz von Diversität (Dimension 1.3). Dieser Befund ist besonders interessant, denn unsere Analyse zeigt, dass die Akzeptanz von Diversität niedriger ist, je überzeugter die Befragten davon sind, dass die Politik genug gegen die Benachteiligung von Frauen tut. Gleiches gilt auch für die Unterstützung bei der Gewalt gegen Frauen – der Effekt ist allerdings zu gering, um interpretiert zu werden. Anders ausgedrückt ist die Akzeptanz von Diversität also umso höher, je weniger die Menschen davon überzeugt sind, dass die Politik genug gegen die Benachteiligung von Frauen tut. Da die Gleichstellung von Frauen auch eine Kerndimension der Akzeptanz von Vielfalt in unserer Gesellschaft darstellt (Robert Bosch Stiftung 2019), hängt der gefundene negative Zusammenhang vermutlich mit einer hinreichenden Sensibilisierung der Befragten für das Thema Vielfalt zusammen. Je bewusster man sich mit Diversität auseinandersetzt, desto weniger überzeugt ist man davon, dass genug für verletzte Gruppen – in diesem Fall Frauen – getan wird.

Auch der Befund zur Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage sollte in einem größeren Rahmen betrachtet werden. Diese hat nämlich nicht nur Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt, sondern es gibt daneben Zusammenhänge mit sechs der neun Dimensionen (vgl. Tabelle 32 im Anhang). So geht eine positive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage mit stärkeren sozialen Netzen, höherem interpersonalem Vertrauen wie auch Institutionenvertrauen, einem stärkeren Gerechtigkeitsempfinden, mehr

**TABELLE 26: Regression des Gesamtindex Zusammenhalt auf die Wahrnehmung der Lage der handlungspolitischen Maßnahmen**

	Index
Unterstützung des Ehrenamts	0,09 ***
Unterstützung für Familien	0,15 ***
Politik gegen Benachteiligung von Frauen	0,01
Unterstützung bei Gewalt gegen Frauen	-0,02
Unterstützung für Senioren	0,07 ***
Qualität der Pflege	0,08
Hausärztliche Versorgung	0,03
Fachärztliche Versorgung	0,06 ***
Eigene wirtschaftliche Lage	0,23 ***
Große Probleme mit Flüchtlingen	-0,24 ***
R <sup>2</sup>	0,34

Die Tabelle zeigt standardisierte Koeffizienten aus den jeweiligen Regressionen sowie den R<sup>2</sup>-Koeffizienten für Varianzaufklärung. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \* p ≤ 0,10; \*\* p ≤ 0,05; \*\*\* p ≤ 0,01.

| BertelsmannStiftung

Solidarität und Hilfsbereitschaft und mehr gesellschaftlicher Teilhabe einher. Die Finanzlage der Bürgerinnen und Bürger spielt somit in Baden-Württemberg insgesamt eine große Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und seine Facetten. So ermöglichen ausreichende finanzielle Ressourcen zum Beispiel Zugang zu guter medizinischer Versorgung und vor allem zu einer qualitativ hochwertigen Pflege. Obwohl diese politische Maßnahme keinen Einfluss auf den Zusammenhalt insgesamt hat, ist die Einschätzung der Qualität der Pflege auf dimensionaler Ebene sehr relevant (vgl. Tabelle 32 im Anhang). Je besser die Pflegequalität empfunden wird, umso stärker fühlen sich die Menschen mit ihrem Gemeinwesen verbunden. Gute Versorgung schafft somit das Gefühl, in der Gemeinschaft angenommen zu sein – ob mit oder ohne körperliche oder geistige Beeinträchtigung. Des Weiteren hat sie einen positiven Einfluss auf das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen und die Anerkennung sozialer Regeln. Es gibt jedoch auch negative Effekte: Je besser die Qualität der Pflege eingeschätzt wird, umso weniger solidarisch und hilfsbereit verhalten sich die Menschen. Außerdem nehmen sie weniger aktiv am gesellschaftspolitischen Leben teil. Über die Gründe hierfür lässt sich nur spekulieren. Es scheint nicht aus der Luft gegriffen zu vermuten, dass Menschen, denen das Thema Pflege am Herzen liegt, Pflegebedürftige im eigenen Umfeld haben und deshalb weniger Ressourcen für die Gemeinwohlorientierung übrig haben als andere Bürgerinnen und Bürger. Auch hier könnten verstärkte staatliche Maßnahmen womöglich indirekt den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Einen zweiten relevanten Aspekt der Befunde zur Einschätzung der individuellen wirtschaftlichen Lage bilden die Ergebnisse zur Gemeinwohlorientierung. Wie bereits erwähnt, geht ein geringes Armutsrisiko (eine positive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage) nicht nur mit einem stärkeren Erleben von gesellschaftlichem Zusammenhalt (Gesamtindex) einher; auch für viele seiner Einzeldimensionen gibt es diesen Zusammenhang. Je besser die Menschen wirtschaftlich dastehen, umso eher orientieren sie sich am Gemeinwohl, indem sie am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben und sich anderen gegenüber solidarisch und hilfsbereit verhalten. Hierbei spielt das Ehrenamt eine große Rolle. Zwar steht die Einschätzung, ob das Ehrenamt von der Politik ausreichend unterstützt wird, in keinem signifikanten Zusammenhang mit dem Zusammenhalt in Baden-

Württemberg, wohl aber gibt es solche Zusammenhänge mit einzelnen Zusammenhaltsdimensionen (vgl. Tabelle 32 im Anhang). Je umfangreicher die Unterstützung der Politik für ehrenamtliche Tätigkeit eingeschätzt wird, umso stärker sind das Vertrauen – sowohl in die Mitmenschen als auch in gesellschaftliche und politische Institutionen – und die Akzeptanz von Diversität. Auch an diesem Beispiel zeigt sich, wie breit und teilweise überlappend die politischen Handlungsfelder betrachtet werden sollten.

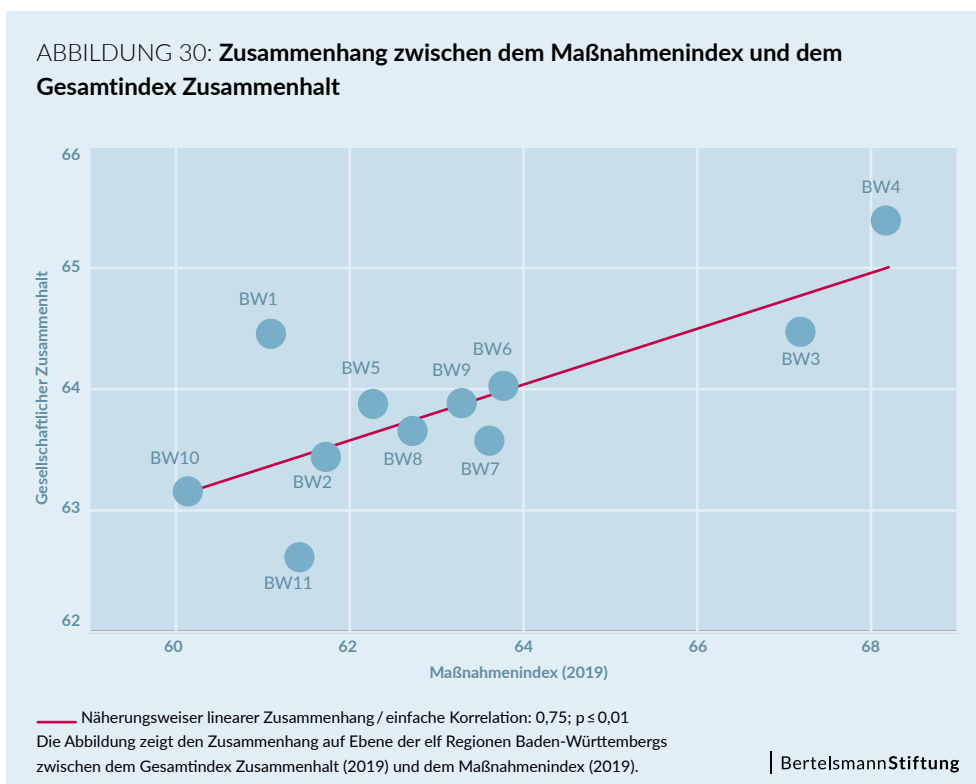
Schließlich werfen wir noch einen Blick auf den dritten relevanten Faktor, der zu einem starken gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg beiträgt: Je geringer die Probleme mit Flüchtlingen in der eigenen Wohngegend erlebt werden, umso stärker fällt der Zusammenhalt aus. Auch hier gibt es neben dem Zusammenhang mit dem Gesamtindex Zusammenhänge mit vier Teildimensionen von Zusammenhalt (vgl. Tabelle 32 im Anhang). Wenn Menschen das Thema Geflüchtete in ihrem unmittelbaren Umfeld als Problemthema erleben, haben sie typischerweise auch größere Probleme damit, Personen mit anderen Wertvorstellungen und Lebensweisen als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft zu betrachten. Je geringer die erlebten Probleme mit Geflüchteten sind, desto höher ist auch die Akzeptanz von Diversität – ein Ergebnis, das nicht überrascht, aber verdeutlicht, wie wichtig es ist, dass das Zusammenleben in den Nachbarschaften durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen positiv beeinflusst werden sollte. Dies unterstreichen auch die weiteren Ergebnisse: Unsere Analysen zeigen, dass das Vertrauen sowohl in Mitmenschen als auch gesellschaftliche und politische Institutionen geringer ist, je mehr Probleme mit Geflüchteten berichtet werden. Gleiches gilt für die Anerkennung sozialer Regeln. Die Wahrnehmung der Situation Geflüchteter im eigenen Umfeld hat somit einen Einfluss auf das Vertrauen und das Sicherheitsempfinden der Menschen. Beides ist essenziell für ein positives Miteinander.

### Zusammenfassung

Ziel des vorliegenden Kapitels war es zu untersuchen, wie relevant die einzelnen sozialpolitischen Handlungsfelder jeweils sind, wenn es darum geht, den Zusammenhalt in Baden-Württemberg zu beeinflussen. Unsere Analysen haben ergeben, dass für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt vordergründig drei Handlungsfelder von zentraler Bedeutung sind. Zum einen ist die Unterstützung von Familien mit Kindern wichtig, die sich auf viele unterschiedliche Bereiche auswirkt. Ein deutlicher Effekt ergibt sich außerdem für den Bereich der Armutsprävention: Wird die eigene wirtschaftliche Lage als schlecht eingeschätzt, ist auch der soziale Zusammenhalt schwach. Dieser Befund ist in der Forschung zu gesellschaftlichem Zusammenhalt Allgemeingut: Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist immer dort hoch, wo das Pro-Kopf-Einkommen hoch ist. Ebenfalls deutlich ist das Ergebnis zu Problemen mit Geflüchteten. Menschen, die diese besonders stark sehen, berichten auch von geringerem sozialem Zusammenhalt. Obwohl Probleme mit Geflüchteten in Baden-Württemberg nicht weit verbreitet sind, bedürfen sie doch weiterhin der Aufmerksamkeit der Sozialpolitik, da aktives Engagement bei der Integration von Geflüchteten helfen dürfte, diffuse „symbolische Ängste“ (Stephan 2014) in Teilen der Bevölkerung noch weiter abzubauen und die Akzeptanz von Diversität (weiter) zu stärken.

Allerdings ist auch deutlich geworden, dass diese Handlungsfelder nicht isoliert betrachtet werden können und es zahlreiche Überlappungen mit anderen Schwerpunkten der Landespolitik gibt. Hinzu kommt, dass die meisten Maßnahmen Einfluss auf Ebene der Einzeldimensionen von Zusammenhalt haben und soziale Kohäsion somit indirekt mit beeinflussen. In einem letzten Schritt haben wir deshalb untersucht, ob sich das von der Politik geschnürte Gesamtpaket an Handlungsmaßnahmen positiv auf den Zusammenhalt in Baden-Württemberg auswirkt. Hierzu haben wir analog zum Gesamtindex Zusammen-

ABBILDUNG 30: Zusammenhang zwischen dem Maßnahmenindex und dem Gesamtindex Zusammenhalt



halt (nähere Informationen finden sich im Anhang) einen sogenannten formativen Index aus den acht sozialpolitischen Handlungsfeldern Ehrenamt, Kinder und Familie, Frauen, Senioren, Pflege, medizinische Versorgung, wirtschaftliche Lage der Menschen sowie Geflüchtete gebildet. Die Items wurden so umskaliert, dass die Zustimmung zu einer Frage auf einer Skala von 0 (schwächste Zustimmung) bis 100 (stärkste Zustimmung) abgelesen werden kann. Anschließend wurden die acht Maßnahmen zu einem Index zusammengefasst, in dem zum Ausdruck kommt, wie positiv die Situation in den acht Handlungsfeldern zusammengenommen ist. Dazu wurden jeweils die Mittelwerte der Antworten gebildet. Schließlich haben wir diesen Maßnahmenindex mit dem Gesamtindex Zusammenhalt auf Ebene der elf Regionen Baden-Württembergs korreliert. Details der Berechnung des Maßnahmenindex finden sich im Anhang.

Das Ergebnis ist eindeutig: Die Korrelation zwischen dem Maßnahmenindex und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Regionen fällt hoch und positiv aus ( $r = 0,75$ ). Je positiver die sozialpolitischen Maßnahmen in den Regionen wahrgenommen werden, desto höher ist dort auch der gesellschaftliche Zusammenhalt. Abbildung 30 veranschaulicht diesen Zusammenhang. Damit belegen unsere Analysen, dass die in diesem Bericht untersuchten Handlungsfelder nicht nur gefühlt relevant für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg sind, sondern es einen belegbaren Zusammenhang gibt: Je positiver die Gesamtheit der von uns untersuchten handlungspolitischen Maßnahmen von Bürgerinnen und Bürgern in den elf Regionen Baden-Württembergs erlebt wird, desto höher ist vor Ort auch der Zusammenhalt. Es lohnt sich also für die Politik, in ihre Regionen zu investieren. Nehmen die Menschen wahr, dass etwas für sie getan wird – sei es im Bereich der Familien- oder Frauenförderung, im Ehrenamt oder in der Pflege –, rücken sie stärker zusammen und dieser Einsatz lohnt sich, denn aus vielen Studien wissen wir: Dort, wo der Zusammenhalt hoch ist, sind die Menschen glücklicher, zufriedener und gesünder. Und was könnte eine bessere Basis für ein florierendes Bundesland sein als Menschen, denen es gut geht?



## Fazit

---

Zusammenhalt ist und bleibt ein zentrales Thema (auch) der Sozialpolitik. Er ist der Kitt der Gesellschaft, ein Gradmesser dafür, wie es um die sozialen Beziehungen der Menschen bestellt ist, wie stark sie sich mit ihrem Gemeinwesen – sei es ihrer Nachbarschaft, ihrem Dorf, ihrer Stadt oder ihrer Region – verbunden fühlen und wie sehr sie sich genau für dieses Gemeinwesen engagieren. Mittlerweile ist es möglich, die Stärke des Zusammenhalts umfassend zu messen. Verschiedene Studien haben dies bereits in Deutschland getan: auf Bundes- und Regionalebene und sogar innerhalb einer Stadt (Bremen) auf Ebene von Ortsteilen (Bertelsmann Stiftung 2014, 2016 und 2017). Neben der Erfassung des Status quo ermöglichen uns die bereits vorliegenden Daten zudem zu untersuchen, wie sich der Zusammenhalt über die Zeit verändert. Beides war Ziel der hier vorgelegten Studie.

### Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2017 und 2019 stark

Um den Zusammenhalt in Baden-Württemberg zu untersuchen, haben wir auf repräsentative Befragungsdaten aus dem Jahr 2017 zurückgegriffen und diese mit neuen Ergebnissen einer ebenfalls bevölkerungsrepräsentativen Telefonbefragung unter 1.398 Bürgerinnen und Bürgern aus dem Frühjahr 2019 verglichen. Grundsätzlich ist es um den Zusammenhalt in diesem südwestlichen Bundesland sehr gut bestellt. Im Jahr 2017 landete es im Ländervergleich auf Platz zwei hinter dem Saarland. Hinsichtlich der neun Zusammenhaltsdimensionen gab es allerdings deutliche Unterschiede. Vergleicht man diese Ergebnisse mit den aktuellen Befragungsdaten, fällt das Urteil sehr positiv aus, denn die Unterschiede zwischen beiden Erhebungszeitpunkten sind überwiegend minimal. Weder der Gesamtindex, der als globaler Indikator für die Stärke des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg betrachtet werden kann, noch die Mehrheit der Dimensionen haben sich im untersuchten Zeitfenster verändert. Kurz gesagt: Es herrscht Stabilität. Dieser Befund untermauert die Befunde aus den früheren Studien, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt ein relativ stabiles Merkmal geopolitischer Einheiten ist (Bertelsmann Stiftung 2013, 2014 und 2017).

Ausnahmen sind die Akzeptanz von Diversität und die Identifikation. Mit einem Plus von 3,5 Punkten gab es einen deutlichen Zuwachs bei der Akzeptanz von Diversität (Dimension 1.3). Dies könnte Ausdruck der gelingenden Bewältigung der Einwanderungswelle 2015/2016 sein, die häufig als Migrationskrise bezeichnet wird. Indirekt lässt sich dieser Befund als eine Bestätigung der Kontakthypothese (Allport 1954) sehen, nach der die steigende Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund die Akzeptanz von Diversität fördert: Persönliche Begegnungen mit unbekanntem kulturellen oder religiösen Gruppen führen häufig zu einem positiven Austausch zwischen den Menschen, der wiederum das Unbehagen gegenüber dem Fremden reduziert.

Dazu passen würde ebenfalls die deutlich gestiegene Identifikation (Dimension 2.1) mit der eigenen Region. Diese Dimension ist von 78 Punkten im Jahr 2017 auf knapp 82 Punkte im Jahr 2019 angestiegen. Dieser gestiegene Rückbezug auf das Eigene, das Bekannte und Vertraute kann als Antwort auf die großen Unsicherheiten, die die Veränderungen der letzten Jahre mit sich gebracht haben, verstanden werden. Der Zuwachs in beiden Dimensionen könnte damit als Antwort auf den Diskurs und die Ereignisse der vergangenen zwei Jahre verstanden werden, die stark von den Themen Migration, Diversität, Integration und Identifikation bzw. der Frage nach Heimat geprägt waren.

### Regionen rücken näher zusammen

Des Weiteren hat sich diese Studie der Frage gewidmet, wie es um den Zusammenhalt innerhalb von Baden-Württemberg bestellt ist. Auf regionaler Ebene fanden sich 2017 relativ große Unterschiede hinsichtlich des Zusammenhalts, gemessen anhand des Gesamtindex. Das Bundesland war damals in elf sogenannte homogenisierte Raumordnungsregionen unterteilt worden. Gut acht Punkte trennten die stärkste und die schwächste Region voneinander. Der Zusammenhalt in der Region um Heilbronn war samt drei weiteren Regionen im Norden Baden-Württembergs besonders stark und lag mit einzelnen Regionen in Niedersachsen, Hessen und Bayern in der bundesweiten Spitzengruppe. Im Gegensatz dazu schnitt die Metropolregion Mannheim/Heidelberg/Rhein-Neckar-Kreis am schlechtesten ab. Hier wurden ähnlich wie in Regionen in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg geringe Zusammenhaltswerte gemessen.

Zwar bildet die Metropolregion auch 2019 das Schlusslicht, wenn es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt innerhalb des Bundeslands geht; allerdings kann die Region mit gut fünf Punkten einen starken Zuwachs verzeichnen. Da sich der Zusammenhalt in den meisten anderen Regionen nicht bedeutsam verändert hat, liegen alle Regionen nun deutlich näher beieinander. Nur noch 2,8 Punkte trennen die Region Mannheim/Heidelberg/Rhein-Neckar-Kreis heute vom neuen Spitzenreiter Baden-Baden. Die regionalen Unterschiede im Ländle sind damit deutlich geringer geworden. Es lässt sich somit schließen, dass der Zusammenhalt in Baden-Württemberg im Jahr 2019 durchweg stark ist und die Regionen in den vergangenen zwei Jahren näher aneinandergerückt sind.

### Sorge um den Zusammenhalt nimmt zu, der erlebte Zusammenhalt im eigenen Wohnumfeld verbessert sich jedoch

Die Sorge vor einem Verlust des Zusammenhalts ist unter den Bürgerinnen und Bürgern Baden-Württembergs jedoch groß. Auf die Frage, ob der Zusammenhalt in Deutschland grundsätzlich gefährdet ist, antworteten im Jahr 2017 38 Prozent der Befragten, dass dies völlig oder ziemlich der Fall sei (Bertelsmann Stiftung 2017); 2019 sind es sogar 42 Prozent. Allerdings ergibt sich ein umgekehrtes Bild bei der Frage nach dem Zusammenhalt in der eigenen Wohngegend: Schon 2017 schätzten 70 Prozent der Befragten aus Baden-Württemberg den Zusammenhalt vor Ort als sehr oder eher gut ein; heute sind es sogar 80 Prozent. Deutlich wird hier der Unterschied zwischen den Erlebnissen in der eigenen, konkreten Lebenswelt der Menschen und dem, was in der Gesellschaft – vielleicht auch über die Berichterstattung in den Medien sowie den politischen und gesellschaftlichen Diskurs – verbreitet wird. Zunehmende Ängste können zumindest anhand der vorliegenden Daten nicht in schwindenden Zusammenhalt vor Ort übersetzt werden. Im Themenbereich „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ ist ein Phänomen wahrzunehmen, das einem Befund in der Kriminologie ähnelt: Die Wahrnehmung der Kriminalitätsbelastung steigt, obwohl objektive Kennziffern zu dieser Belastung dies in keiner Weise hergeben (Baier et al. 2010).

### Risikofaktoren für den Zusammenhalt: Leben in der Großstadt, Migrationshintergrund, Armut und chronische Erkrankungen

Während die meisten Studien zum gesellschaftlichen Zusammenhalt an dieser Stelle aufhören, war es ein wichtiges Ziel der hier vorgelegten Studie zu untersuchen, ob es aktuell Anzeichen einer Spaltung zwischen sozialen Gruppen in der baden-württembergischen Gesellschaft gibt und entlang welcher sozioökonomischen Merkmale diese verläuft. Hierfür haben wir uns die Lebensumstände der Menschen angeschaut, also objektive Faktoren, die Auskunft über die soziale Lage der Befragten geben. Neben dem Geschlecht und dem Alter haben wir chronische Erkrankungen, die persönliche Lebensweise, den Migrationshintergrund, die Wohnortgröße, den Bildungsgrad und die Höhe des Einkommens untersucht.

Zwar fanden unsere Analysen bezüglich all dieser Gruppen Unterschiede im erlebten Zusammenhalt; diese waren jedoch teilweise gering. So wird der Zusammenhalt in Baden-Württemberg von Frauen, chronisch Kranken und Menschen mit Migrationshintergrund schwächer empfunden. Auch Alleinerziehende erleben weniger Zusammenhalt als Menschen, die in einer Partnerschaft mit Kindern leben. Größere Unterschiede ergaben sich bei der Wohnortgröße. Im Vergleich zu einer mittelgroßen Stadt wird der Zusammenhalt in einer Großstadt als deutlich geringer erlebt, auf dem Land dagegen als stärker. Der Zusammenhalt in Großstädten kann nur gestärkt werden, indem der Anonymität großer Städte wie Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg oder Heidelberg durch die gezielte Stärkung von Nachbarschaften entgegengewirkt wird. Auch das Bildungs- und das Einkommensniveau sind relevant: Im Vergleich zu Menschen mit einer Berufsausbildung erleben Befragte mit einem Hochschulabschluss einen stärkeren Zusammenhalt; Einkommensarme schätzen ihn im Vergleich zur oberen Mittelschicht deutlich geringer ein. Unsere Analysen legen somit nahe, dass einige der klassischen Risikogruppen in unserer Gesellschaft – Frauen, chronisch Kranke, Menschen mit Migrationshintergrund und Arme – auch weniger Zusammenhalt erleben. Besonders gefährdet den Zusammenhalt jedoch darüber hinaus das Leben in der Großstadt, während Bildung einen positiven Einfluss hat.

### Politische Handlungsfelder als Motor für den Zusammenhalt?

Fraglich ist, ob Maßnahmen zur Stärkung schwacher oder gefährdeter sozialer Gruppen einen positiven Einfluss auf den Zusammenhalt haben können. Um dies zu untersuchen, haben wir im vorliegenden Bericht zunächst unterschiedliche politische Handlungsfelder vorgestellt, die geeignet sind, zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen, nämlich ehrenamtliches Engagement, Kinder und Familie, Frauen, Senioren, Pflege, medizinische Versorgung, die eigene wirtschaftliche Lage und Geflüchtete. Zunächst ist festzuhalten, dass sich nur wenige der bereits vorgestellten sozialen Gruppen hinsichtlich der Bewertung der sozialpolitischen Handlungsfelder unterscheiden. Während Senioren grundsätzlich etwas positiver eingestellt sind, bilden chronisch Kranke auch hier eine gewisse Risikogruppe. Erwähnenswert ist die klare soziale Spaltung in Bezug auf Pflege und Fachärzte. Während die Pflege auf dem Land deutlich besser als in der Großstadt wahrgenommen wird, ist es bei der fachärztlichen Versorgung umgekehrt. Hier scheint es sowohl auf dem Land als auch in Kleinstädten im Vergleich zu mittelgroßen und Großstädten an einem ausreichenden Angebot zu mangeln. Da die ärztliche Versorgung in den kommenden Jahren auch in einem wohlhabenden Bundesland wie Baden-Württemberg eher schlechter werden wird, sollte dieses Ergebnis ein Warnsignal sein, dem vermutlich größer werdenden Ärztemangel möglichst zügig entgegenzuwirken.

## Eine lohnende Investition für die Zukunft Baden-Württembergs: Sozialpolitische Maßnahmen wirken!

Schließlich wollten wir wissen, wie relevant die einzelnen sozialpolitischen Handlungsfelder jeweils sind, wenn es darum geht, den Zusammenhalt zu beeinflussen. Unsere Analysen haben ergeben, dass für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt vordergründig drei Handlungsfelder von zentraler Bedeutung sind. Zum einen wirkt sich die Unterstützung von Familien mit Kindern auf viele Bereiche aus. Ein deutlicher Effekt ergibt sich zudem für die eigene wirtschaftliche Lage: Wo immer diese gut ist, ist auch der soziale Zusammenhalt hoch. Dieser Befund ist in der Forschung zu gesellschaftlichem Zusammenhalt Allgemein-gut: Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist immer dort hoch, wo das Pro-Kopf-Einkommen hoch ist. Ebenfalls deutlich ist das Ergebnis zu Problemen mit Geflüchteten. Menschen, die diese Probleme besonders stark sehen, berichten auch von geringerem sozialem Zusammenhalt. Obwohl Probleme mit Geflüchteten in Baden-Württemberg nicht weit verbreitet sind und die Akzeptanz von Vielfalt in den vergangenen beiden Jahren sogar gestiegen ist, bedürfen sie doch weiterhin der Aufmerksamkeit der Sozialpolitik, da aktives Engagement bei der Integration von Geflüchteten helfen dürfte, diffuse symbolische Ängste in Teilen der Bevölkerung (noch) weiter abzubauen und die Akzeptanz von Diversität (weiter) zu stärken.

Allerdings ist auch deutlich geworden, dass diese Handlungsfelder nicht isoliert betrachtet werden können und es zahlreiche Überlappungen gibt. Hinzu kommt, dass die meisten Maßnahmen Einfluss auf dimensionaler Ebene haben und somit den Zusammenhalt indirekt mit beeinflussen. In einem letzten Schritt wollten wir deshalb untersuchen, ob sich das von der Politik geschnürte Gesamtpaket an Handlungsmaßnahmen positiv auf den Zusammenhalt in Baden-Württemberg auswirkt. Das Ergebnis ist eindeutig: Je positiver die sozialpolitischen Maßnahmen in den Regionen wahrgenommen werden, desto höher ist auch der gesellschaftliche Zusammenhalt. Damit belegen unsere Analysen, dass die in diesem Bericht untersuchten Handlungsfelder nicht nur gefühlt relevant für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind, sondern es einen belegbaren Zusammenhang gibt: Je positiver die Gesamtheit der von uns untersuchten Maßnahmen von Bürgerinnen und Bürgern in den elf Regionen Baden-Württembergs erlebt wird, desto höher ist vor Ort auch der Zusammenhalt.

Es lohnt sich also für die Politik, in ihre Regionen zu investieren. Nehmen die Menschen wahr, dass etwas für sie getan wird – sei es im Hinblick auf die Unterstützung von Familien oder im Bereich der Frauenförderung, im Ehrenamt oder in der Pflege –, rücken sie stärker zusammen und dieser Einsatz lohnt sich. Aus vielen Studien wissen wir, dass die Menschen dort, wo der Zusammenhalt stark ist, glücklicher, zufriedener und gesünder sind. Baden-Württemberg ist ein wohlhabendes Bundesland, das – vergleicht man es mit anderen Bundesländern – auf einen starken Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger bauen kann. Damit diese Gesellschaft sich den Herausforderungen der Zukunft – zunehmende Migration, Digitalisierung, sich schnell wandelnde politische und gesellschaftliche Verhältnisse, steigende Einkommensungleichheit und eine alternde Gesellschaft – selbstbewusst stellen kann, braucht es Menschen, die zusammenhalten und denen es gut geht in ihrer Region. Die vorliegende Studie konnte nicht nur zeigen, dass es ganz bestimmte soziale Gruppen gibt, die den Zusammenhalt nicht so stark spüren wie andere, sie konnte auch belegen, dass sozialpolitische Maßnahmen zur Stärkung ebendieser Risikogruppen wirken. Dort, wo sozialpolitische Maßnahmen ankommen, ist der Zusammenhalt stärker. Dieses Ergebnis sollte richtungsweisend sein für Politik und Zivilgesellschaft, dass es sich lohnt, weiterhin umfassend über Maßnahmen aus unterschiedlichsten Bereichen in die Menschen in Baden-Württemberg zu investieren. In Aussicht steht ein starker Zusammenhalt, der von glücklichen, zufriedenen und gesunden Bürgerinnen und Bürgern getragen wird.

# Literatur

---

- Albert, Mathias; Klaus Hurrelmann, Gudrun Quenzel und TNS Infratest Sozialforschung (2015). *Jugend 2015. 17. Shell Jugendstudie*. Frankfurt: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Allport, Gordon W. (1954). *The Nature of Prejudice*. Cambridge: Addison-Wesley.
- Arant, Regina; und Klaus Boehnke (2016). Identifikation mit dem Gemeinwesen – Welches Wir-Gefühl ist ein gutes Wir-Gefühl? In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): *Der Kitt der Gesellschaft* (S. 145–173). Gütersloh: Bertelsmann.
- Baier, Dirk; Stefanie Kemme, Michael Hanslmaier, Bettina Doering, Florian Rehbein und Christian Pfeiffer (2010). *Kriminalitätsfurcht, Strafbedürfnisse und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung: Ergebnisse von bevölkerungsrepräsentativen Befragungen aus den Jahren 2004, 2006 und 2010*. Forschungsbericht 117. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.
- Bertelsmann Stiftung (2012). *Kohäsionsradar: Zusammenhalt messen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland – ein erster Überblick* (Autoren: David Schiefer, Jolanda van der Noll, Jan Delhey, Klaus Boehnke). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (2013). *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Messen was verbindet. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich* (Autoren: Georgi Dragolov, Zsófia Ignácz, Jan Lorenz, Jan Delhey und Klaus Boehnke). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (2014). *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Messen was verbindet. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland* (Autoren: Georgi Dragolov, Zsófia Ignácz, Jan Lorenz, Jan Delhey und Klaus Boehnke). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (2016). *Sozialer Zusammenhalt in Bremen* (Autoren: Regina Arant, Mandi Larsen und Klaus Boehnke). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (2017). *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Messen was verbindet. Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017* (Autoren: Regina Arant, Georgi Dragolov und Klaus Boehnke). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (2019). *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bliesener, Thomas; und Marie Christine Bergmann (2016). Anerkennung sozialer Regeln – Die Entwicklung normenabweichender Einstellungen und Verhaltensweisen junger Menschen in Deutschland. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): *Der Kitt der Gesellschaft* (S. 287–311). Gütersloh: Bertelsmann.
- Cohen, Jacob (1988). *Statistical Power Analysis for the Behavioral Sciences* (2. Auflage). Hillsdale, NJ: Erlbaum.
- Dalbert, Claudia (1996). *Über den Umgang mit Ungerechtigkeit. Eine psychologische Analyse*. Bern: Huber.
- Goodhart, David (2017). *The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics*. London: C. Hurst & Co.

- Peng, Chao-Ying Joanne; Michael R. Harwell, Show-Mann Liou und Lee H. Ehman (2006). Advances in Missing Data Methods and Implications for Educational Research. In: Shlomo S. Sawilowsky (Ed.): *Real Data Analysis* (S. 31–78). Charlotte, NC: Information Age Pub.
- Robert Bosch Stiftung (2019). *Zusammenhalt in Vielfalt. Das Vielfaltsbarometer 2019 der Robert Bosch Stiftung* (Autoren: Regina Arant, Georgi Dragolov, Björn Gernig und Klaus Boehnke). Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.
- Sachweh, Patrick; und Evelyn Sthamer (2016). Befunde zum Gerechtigkeitsempfinden der Deutschen und potenzielle soziale Folgen empfundener Ungerechtigkeit. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): *Der Kitt der Gesellschaft* (S. 207–251). Gütersloh: Bertelsmann.
- Schiefer, David; und Jolanda van der Noll (2017). The Essentials of Social Cohesion: A Literature Review. *Social Indicators Research* 132 (2), S. 579–603.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2017). *Statistik aktuell. Ältere Menschen in Baden-Württemberg*. Stuttgart. Online: [https://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Statistik\\_AKTUELL/803417011.pdf](https://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Statistik_AKTUELL/803417011.pdf).
- Stephan, Walter G. (2014). Intergroup Anxiety: Theory, Research, and Practice. *Personality and Social Psychology Review* 18 (3), S. 239–255.

# Anhänge

---

## Anhang 1 – Daten

Die vorliegende Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg greift auf Daten aus zwei bevölkerungsrepräsentativen Umfragen zurück. Die Umfrage, die den Ergebnissen für das Jahr 2019 zugrunde liegt, wurde vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung und in Kooperation mit dem Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg durchgeführt. Sie fand zwischen dem 9. Januar und dem 4. Februar 2019 unter 1.398 deutschsprachigen Bürgerinnen und Bürgern des Bundeslands ab 16 Jahren telefonisch statt. Die auswertbare Stichprobe umfasst 1.398 Befragte. Die durchschnittliche Dauer der Interviews lag bei 28,9 Minuten. Das Auswahlverfahren basierte auf dem Infratest-Telefon-Master-Sample (ITMS), der aus der Auswahlgrundlage der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute gezogen wurde. Es wurden Personen, die während des Befragungszeitraums in Privathaushalten lebten und über einen Festnetzanschluss erreichbar waren, per Zufall kontaktiert. Von den Mitgliedern der kontaktierten Haushalte wurde jeweils eine Person über das Last-Birthday-Verfahren (befragt wird, wer zuletzt Geburtstag hatte) zur Teilnahme an der Befragung eingeladen. Um die Bevölkerungsrepräsentativität der erhobenen Daten zu erhöhen, wurde eine Gewichtung vorgenommen. Diese gleicht mögliche unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeiten der in die Befragung einbezogenen Personen aus und passt die demografischen Merkmale der Stichprobe an die Bevölkerungsstruktur gemäß der amtlichen Statistik an.

Die Umfrage, die den Ergebnissen für das Jahr 2017 zugrunde liegt, wurde vom infas Institut für angewandte Sozialforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt. Sie fand vom 10. Januar bis 25. März 2017 telefonisch statt. Es beteiligten sich bundesweit insgesamt 5.041 deutschsprachige Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren. Die auswertbare Stichprobe für Baden-Württemberg umfasst 508 Befragte. Im Durchschnitt dauerten die Interviews 30 Minuten. Bei der Befragung wurde ein Dual-Frame-Verfahren gewählt, bei dem die Stichprobe sowohl aus privaten Festnetz- als auch aus Mobilfunknummern im Verhältnis 70:30 besteht. Die in die Befragung einbezogenen Personen wurden ebenso über das Last-Birthday-Verfahren ermittelt. Darüber hinaus wurden Gewichtungsfaktoren berechnet, die die Auswahlwahrscheinlichkeiten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer berücksichtigen und die Bevölkerungsstruktur der Stichprobe gemäß amtlichen Statistiken anpassen.

## Anhang 2 – Messung von Zusammenhalt

Der Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts wurde in beiden Erhebungen mit identischen Fragen erfasst. Es handelt sich um insgesamt 36 Indikatoren, die eine empirisch valide und reliable Messung von Zusammenhalt und dessen neun Dimensionen ermöglichen. Der Auswahl der Indikatoren unterliegt eine Faktorenanalyse (vgl. Bertelsmann Stiftung 2017). Da die Antworten zu den gestellten Fragen von Individuen stammen, Zusammenhalt aber ein kollektives Merkmal ist, bedarf es für seine Messung eines Mehrschrittverfahrens.

Auf der Individualebene wurden zunächst die negativ formulierten Indikatoren umcodiert, damit höhere numerische Codes immer eine positive Aussage zum abgefragten Aspekt abbilden. Alle Indikatoren wurden dann so umskaliert, dass die Zustimmung zu einer Frage auf einer Skala von 0 (schwächster Zustimmung) bis 100 (stärkste Zustimmung) abgelesen werden kann. Da der Anteil fehlender Werte bei keiner der Variablen über zehn Prozent lag, wurden diese anhand des Mittelwerts der jeweiligen Variable in der Gesamtstichprobe substituiert (vgl. Peng et al. 2006). Anschließend wurden die umskalierten Individualdaten auf Regionen bzw. Bundesländerebene aggregiert. Dazu wurden jeweils Mittelwerte der Antworten unter Anwendung der verfügbaren Gewichtungsfaktoren zur Erhöhung der Bevölkerungsrepräsentativität gebildet.

Die Dimensionswerte auf Ebene der Regionen bzw. des Bundeslands wurden durch die arithmetische Mittelung der jeweiligen Indikatoren berechnet. Der Gesamtindex Zusammenhalt wurde ebenso durch die arithmetische Mittelung der Werte der Regionen bzw. des Bundeslands auf den neun Dimensionen ermittelt.

## Anhang 3 – Maßnahmenindex

### Bildung des Maßnahmenindex

Bei dem neu entwickelten Maßnahmenindex handelt es sich um einen formativen Index, der auf Basis von Indikatoren aus den acht sozialpolitischen Handlungsfeldern Ehrenamt, Kinder und Familie, Frauen, Senioren, Pflege, medizinische Versorgung, wirtschaftliche Lage der Menschen sowie Geflüchtete gebildet wurde. Im Gegensatz zu einem reflektiven Index, der auch eine empirisch belegte Struktur aus Zusammenhängen zwischen seinen Komponenten erfordert, genügen für die Bildung eines formativen Index in der Regel normativ-theoretische Überlegungen.

Der hier erstellte Maßnahmenindex berücksichtigt die Wahrnehmungen der Befragten bezüglich der aktuellen Lage der erfassten sozialpolitischen Maßnahmen. Die Indikatoren, die der Indexbildung zugrunde liegen, sind Tabelle 27 zu entnehmen.

Zur Berechnung des Maßnahmenindex wurden zunächst die Indikatoren auf der Individualebene so umskaliert, dass die Zustimmung bzw. die Wahrnehmung einheitlich auf einer Skala von 0 (schwächste Ausprägung) bis 100 (stärkste Ausprägung) abgelesen werden kann. Weil viele Indikatoren stark von fehlenden Werten betroffen waren – in den meisten Fällen aufgrund von sogenannten Filterfragen im Fragebogen (z. B. der Befragte ist nicht ehrenamtlich tätig oder hat keine Pflegebedürftige in seinem Personenkreis und soll deshalb bestimmte Fragen auch nicht beantworten) –, wurden die Indikatoren auf Ebene der elf Regionen vor der tatsächlichen Indexbildung durch arithmetische Mittelung



TABELLE 27: Indikatoren des Maßnahmenindex

## Ehrenamt

„Und erhalten Sie für Ihr ehrenamtliches Engagement von Politik und Verwaltung ausreichend Unterstützung oder ist das nicht der Fall?“

## Kinder und Familie

„Sind die Unterstützungsangebote für Familien mit Kindern in Ihrer Wohngegend ausreichend oder nicht ausreichend?“

## Frauen

„Wird von der Politik gegen die Benachteiligung von Frauen [genug oder nicht genug getan]?“

„Sind die Unterstützungsangebote für Frauen, die Gewalt erfahren, heute ausreichend oder nicht ausreichend?“

## Senioren

„Sind die Unterstützungsangebote für ältere Menschen in Ihrer Wohngegend ausreichend oder nicht ausreichend?“

## Pflege

„Würden Sie sagen, die Qualität der Pflege ist alles in allem [sehr gut, gut, weniger gut oder überhaupt nicht gut]?“

## Medizinische Versorgung

„Ist Ihrer Ansicht nach die hausärztliche Versorgung in Ihrer Wohngegend [sehr gut, gut, weniger gut oder überhaupt nicht gut]?“

„Ist die fachärztliche Versorgung in Ihrer Region [sehr gut, gut, weniger gut oder überhaupt nicht gut]?“

## Eigene wirtschaftliche Lage

„Wie beurteilen Sie Ihre gegenwärtige wirtschaftliche Lage? Ist sie [sehr gut, gut, eher schlecht, sehr schlecht]?“

## Geflüchtete

„Bitte sagen Sie mir, ob die folgende Aussage völlig, ziemlich, teils / teils, wenig oder gar nicht stimmt: In der Gegend, in der ich wohne, gibt es große Probleme mit Flüchtlingen.“

| BertelsmannStiftung

aggregiert. Dabei wurden die fehlenden Werte auf den einzelnen Fragen nicht berücksichtigt. Da es jeweils zwei handlungspolitische Maßnahmen aus den Bereichen „Frauen“ und „medizinische Versorgung“ gibt, wurden diese in zwei separaten Unterindizes durch die arithmetische Mittelung der jeweiligen Indikatoren zusammengefasst. Schließlich wird der Maßnahmenindex als der Durchschnittswert der so resultierenden acht Indikatoren bzw. Unterindizes berechnet. Im Index kommt zum Ausdruck, wie positiv die Lage über alle acht sozialpolitischen Handlungsfelder hinweg bewertet wird.

Da Indikatoren zur wahrgenommenen Veränderung in den Maßnahmen im Laufe der letzten fünf Jahren nicht für alle Handlungsfelder zur Verfügung stehen, wurde auf eine Berücksichtigung der Wirkung von positiven oder negativen Veränderungen in den durch die Sozialpolitik angebotenen Maßnahmen auf die Stärke des gesellschaftlichen Zusammenhalts verzichtet.

## Anhang 4 – Tabellen

TABELLE 28: Dimensionen des Bereichs „Soziale Beziehungen“ in baden-württembergischen Regionen im Zeitvergleich

Region	D1.1 Soziale Netzwerke				D1.2 Vertrauen in die Mitmenschen				D1.3 Akzeptanz von Diversität			
	2017	2019	Differenz	p	2017	2019	Differenz	p	2017	2019	Differenz	p
BW1	71,5	73,2	1,7		63,5	60,0	-3,5		87,2	85,0	-2,2	
BW2	70,0	73,4	3,4		58,1	54,9	-3,2		83,4	85,5	2,1	
BW3	75,8	74,6	-1,2		52,4	55,9	3,5		76,5	87,8	11,3	***
BW4	71,0	74,8	3,8		52,5	58,3	5,8	**	74,7	83,9	9,2	***
BW5	74,9	74,7	-0,2		62,1	56,7	-5,4	**	81,0	85,7	4,7	
BW6	72,6	75,7	3,1		56,8	56,7	-0,1		83,2	83,5	0,3	
BW7	70,1	71,9	1,8		56,5	59,1	2,6		76,7	83,0	6,3	**
BW8	77,1	75,0	-2,1		60,1	55,7	-4,4		80,4	82,2	1,8	
BW9	67,8	70,4	2,6		57,5	58,7	1,2		81,3	85,5	4,2	
BW10	80,3	75,8	-4,5	**	57,2	52,2	-5,0	**	79,5	80,0	0,5	
BW11	67,8	73,9	6,1		53,3	53,5	0,2		81,7	83,9	2,2	

Die Tabelle zeigt die Ausprägungen der Dimensionen aus dem Bereich „Soziale Beziehungen“, erfasst in den Jahren 2017 und 2019, sowie das Ausmaß der Veränderungen im Zeitvergleich und deren statistische Signifikanz auf Ebene der elf untersuchten Regionen Baden-Württembergs (\*\*\* p ≤ 0,01; \*\* p ≤ 0,05).

| BertelsmannStiftung

TABELLE 29: Dimensionen des Bereichs „Verbundenheit“ in baden-württembergischen Regionen im Zeitvergleich

Region	D2.1 Identifikation				D2.2 Vertrauen in Institutionen				D2.3 Gerechtigkeitsempfinden			
	2017	2019	Differenz	p	2017	2019	Differenz	p	2017	2019	Differenz	p
BW1	73,7	83,2	9,5	***	58,7	54,4	-4,3	**	38,9	36,3	-2,6	
BW2	79,2	81,1	1,9		52,5	53,9	1,4		43,7	42,6	-1,1	
BW3	82,9	83,3	0,4		51,8	54,1	2,3		43,8	43,0	-0,8	
BW4	77,4	86,7	9,3	***	53,6	57,1	3,5		37,8	38,3	0,5	
BW5	82,1	82,4	0,3		55,4	54,7	-0,7		32,7	40,6	7,9	***
BW6	74,7	78,8	4,1		58,0	52,6	-5,4		43,8	38,4	-5,4	
BW7	77,8	79,7	1,9		57,6	55,9	-1,7		47,9	37,0	-10,9	***
BW8	79,9	80,7	0,8		52,7	53,1	0,4		42,5	40,3	-2,2	
BW9	80,3	79,2	-1,1		59,1	59,6	0,5		44,2	40,4	-3,8	
BW10	83,6	84,7	1,1		55,6	51,7	-3,9		41,4	39,8	-1,6	
BW11	68,1	78,6	10,5	***	44,6	54,1	9,5	***	30,0	40,2	10,2	***

Die Tabelle zeigt die Ausprägungen der Dimensionen aus dem Bereich „Verbundenheit“, erfasst in den Jahren 2017 und 2019, sowie das Ausmaß der Veränderungen im Zeitvergleich und deren statistische Signifikanz auf Ebene der elf untersuchten Regionen Baden-Württembergs (\*\*\* p ≤ 0,01; \*\* p ≤ 0,05).

| BertelsmannStiftung

TABELLE 30: Dimensionen des Bereichs „Gemeinwohlorientierung“ in baden-württembergischen Regionen im Zeitvergleich

Region	D3.1 Solidarität und Hilfsbereitschaft				D3.2 Anerkennung sozialer Regeln				D3.3 Gesellschaftliche Teilhabe			
	2017	2019	Differenz	p	2017	2019	Differenz	p	2017	2019	Differenz	p
BW1	51,4	54,3	2,9		80,3	76,4	-3,9		58,1	57,3	-0,8	
BW2	43,5	47,9	4,4		82,2	79,6	-2,6		49,8	51,9	2,1	
BW3	46,7	51,7	5,0		80,7	81,8	1,1		51,3	48,2	-3,1	
BW4	49,9	52,0	2,1		79,2	82,9	3,7		55,1	54,6	-0,5	
BW5	49,3	47,2	-2,1		73,0	81,7	8,7	***	58,4	51,1	-7,3	**
BW6	47,3	52,5	5,2		81,6	84,2	2,6		52,4	53,9	1,5	
BW7	52,5	58,5	6,0	**	72,6	74,9	2,3		55,5	52,0	-3,5	
BW8	53,8	51,7	-2,1		82,4	80,1	-2,3		53,6	54,2	0,6	
BW9	57,9	48,9	-9,0	***	78,1	78,2	0,1		52,9	54,2	1,3	
BW10	53,0	49,4	-3,6		82,1	81,0	-1,1		57,6	53,8	-3,8	
BW11	50,3	47,8	-2,5		67,4	77,6	10,2	***	54,3	53,8	-0,5	

Die Tabelle zeigt die Ausprägungen der Dimensionen aus dem Bereich „Gemeinwohlorientierung“, erfasst in den Jahren 2017 und 2019, sowie das Ausmaß der Veränderungen im Zeitvergleich und deren statistische Signifikanz auf Ebene der elf untersuchten Regionen Baden-Württembergs (\*\*\* p ≤ 0,01; \*\* p ≤ 0,05).

| BertelsmannStiftung

TABELLE 31: Unterschiede in den Mittelwerten der Indikatoren der Dimension 1.3 für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund

	Migrant	Mittelwert	t (df)	p
Menschen mit einem ganz anderen Lebensstil <b>gern</b> als Nachbarn	Nein	78,1	-0,79 (1.396)	ns
	Ja	80,2		
Menschen mit anderer Religion <b>gern</b> als Nachbarn	Nein	95,4	3,11 (1.396)	≤ 0,01
	Ja	90,8		
Ausländer / Migranten <b>gern</b> als Nachbarn	Nein	87,0	0,12 (1.396)	ns
	Ja	86,7		
Homosexuelle <b>gern</b> als Nachbarn	Nein	95,2	3,21 (1.396)	≤ 0,01
	Ja	90,4		
Das Leben in Deutschland wird durch zunehmende Vielfalt bereichert	Nein	67,0	0,23 (1.396)	ns
	Ja	66,7		

Die dichotomen Antwortskalen der Indikatoren dieser Dimension erschweren die Suche nach bedeutsamen Unterschieden zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Der Zusammenhang zwischen zwei dichotomen Variablen lässt sich z. B. anhand eines Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstests leicht prüfen. Dabei können aber Fälle mit fehlenden Werten nicht berücksichtigt werden, was zu einer Abweichung der auswertbaren Stichprobe von der im Bericht genutzten Stichprobe führt. Deshalb wurden t-Tests für unabhängige Stichproben mit den umskalierten Indikatoren als abhängige Variablen, die in die Berechnung der Dimension einfließen, durchgeführt (ns = nicht signifikant bei p ≤ 0,05).

| BertelsmannStiftung

**TABELLE 32: Zusammenhang zwischen dem Gesamtindex und den Dimensionen von Zusammenhalt mit der Wahrnehmung der politischen Maßnahmen**

	Index	D 1.1	D 1.2	D 1.3	D 2.1	D 2.2	D 2.3	D 3.1	D 3.2	D 3.3
Unterstützung des Ehrenamts	0,09 ***	0,01	0,10 ***	0,11 ***	0,06 **	0,11 ***	0,09 ***	-,05	0,01	0,03
Unterstützung für Familien	0,15 ***	0,04	0,04	0,03	0,08 **	0,13 ***	0,09 ***	,15 ***	0,10 ***	0,04
Politik gegen Benachteiligung von Frauen	0,01	-0,06 **	0,06 **	-0,12 ***	-0,06 **	0,01	0,20 ***	-,03	-0,01	0,07 ***
Unterstützung bei Gewalt gegen Frauen	-0,02	0,01	0,02	-0,08 ***	0,03	0,03	0,01	-,05 *	-0,01	-0,05 *
Unterstützung für Senioren	0,07 ***	0,02	0,02	0,00	0,07 **	0,08 **	0,11 ***	,07 **	0,01	-0,02
Qualität der Pflege	0,08	-0,06	0,02	0,00	0,22 ***	0,04	0,16 **	-,14 *	0,30 ***	-0,15 *
Hausärztliche Versorgung	0,03	-0,05 *	0,06 **	0,00	-0,04	0,06 **	0,07 ***	,09 ***	0,03	-0,09 ***
Fachärztliche Versorgung	0,06 ***	0,07 **	0,06 **	0,03	0,05 *	0,03	0,08 ***	-,05 *	0,04	0,00
Eigene wirtschaftliche Lage	0,23 ***	0,12 ***	0,13 ***	-0,02	0,08 ***	0,21 ***	0,18 ***	,13 ***	0,09 ***	0,12 ***
Große Probleme mit Flüchtlingen	-0,24 ***	-0,08 ***	-0,21 ***	-0,26 ***	-0,09 ***	-0,17 ***	-0,02	-,07 ***	-0,21 ***	-0,05 **
R <sup>2</sup>	0,34	0,08	0,16	0,11	0,10	0,16	0,20	0,27	0,11	0,14

Die Tabelle zeigt standardisierte Koeffizienten aus den jeweiligen Regressionen sowie den R<sup>2</sup>-Koeffizienten für Varianzaufklärung. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \* p ≤ 0,10; \*\* p ≤ 0,05; \*\*\* p ≤ 0,01.

## Autoren

---

**Dr. Georgi Dragolov**, Postdoctoral Fellow am Department für Psychologie und Methoden der Jacobs University Bremen und dort seit 2012 Mitglied der Arbeitsgruppe „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Arbeitsschwerpunkte: gesellschaftlicher Zusammenhalt, Lebensqualität (Glücksforschung) und Ungleichheit.

**Dr. Regina Arant**, Postdoctoral Fellow am Department für Psychologie und Methoden der Jacobs University Bremen und dort seit 2015 Mitglied der Arbeitsgruppe „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Arbeitsschwerpunkte: gesellschaftlicher Zusammenhalt, Akzeptanz von Vielfalt sowie die Konstruktion und Entwicklung geopolitischer Identität im Rahmen von interkulturellem Kontakt.

**Prof. Dr. Klaus Boehnke**, Professor für Sozialwissenschaftliche Methodenlehre an der Jacobs University Bremen seit 2002. Seit 2017 daneben stellvertretender Leiter des Internationalen Zentrums für Soziokulturelle Forschung an der Staatlichen Forschungsuniversität Hochschule für Wirtschaft in Moskau. Arbeitsschwerpunkte: politische Sozialisation, intergenerationale Wertetransmission.

**Dr. Kai Unzicker**, Senior Project Manager bei der Bertelsmann Stiftung und dort verantwortlich für das Projekt „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Arbeitsschwerpunkte: soziale Kohäsion in Deutschland und im internationalen Vergleich, Umgang mit Vielfalt und Populismus.

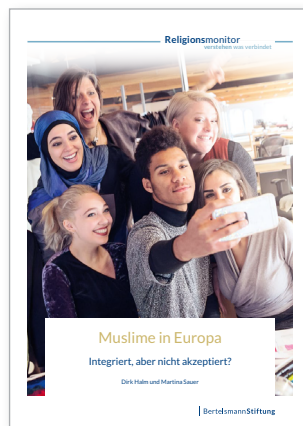
## Literaturtipps

### Gesellschaftlicher Zusammenhalt



Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien

### Religionsmonitor

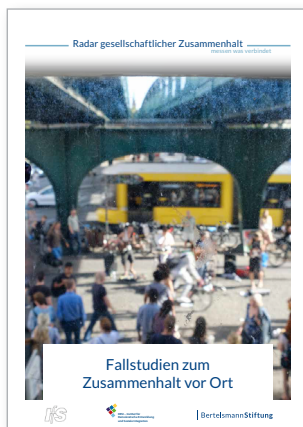


Der Religionsmonitor 2017 – Muslime in Europa

### Wertebildung



Leitlinien für die Wertebildung von Kindern und Jugendlichen



Fallstudien zum Zusammenhalt vor Ort



Zusammenleben in kultureller Vielfalt



Werte lernen und leben

## Das Programm „Lebendige Werte“

Wir widmen uns im Programm „Lebendige Werte“ dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und insbesondere der Rolle von Religionen und Werten für das Zusammenleben in der vielfältigen Gesellschaft. Zu diesen Themen forschen wir und veröffentlichen regelmäßig neue Studien aus dem Religionsmonitor und dem „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Darüber hinaus sind wir mit praktischen Projekten und Methoden in der Wertebildung aktiv und vernetzen Akteure aus der Zivilgesellschaft in unserem Themenfeld.



Wenn Sie mehr über unsere Arbeit erfahren möchten und wir Sie regelmäßig über neue Forschungsergebnisse, Studien und Veranstaltungshinweise informieren sollen, bitten wir Sie, den nebenstehenden QR-Code oder den Link zu verwenden.

<http://b-sti.org/lebendigewerte>

## Impressum

© November 2019  
Bertelsmann Stiftung,  
Gütersloh

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Str. 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

Verantwortlich  
Kai Unzicker

Autoren  
Georgi Dragolov  
Regina Arant  
Klaus Boehnke  
Kai Unzicker

Lektorat  
Hartmut Breckenkamp,  
Bielefeld

Gestaltung  
Dietlind Ehlers, Bielefeld

Bildnachweis  
© eyetronic - stock.adobe.com, Getty Images/iStock-photo/franckreporter

### **Adresse | Kontakt**

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Kai Unzicker  
Senior Project Manager  
Programm Lebendige Werte  
Bertelsmann Stiftung  
Telefon +49 5241 81-81405  
Mobil +49 173 5759209  
kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de

[www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de](http://www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de)

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)



| Bertelsmann**Stiftung** – Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg